

GESCHÄFTSBERICHT

10

DER KOMMUNALKREDIT-GRUPPE

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Im Selbstverlag der Gesellschaft
Kommunalkredit Austria AG
Kommunikation & Marketing
1092 Wien, Türkenstraße 9
Tel.: +43 (0)1/31 6 31, Fax-DW: 503
communication@kommunalkredit.at
www.kommunalkredit.at

Herstellung:

Grasl Druck & Neue Medien
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau
Gedruckt mit Farben ohne gefährlichen
Inhaltsstoffen auf 100%-Recyclingpapier

Gestaltung:

Czerny Plakolm Werbeagentur GmbH
1030 Wien, Ungargasse 59-61



Dieses Produkt entspricht dem Österreichischen Umweltzeichen für schadstoffarme Druckprodukte (UZ 24)
Grasl Druck & Neue Medien, Bad Vöslau, UW-Nr. 715

VORWORT DES VORSTANDES	4
ORGANE DER GESELLSCHAFT	7
KONZERNLAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Kommunale Rahmenbedingungen	10
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	12
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	16
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	20
Zweigniederlassungen	22
Forschung und Entwicklung	22
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	23
Beteiligungen	23
Risikoberichterstattung	26
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)	26
Nachhaltigkeit	28
Compliance und Geldwäsche	29
Prognosebericht	29
Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung	31
IFRS-KONZERNABSCHLUSS	
I. Konzern-Bilanz	34
II. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	35
III Konzern-Gesamtergebnisrechnung	35
IV. Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	36
V. Konzern-Geldflussrechnung	38
ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS	40
BESTÄTIGUNGSVERMERK	92
ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	94



VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen den Jahresbericht 2010 der Kommunalkredit Austria AG (KA) vorzulegen. Der folgende Bericht deckt das erste volle Geschäftsjahr der Bank nach der intensiven Restrukturierung im Jahr 2009 ab. Aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit ist die heutige Kommunalkredit Austria AG hervorgegangen. In dieser Einheit ist das strategische kommunale Geschäft gebündelt und wird mit Schwerpunkt auf dem Kommunal- und Infrastrukturprojektgeschäft weiter ausgebaut. Dies im freien Wettbewerb des Marktes und ohne jegliche staatliche Unterstützung, insbesondere im Hinblick auf die Refinanzierung der Bank. Ebenso stand für das Jahr 2010 der Abschluss des Beihilfeverfahrens mit der Europäischen Wettbewerbskommission auf der Agenda. Des Weiteren waren die Aktivitäten der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) auf hohem Qualitätsniveau fortzuführen und zu erweitern. Es ist erfreulich, dass am Ende eines intensiven Arbeitsjahres allen Zielen entsprochen werden konnte bzw. die budgetären Ertragsziele überschritten wurden.

Der Fokus im Kommunalen- und Infrastrukturprojektgeschäft lag plangemäß auf den Sektoren

- Soziale Infrastruktur,
- Energie und Umwelt und
- Verkehr.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte ein Finanzierungsvolumen von EUR 810 Mio. neu auf die Bücher genommen werden. Nach plangemäßer Abreifung von Altbeständen resultierte ein Zuwachs des Darlehensvolumens um 4 % auf EUR 10,4 Mrd. Zukunftsweisende Marktinitiativen konnten realisiert werden. Beispielhaft erwähnt sei die „Initiative Licht“; in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund sowie dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie wurden österreichweit Informationsveranstaltungen abgehalten. Darin wurden effiziente Finanzierungsstrukturen für Verbesserungs- und Erneuerungsinvestitionen im

Bereich der öffentlichen Beleuchtung auf Basis zukunftsweisender Technologien aufgezeigt. Die resultierenden Energieeinsparungen von 50 % bis 70 % erlauben nicht nur eine rasche Amortisierung der Investitionskosten aus diesen Ersparnissen, sondern leisten zudem einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag zur Kosten- und Energieeffizienz öffentlicher Lichtinfrastruktur. Auf dem Sektor der sozialen Infrastruktur wurde eine Reihe von Pflegeinstitutionen auf Betreibermodellbasis, unter Beiziehung privater Investoren, finanziert. Generell ist die Kommunalkredit der Überzeugung, dass mit der angespannten budgetären Situation kommunaler und öffentlicher Haushalte sowie dem Erreichen öffentlicher Verschuldungsgrenzen die Erweiterung der Finanzierungsbasis für öffentliche Infrastrukturinvestitionen erforderlich ist. Situationsspezifische, auf die Bedürfnisse der jeweiligen Kundensituation ausgerichtete Lösungsansätze sind dabei erforderlich. Die strategische Neupositionierung der Kommunalkredit entspricht diesen Anforderungen. Unsere Servicepalette auf den Sektoren

- Budget- und Infrastrukturberatung,
- vielfältige Finanzierungslösungen,
- Treasury-Dienstleistungen sowie
- Förderungsmanagement

ist dabei eine wichtige Basis mit hoher Zukunftsrelevanz.

Die Refinanzierung der Bank konnte in einem nach wie vor volatilen Marktumfeld positiv gestaltet werden. Insbesondere wurde dem Anspruch, dies ohne jegliche öffentliche Unterstützung durchzuführen, voll entsprochen. Im Februar 2011 wurde erstmals nach der Restrukturierung eine Covered-Bond-Anleihe über EUR 500 Mio. mit fünfjähriger Laufzeit erfolgreich begeben. Das Jahresergebnis nach IFRS-Rechnungslegung lag mit EUR 24,7 Mio. erfreulich über den Budgetwerten. Das Jahresergebnis gemäß UGB war ausgeglichen. Dies nach Bildung einer Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG (Pauschalvorsorge) in Höhe von EUR 27 Mio. Eine derar-

tige Vorsorge ist nach IFRS-Rechnungslegungskriterien nicht möglich. Es gab während des Geschäftsjahres keine Kreditausfälle; die Dotierung der Pauschalvorsorge dient gemäß BWG der Abdeckung bankgeschäftlicher Risiken.

Des Weiteren wurde eine Rückstellung für kompensatorische Eigenleistungen der Kommunalkredit an die Republik Österreich für erhaltene Staatshilfe unter dem EU-Beihilferecht im Ausmaß von EUR 3,2 Mio. gebildet. Diese Rückstellung ist sowohl nach IFRS als auch nach UGB aufwandswirksam. Derartige Eigenleistungen sind bis zur anstehenden Privatisierung der Kommunalkredit auch in Zukunft zu erbringen. Zudem werden, ebenso den EU-Beihilfebestimmungen entsprechend, in dieser Periode keine Kuponzahlungen auf Partizipations- und Ergänzungskapital erfolgen. Die Kommunalkredit hat kein staatliches Partizipations- und Ergänzungskapital aufgenommen. Das Partizipationskapital der Kommunalkredit wird von privaten institutionellen Investoren gehalten. Die Bank ist sich ihrer Verantwortung gegenüber diesen Investoren bewusst und bestrebt, diese Instrumente baldmöglichst wieder zu bedienen. Der Steueraufwand nach UGB beträgt EUR 1,8 Mio. In Zukunft wird von der Kommunalkredit neben dem laufenden Steueraufwand auch die im Geschäftsjahr 2010 beschlossene Stabilitätsabgabe an die Republik Österreich zu leisten sein. Eine vorläufige Berechnung für das Geschäftsjahr 2011 ergibt einen diesbezüglichen Aufwand von EUR 7,4 Mio. Der Aufwand für die nächsten drei Jahre, auf Basis der schon festgelegten Berechnungsparameter, wird in Summe EUR 22,2 Mio. betragen.

Das Beihilfeverfahren mit der Europäischen Union konnte mit der am 31. März 2011 seitens der Europäischen Wettbewerbskommission erhaltenen Bestätigung erfreulicherweise abgeschlossen werden. Während des Geschäftsjahres 2010 wurden intensive Prüfverfahren durchgeführt. Im „Impaired-Asset-Verfahren“ wurde die Preisfestlegung für Wertpapierbestände in der Abspaltung überprüft; ebenso wurden umfangreiche Szenariorechnungen für die Kommunalkredit durchgeführt. Die zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Kommission vereinbarten Auflagekriterien entsprechen dem Restrukturierungsplan und den in der EU üblichen Usancen. Die Privatisierung der Bank ist mittelfristig angestrebt.

Die Kommunalkredit Public Consulting (KPC) ist spezialisierter Anbieter für das Management von Förderungsprogrammen sowie als Beratungsdienstleister für internationale Organisationen und Finanzinstitutionen tätig. Dabei hat sich die KPC vor allem auf den Umwelt- und Klimaschutzbereich sowie auf den internationalen Carbon-Markt spezialisiert und konnte ihr Leistungsprofil weiter positiv ausbauen. Im Jahr 2010 wurden 33.000 Einzelanträge geprüft; bei 16.000 Anträgen wurden richtlinienkonform Förderungen im Ausmaß von EUR 489 Mio. ausbezahlt. Dessen stand ein Investitionsvolumen von EUR 2,1 Mrd. gegenüber. Die 50%ige Tochtergesellschaft Kommunalnet E-Government Solutions GmbH (Kommunalnet) ist das führende Arbeits- und Informationsportal für österreichische Kommunen; 50 % halten der Österreichische Gemeindebund und Landesverbände. Kommunalnet hat rund 10.000 registrierte Nutzer aus 2.115 Gemeinden und damit eine ausgezeichnete Marktposition in ihrem Zielsegment.

Aufbauend auf der breiten Kundenbasis im kommunalen Bereich sowie in enger Zusammenarbeit mit kommunalen und infrastrukturellen Projektträgern und -betreibern wird die Kommunalkredit weiterhin ihren Kunden lösungsorientierte Dienstleistungen bieten. Dieser projektbezogene Ansatz ist vor allem in Perioden knapper öffentlicher Budgets von zunehmender Bedeutung. Damit ist die Kommunalkredit strategisch sehr gut und zukunftsorientiert positioniert. Die Spezialisierung auf die Segmente Soziale Infrastruktur, Energie & Umwelt sowie Verkehr und der steigende Bedarf in diesen Bereichen unterstreichen diese Orientierung. Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalkredit werden sich dieser lohnenden Aufgabe weiterhin mit großem Engagement und hoher Einsatzfreude widmen.

Wir möchten uns bei Aktionären, Aufsichtsrat, Kunden und Marktpartnern für die Unterstützung und Zusammenarbeit während des letzten Jahres herzlich bedanken. Der Vorstand möchte ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für den engagierten Einsatz während des Jahres danken; vielen außergewöhnlichen Anforderungen und Belastungen wurde erfolgreich entsprochen. Dieser Einsatz bildet die Basis für den zukünftigen Erfolg. Auf die weitere positive Zusammenarbeit mit unseren Kunden und Marktpartnern freuen wir uns.

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



ORGANE DER GESELLSCHAFT

VORSTAND

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender der Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

AUFSICHTSRAT

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender
(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-
beteiligung AG)

KR Adolf Wala
Stv. Aufsichtsratsvorsitzender
(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-
beteiligung AG)

Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemein-
debundes,
Bürgermeister der Gemeinde Hallwang)

Dir. Mag. Werner Muhm
(Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundes-
arbeiter-
kammer)

Dir. DI Herbert Paierl
(Exec. Vice President Cosma Europe/Magna)

Dir. Mag. Georg Schöppl
(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste)

Franz Hofer (vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)

STAATSKOMMISSÄR

Dr. Edeltraud Lachmayer (seit 1. Juli 2010)

Staatskommissärin,
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Elisabeth Ottawa (seit 1. Juli 2010)

Staatskommissärin-Stellvertreterin,
Bundesministerium für Finanzen

REGIERUNGSKOMMISSÄR FÜR DEN DECKUNGSSTOCK FÜR FUNDIERTE BANKSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Mag. Peter Istjan (seit 1. Juli 2010)

Regierungskommissär,
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Peter Brandner (seit 1. Juli 2010)

Regierungskommissär-Stellvertreter,
Bundesministerium für Finanzen



KONZERNLAGEBERICHT

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im Jahr 2010 setzte sich die Ende 2009 begonnene Erholung der Weltwirtschaft fort. Die umfassenden Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken zeigten ihre Wirkung und führten zu erneutem Wirtschaftswachstum. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes (BIP) im Euroraum im Jahr 2009 von 4,1 % geht das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) für das Jahr 2010 von einem Anstieg des BIP um 1,8 % gegenüber 2009 aus.

Österreich zählt, laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), zu den Top-5 der EU-Länder, die die Wirtschaftskrise am besten bewältigt haben. Das Greifen staatlicher Maßnahmen, die relativ stabile private Konsum-

nachfrage und die steigenden Exporte ergaben für das Jahr 2010 eine deutliche Konjunkturerholung. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Wirtschaftsleistung in Österreich insgesamt um 1,9 % gegenüber einem Rückgang von 2,0 % im Jahr 2009.

Aufgrund der weiterhin angespannten Lage des Finanzsystems, erst langsam beginnender Investitionstätigkeit der Unternehmen und der erforderlichen Einschränkungen öffentlicher Budgets wegen hoher Schuldenstände ist eine nachhaltige Erholung mit Unsicherheit behaftet. EUROSTAT geht für das Jahr 2011 von einem Wachstum im Euro-Raum von 1,5 % aus; für Österreich wird ein Wachstum von 1,7 % prognostiziert.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Auch auf den internationalen Finanzmärkten setzte sich im Jahr 2010 die Ende 2009 begonnene Stabilisierung infolge der staatlichen Unterstützungsprogramme für den Finanzsektor weiter fort, begleitet von einer weiterhin expansiven Geldpolitik der Notenbanken. Die Europäische Zentralbank leistete weiterhin außerordentliche geldpolitische Maßnahmen und unterstützte die Märkte mit Liquidität.

Anfang 2010 führte jedoch die Budgetsituation einzelner europäischer Staaten, ausgehend von Griechenland, in der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen. Nachdem der Euro im Jänner 2010 noch einen Höchststand von USD 1,46 erreichte, fiel die Parität bis Anfang Juni 2010 auf USD 1,19 und damit auf den tiefsten Stand seit März 2006, lag jedoch noch immer auf dem Niveau der Anfangsparität von USD 1,18 am 1. Jänner 1999. Ab März 2010 fanden Verhandlungen auf europäischer Ebene mit Bezug auf die griechischen Staatsfinanzen statt. Diese führten in Zu-

sammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds zu einem Maßnahmenpaket von EUR 110 Mrd. In weiterer Folge implementierten die Mitgliedsländer der EU ein Stabilitätsprogramm (European Financial Stability Facility – EFSF) im Ausmaß von EUR 750 Mrd., das die Refinanzierungssituation peripherer Länder stabilisieren sollte. Diese Maßnahmen führten zum Ende März 2011 beschlossenen ESM (European Stability Mechanism), welcher ab 2013 Gültigkeit haben wird. Im Jänner 2011 nahm Irland Mittel aus dem EFSF in Anspruch. Anfang April 2011 folgte Portugal. Insgesamt wirkten die getätigten Maßnahmen der Europäischen Union positiv. Der Wechselkurs des Euro hat sich stabilisiert und lag im Verhältnis zum Dollar seit Beginn des Jahres 2011 nicht unter USD 1,29.

Die Geldmarktsätze verharrten bis zum ersten Quartal 2010 auf niedrigem Niveau. Nachdem der 3-Monats-EURIBOR unter dem EZB-Leitzins von 1 % lag, begann er ab

dem zweiten Quartal anzusteigen und überschritt im Oktober 2010 die 1-%-Schwelle auf bis zu 1,05 % im November 2010. Die US-Federal-Reserve beließ, wie schon im Jahr 2009, das Leitzinsband das ganze Jahr hindurch auf dem Rekordtief von 0 % bis 0,25 %.

Im Vergleich zu den Geldmarktsätzen blieben die Kapitalmarktsätze auf Jahressicht fast unverändert. Der zehnjährige Euro-Swapsatz fiel von 3,58 % Anfang 2010 auf 2,32 % Ende August und beendete das Jahr bei 3,32 %. Insgesamt ist für das Jahr 2011, angesichts steigender Preistendenzen, mit einem Anstieg des Zinsniveaus zu rechnen.

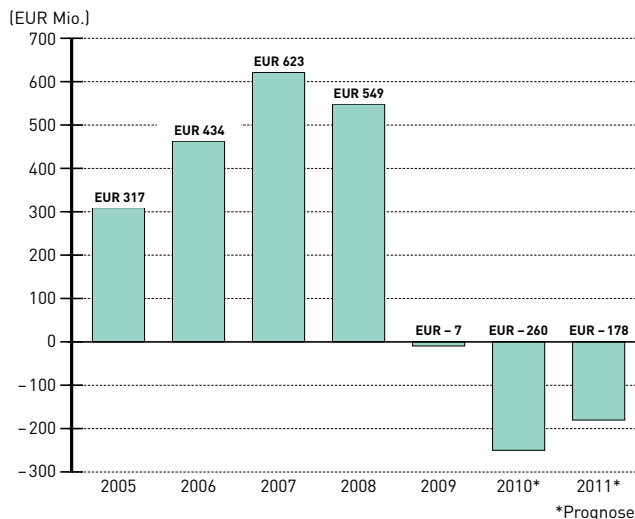
KOMMUNALE RAHMENBEDINGUNGEN

Dem Marktumfeld entsprechend war 2010 die finanzielle Lage der Kommunen und öffentlichen Haushalte angespannt. Der Gemeindefinanzbericht 2010 der Kommunkredit Austria AG (KA) zeigt, dass sich die freie Finanzspitze (Saldo der laufenden Gebarung nach Tilgungen) rascher als erwartet ins Negative drehte. Nach einem Wert von EUR – 7 Mio. im Jahr 2009 wird für die Jahre 2010 und 2011 trotz verbesserter Grunddynamik ein negativer Wert von EUR – 260 Mio. bzw. EUR – 178 Mio. erwartet. Diese Entwicklung beruht auf der budgetär bedingten Reduktion der Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich; die dominanten Faktoren sind jedoch die steigenden Ausgaben insbesondere in den Bereichen soziale Wohlfahrt und Gesundheit. Für

diese beiden Komponenten stiegen die Nettoausgaben überproportional um 8,8 % bzw. 6,6 % auf insgesamt EUR 2,3 Mrd. und umfassen damit 31 % der gesamten Nettoausgaben.

Insgesamt reduzierten sich die Gesamteinnahmen abzüglich Schuldenaufnahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht um 1,1 % oder EUR 166 Mio. auf EUR 15,6 Mrd., während die Gesamtausgaben abzüglich Tilgungen um EUR 131 Mio. auf EUR 16,1 Mrd. gestiegen sind. Damit liegen die Gesamtausgaben um EUR 502 Mio. über den Gesamteinnahmen. Dieser Differenzbetrag hat sich gegenüber 2008 mehr als verdoppelt, es wird mit einem Fortbestand dieses strukturellen Defizits gerechnet.

Entwicklung der freien Finanzspitze (ohne Wien, in EUR Mio.)



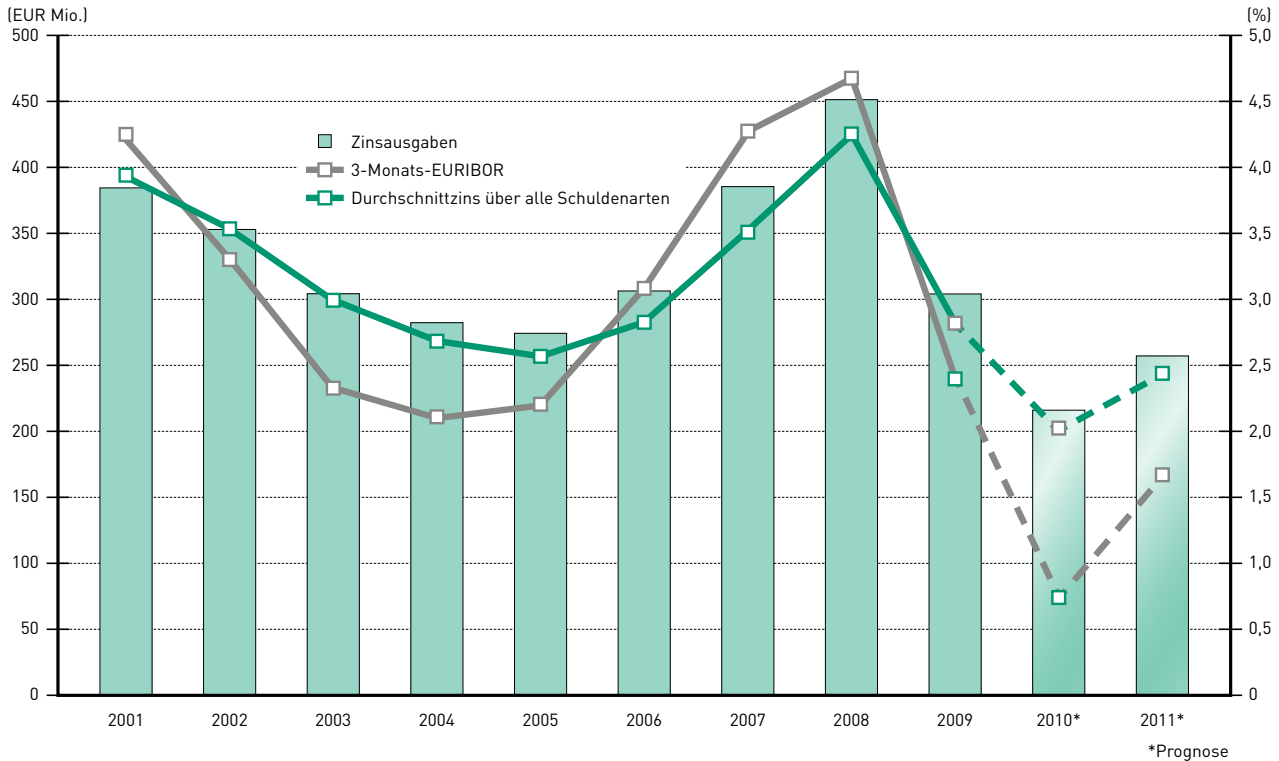
Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010 der Kommunkredit Austria AG
Freie Finanzspitze: Saldo der laufenden Gebarung abzüglich der Tilgungszahlungen; Maßzahl für den budgetären Handlungsspielraum einer Gemeinde

Zu beachten ist zudem, dass diese negative Entwicklung ohne die Vorteile aus dem gegenwärtig niedrigen Zinsniveau noch ausgeprägter wäre. So reduzierte sich der Durchschnittszinssatz auf die kommunalen Finanzschulden, welche 2009 EUR 11,5 Mrd. betragen, von 4,1 % im Jahr 2008 auf 2,7 % im Jahr 2009. Daraus resultierte ein um 34,5 % oder EUR 147 Mio. reduzierter Zinsaufwand. Diese Zinsersparnis hat sich im Jahr 2010 fortgesetzt und wird auf rund EUR 220 Mio. gestiegen sein.

Der in Zukunft zu erwartende Anstieg des Zinsniveaus wird jedoch diese positiven Effekte zunehmend kompensieren und stellt daher ein beträchtliches Bedrohungspotenzial in der kommunalen Finanzstruktur dar; dies verdient entsprechende Beachtung.

Zu betonen ist, dass nach wie vor kein Problem in der Finanzierbarkeit der kommunalen Erfordernisse besteht und die Kommunen attraktive Kreditkonditionen genießen. Das sich abzeichnende strukturelle Defizit aus Einnahmen und Ausgaben ist jedoch nicht längerfristig vertretbar, da dies die Stabilität und Leistungsfähigkeit der wichtigen kommu-

Zinsausgaben der Gemeinden ohne Wien (in EUR Mio.) und Zinssätze (in %)



Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010 der Kommunalkredit Austria AG

nen Strukturen in Frage stellen würde. Die im Finanzbericht aufgezeigte zunehmende Ausgabenverschere muss daher durch ein grundlegendes Überdenken der Aufgabenverteilung zwischen den öffentlichen Leistungsträgern (Kommunen, Länder, Bund) adressiert werden. Zunehmend ausgedehnte Leistungskataloge können ohne entsprechende Sicherung der Finanzierung nicht länger den Kommunen übertragen werden. Eine direkte Einflussmöglichkeit der Verantwortlichen auf kommunaler Ebene auf die Leistungserstellung und Leistungsabgeltung erscheint wünschenswert.

Neben der Kostenstruktur muss die Dynamik aus der demografischen Entwicklung zusätzlich berücksichtigt werden, da daraus naturgemäß eine verschärfte Kostenbelastung entstehen wird. Der Gemeindefinanzbericht 2010 zeigt, dass bis zum Jahr 2030 der Anteil der Über-65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von derzeit 18 % auf 25 % steigen wird. Gleichzeitig werden verstärkte Wanderungs-

effekte in Richtung Ballungszentren und Umlandgemeinden erwartet, während strukturschwache ländliche Regionen von Abwanderung betroffen sein werden.

Um die Leistungsfähigkeit der Kommunen und das bestehende hohe Serviceniveau abzusichern, gebührt den aufgezeigten Herausforderungen große Aufmerksamkeit. Die KA als Kompetenzzentrum für das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft verfolgt diese Entwicklungen entsprechend. Für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sind, auch aufgrund der Verschuldungsgrenzen öffentlicher Haushalte, neue Lösungsansätze erforderlich – dies insbesondere durch projektmäßig strukturierte Lösungen, wodurch die Finanzierungsbasis für öffentliche Infrastruktur verbreitert werden kann.

WESENTLICHE EREIGNISSE DES GESCHÄFTSJAHRES

Geschäftsverlauf 2010

Seit 28. November 2009 agiert die Kommunalkredit Austria AG (KA) als Kompetenzzentrum für das Kommunale und als Anbieter von Lösungen in der kommunalen und infrastrukturnahen Projektfinanzierung. Sie verfügt über ein versiertes Team, dessen Beratungs- und Fachkompetenz bei Kunden und Marktteilnehmern hohe Anerkennung findet. Es bestehen enge Kundenbeziehungen zu mehr als zwei Drittel der österreichischen Kommunen und zusätzlich zu allen führenden Infrastruktur- und Projektträgern und -betreibern des Landes sowie zu öffentlichen Entscheidungsträgern im kommunalnahen und infrastrukturnahen Bereich.

Das Jahr 2010 war das erste vollständige Geschäftsjahr der KA nach erfolgreichem Abschluss der Spaltung im November 2009. Die Konzentration lag daher 2010 voll auf dem Ausbau des strategischen Kerngeschäftes der Bank. Die Geschäftsaktivität fokussiert insbesondere auf die Bereiche:

- Soziale Infrastruktur (Pflegeheime, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen)
- Energie & Umwelt (nachhaltige Energieträger)
- Verkehr (Straße, Schiene)

Im Zentrum des Leistungsprofils stehen Budget- und Infrastrukturberatung, vielfältige Finanzierungslösungen, Treasury-Dienstleistungen und Förderungsmanagement (über die 90%ige Tochter Kommunalkredit Public Consulting GmbH).

Auf Basis der erfolgten Neupositionierung der Bank hin zum kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäft ist die KA sehr gut für die gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen positioniert. Bei begrenzten budgetären Rahmenbedingungen gewinnt die Umsetzung von öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Infrastrukturmaßnahmen über Projektstrukturen rasch und zunehmend an Bedeutung.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Neuauszahlungen in Höhe von EUR 810 Mio. gebucht. Im Zentrum des Neugeschäftes standen Infrastrukturprojekte aus den Bereichen Gesundheit, Energie und Verkehr sowie öffentliche Finanzierungen. Ebenso konnte die Infrastrukturberatungsgruppe ihre Tätigkeit erfolgreich ausbauen.

Die regionale Verteilung der Neuauszahlungen betrug:

- 62 % Österreich
- 38 % Ausland (v. a. Deutschland, EU-Nachbarländer, Schweiz)

Im Jahr 2010 wurden mehrere Vertriebsinitiativen gestartet. Insbesondere hervorzuheben sind:

- „Initiative Licht“ im Bereich Energie & Umwelt
In Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie hat die KA im Jahr 2010 die „Initiative Licht“ gestartet. Hierbei werden Gemeinden und Städte bei der budgetschonenden Modernisierung ihrer öffentlichen Beleuchtung, das betrifft vor allem Gemeindeämter, Schulen, Kindergärten, Pflegeheime sowie die Beleuchtung öffentlicher Straßen und Plätze, unterstützt. Die Umstellung auf hochwertige, moderne Beleuchtung bedeutet eine deutliche Steigerung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger und bringt für die Gemeinden zusätzlich Energie- und Kosteneinsparungspotenzial.
- Führende Projekte im Bereich Pflege
Als Österreichs Bank für Infrastruktur ist die KA insbesondere auch auf Projekte aus dem Gesundheits-/Pflegebereich spezialisiert. Im Zentrum steht die beste Lösung für eine haushaltsschonende Umsetzung öffentlicher und privater Projekte im Bereich der sozialen Infrastruktur. So finanziert sie in Rechnitz/Burgenland nach Neudörfel und Oberpullendorf bereits das dritte Pflegeheim der Burgenländische Pflegeheim Betriebs-GmbH. An allen drei Standorten wurden bzw. werden die räumlichen Gegebenheiten um-, aus- und neu gebaut und damit wesentlich verbessert. Zudem kommen in allen Heimen neue Pflegekonzepte, die in erster Linie auf Lebensqualität und Geborgenheit basieren, zur Umsetzung. Alle drei Projekte sind Beispiele für die erfolgreiche Projektrealisierung auf Basis privatwirtschaftlicher Modelle in Zusammenarbeit zwischen Land Burgenland/KRAGES (Burgenländische Krankenanstalten-Gesellschaft m.b.H.), VAMED Management Service GmbH & Co KG (Eigentümer der Burgenländische Pflegeheim Betriebs-GmbH) und der KA.

- Finanzierung von Neubau oder Sanierung von Schulen
Die KA ist auch auf internationaler Ebene ein aktiver Partner für Projektlösungen. Beispielsweise finanziert sie gemeinsam mit einem Konsortium das umfangreiche PPP-Programm der flämischen Regierung zum Bau bzw. zur Sanierung von rund 200 Schulen. Das Programm, das unter Einbindung von 211 Schulverbänden in den nächsten sechs Jahren umgesetzt wird, soll das flämische Schulwesen zu einem der modernsten in Europa machen. Finanziert wird dieses internationale Vorzeigeprojekt in der Bauphase ohne Haftungen der öffentlichen Hand. Die Schulgemeindev Verbände treten stattdessen ab Fertigstellung in ein langfristiges Mietverhältnis mit dem Projektentwickler ein. In Zeiten knapper Budgets stellt dies für den Haushalt der flämischen Gemeinden eine deutliche Entlastung dar.
- Finanzierung des Ausbaus transeuropäischer Hauptverbindungen
Im Rahmen des Bereichs Verkehr beteiligt sich die KA an der Finanzierung von wichtigen Projekten zum Ausbau der transeuropäischen Hauptverbindungen. Beispiel dafür ist die Finanzierung des slowenischen Autobahnbetreibers DARS zum Ausbau und zur Erneuerung des slowenischen Autobahnsystems, u. a. zwischen der österreichischen Grenze und Maribor. Durch diesen Ausbau werden Regionen und Standorte auf beiden Seiten der Grenze gestärkt und die Handelswege Österreichs nach Slowenien und in den Westbalkan optimiert. Für die KA ist diese Investition ein weiterer wichtiger Beitrag, sich als Österreichs Bank für Infrastruktur nicht nur in Österreich, sondern auch in den Nachbarstaaten zu positionieren.
- Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank ausgebaut
Die KA ist Partner internationaler Finanzinstitutionen – insbesondere der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD) – bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Im Jahr 2010 wurde die Partnerschaft mit der EIB ausgebaut und ein weiteres EIB-Globaldarlehen in Höhe von EUR 50 Mio. abgeschlossen. Das Darlehen wird zur Förderung von kommunalen und infrastrukturnahen Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Umweltschutz, Energie, Gesundheit, Bildung und kommunaler Wohnbau verwendet. Die Kooperation mit der EIB ist ein wesentlicher strategischer Aspekt im Restrukturierungskonzept der KA.

Abschluss der gesellschaftsrechtlichen Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt)

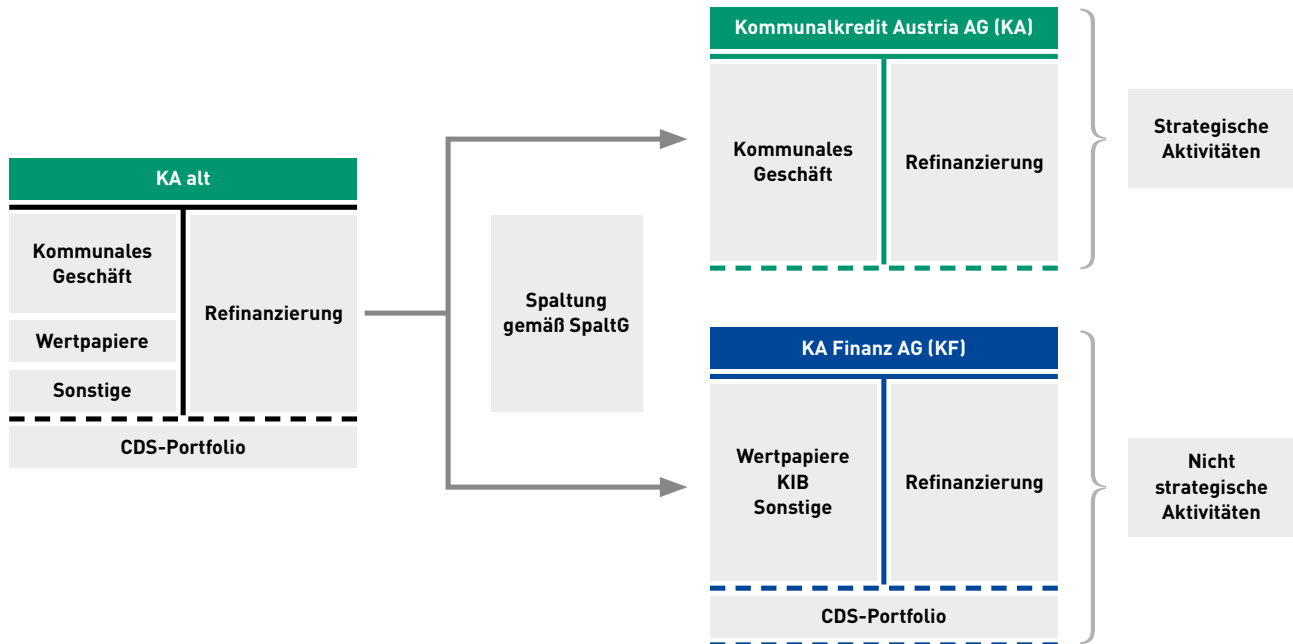
Im Zuge der internationalen Finanzkrise ergab sich für die vormalige Kommunalkredit Austria AG (KA alt – heutige KA Finanz AG) im Oktober 2008 eine akute Liquiditätsverknappung, verstärkt durch Bewertungs- und Impairmentverluste im Wertpapierportfolio und erstmals auftretende Spreadausweitungen im CDS-Portfolio. Die Situation konnte nur durch rasch umgesetzte Stützungsmaßnahmen der Republik Österreich behoben werden.

Die Republik Österreich unterzeichnete daher am 3. November 2008 einen Kaufvertrag zum Erwerb der Anteile der damaligen Aktionäre Österreichische Volksbanken-AG, Wien, und Dexia Crédit Local, Paris, an der KA alt um je EUR 1,-. Der Eigentumsübergang der Aktien erfolgte mit 5. Jänner 2009. Die Republik Österreich hält somit seit 5. Jänner 2009 99,78 % der Anteile der KA alt. Die restlichen 0,22 % sind im Besitz des Österreichischen Gemeindebundes verblieben.

Im Frühjahr 2009 wurde entsprechend den Erfordernissen des FinStaG (Finanzmarktstabilitätsgesetz) und den Leitlinien der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) der Restrukturierungsplan für die Bank erarbeitet, welcher – nach Zustimmung des Aufsichtsrates – vom Bundesministerium für Finanzen im Juni 2009 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht wurde. Im Einzelnen hatte die Sanierung und Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit Austria die folgenden Ziele:

- Vermeidung von volkswirtschaftlichem Schaden
- Minimierung der Beanspruchung von Ressourcen der öffentlichen Hand
- Keine Verlustrealisierungen in einem „distressed market“
- Höchstmöglicher Eigenbeitrag der Bank
- Repositionierung des Geschäftsmodells und Ausrichtung der neuen Kommunalkredit Austria AG auf kommunales und infrastrukturnahes Projektgeschäft

Die bestmögliche Umsetzung dieser Ziele war durch eine Trennung in „strategische“ und „nicht strategische“ Geschäftsbereiche zu erreichen. Das nicht strategische Geschäft (Wertpapier- und CDS-Portfolio) sowie die Beteiligung an der Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB) verblieben in der nunmehrigen KA Finanz AG. Die KIB wurde am 18. September 2010 in die KA Finanz AG fusioniert. Die Finanzierungs- und Betreuungsaktivitäten von



Kommunen wurden in die frühere Kommunalkredit Depotbank AG, welche sich in Konzernbesitz befand, im Wege der Spaltung zur Aufnahme nach § 5 sowie § 17 Z 5 SpaltG iVm § 220b Abs. 2 AktG übertragen. Die Spaltung wurde nach Eintragung ins Firmenbuch am 28. November 2009 wirksam. Gleichzeitig wurden die KA alt in KA Finanz AG (KF) und die Kommunalkredit Depotbank AG in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt (siehe Grafik). Beide Institute agieren voneinander unabhängig. Es besteht keine Holdingbeziehung.

Im Bericht werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten verwendet:

- Kommunalkredit Depotbank AG vor der Aufnahme: **KDB**
- Kommunalkredit Austria AG bis zur Spaltung am 28. November 2009: **KA alt**
- Kommunalkredit Austria AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Depotbank AG): **KA**
- KA Finanz AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Austria AG (KA alt)): **KF**

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen KA und KF

Die Kommunalkredit Austria AG (KA) agiert seit der Spaltung als Dienstleister für die KA Finanz AG (KF). In der KF sind mit Stichtag 31. Dezember 2010 zwölf Mitarbeiter/innen der KA aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung tätig. Diese sind verantwortlich für das Portfolio-Management, Risiko-Management und die Organisation der Gesellschaft. Zudem erwirbt die KF unter einem Service Level Agreement geregelte Dienstleistungen von der KA. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Einhaltung der Richtlinie wird regelmäßig im Aufsichtsrat überprüft; für interessenkonfliktgeneigte Geschäfte ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich.

Besserungsschein – Geldmarkteinlagenverzicht gegenüber der KF

Mit Rechtswirksamkeit vom 30. November 2009 verzichtete die KA gemäß Vereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17. November 2009 (Kapitalisierungsvereinbarung) gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Aus-

stellung eines Besserungsscheins. Gemäß Besserungsschein leistet die KF an die KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen im Ausmaß des Verzichtsbetrags zuzüglich einer Verzinsung von 4,3 % ab dem Tag des Geldmarkteinlagenverzichtes.

Ebenso am 17. November 2009 schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft, welche der KA das Recht einräumt, den Besserungsschein bis zum Ende der Put-Ausübungsfrist, das ist der dritte Jahrestag der Rechtswirksamkeit der Spaltung (28. November 2012), in Höhe des Verzichtsbetrags zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein geleistete Zahlungen, zu verkaufen. Die Republik Österreich übernahm die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein. Für die Haftungsübernahme hat die KF eine Haftungsgebühr in Höhe von 10 % p. a. vom jeweils verbürgten Betrag an den Bund zu entrichten.

Die Refinanzierung der vom Verzicht umfassten Geldmarkteinlagen erfolgt über eine bereits im Juli 2009 begebene staatsgarantierte Anleihe der KA über EUR 1 Mrd. Die der KA aus der Anleihe erwachsenden Kosten werden mit Wirksamkeit des Geldmarkteinlagenverzichtes von der Republik Österreich über die Verzinsung des Besserungsscheins gedeckt und von der Republik Österreich über die Bürgschaftsvereinbarung gewährleistet, sodass die Refinanzierung dieser Transaktion für die KA ebenso kosten- und ertragsneutral ist.

Stärkung der Corporate Governance und des Risikomanagements

Die Corporate Governance der KA basiert auf den mit Beginn des Jahres 2009 in der KA alt umgesetzten neuen Corporate-Governance-Strukturen. Mit der Umsetzung der Spaltung wurde der Aufsichtsrat am 17. November 2009 neu konstituiert. Dieser hat im Jahr 2010 sieben Aufsichtsrats- und zwei Prüfungsausschusssitzungen abgehalten sowie im Oktober 2010, entsprechend den Vorgaben des novellierten BWG, einen Vergütungsausschuss eingerichtet.

Vonseiten des Vorstandes werden wöchentliche Vorstandssitzungen mit Beschluss- und Berichtsgenden inklusive Überwachung vereinbarter Follow-Up-Punkte abgehalten.

Die Interne Revision berichtet quartalsweise an den Aufsichtsrat.

Sowohl vom Aufsichtsrat, als auch vom Vorstand wird auf die Optimierung des Risikomanagements geachtet. Die Risiko- und ICAAP-Strategie der Bank wurden überprüft und neu aufgestellt; in einem monatlichen Risk-Management-Committee werden Kredit-, Markt-, operationale sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Nach der Einreichung eines Restrukturierungsplans durch das Bundesministerium für Finanzen am 10. Juni 2009 war bereits die Durchführung der Spaltung mit der Europäischen Kommission akkordiert. Im Jahr 2010 fanden weitere Verhandlungen statt. Der vorliegende Bericht wurde unter Berücksichtigung des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission erstellt. Die finale Genehmigung zum Beihilfeverfahren wurde am 31. März 2011 durch die Europäische Kommission erteilt.

Rechnungshofprüfung

Zwischen März und September 2010 fand eine Vor-Ort-Prüfung des Rechnungshofes über die Gebarung der KA statt. Das Prüfungsergebnis ist ausstehend.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Finanzielle Leistungsindikatoren der Kommunalkredit-Gruppe nach IFRS

Ausgewählte Bilanzkennzahlen (in EUR Mio.)	2010	2009*
Bilanzsumme	16.271,1	18.283,2
Forderungen an Kreditinstitute	1.458,7	4.352,9
Forderungen an Kunden	8.144,6	7.668,9
Vermögenswerte zum Fair Value	3.316,4	3.342,4
Vermögenswerte Available-for-Sale	590,1	608,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.090,1	2.307,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.580,6	1.046,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.780,3	13.284,1
Zinsüberschuss	47,1	4,8
Jahresüberschuss vor Steuern	31,7	3,2
Jahresüberschuss nach Steuern	24,7	2,9

Unternehmenskennzahlen (in EUR Mio. bzw. %)	2010	2009*
Risikogewichtete Aktiva Basel II – Kreditrisiko	2.611,2	2.740,2
Eigenmittel	517,1	508,5
Eigenmittelquote	19,7 %	17,7 %
Kernkapital-Tier 1	411,4	409,7
Kernkapitalquote	15,7 %	14,3 %
Gesamt-Personalstand (Jahresdurchschnitt inkl. Vorstand)	264	256
davon Bankbetrieb	196	196

Rating	2010	2009
Fundierte Anleihen Moody's	Aa1	Aaa
Langfristig Fitch/Moody's	A/Baa1	A/Baa1
Kurzfristig Fitch/Moody's	F-1/P-2	F-1/P-2
Individual Rating Fitch/Financial-Strength-Rating Moody's	D/E+	E/E+
Alle Ratings mit stabilem Ausblick		

*Die dargestellten Erfolgszahlen der KA für das Jahr 2009 umfassen das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank von Jänner bis Dezember 2009 und das Ergebnis aus den im Rahmen der Spaltung übernommenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten von Dezember 2009. Eine direkte Vergleichbarkeit der Erfolgszahlen 2009 mit den Erfolgszahlen 2010 ist aus diesem Grund nicht gegeben.

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der KA beträgt zum 31. Dezember 2010 EUR 16,3 Mrd. gegenüber EUR 18,3 Mrd. im Jahr 2009. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Rückführung von Zwischenveranlagungen zwischen KA und KF sowie der Reduktion des Interbankgeschäftes.

Mit Jahresende 2010 betrug der Darlehensbestand der KA gegenüber Kunden EUR 10,4 Mrd. Dies entspricht nach Tilgungen von EUR 735,6 Mio. einem Anstieg von 3,6 % gegenüber EUR 10,0 Mrd. im Jahr 2009. Die Darlehen sind mit EUR 7,7 Mrd. unter Forderungen an Kunden und EUR 2,7 Mrd. unter Vermögenswerten zum Fair Value ausgewiesen. Die in der Bilanzposition Forderungen an Kunden enthaltenen Darlehen in Höhe von EUR 7,7 Mrd. sind um 4,0 % gegenüber dem Stand von EUR 7,4 Mrd. im Jahr 2009 gestiegen. Die Forderungen und Wertpapiere im Fair-Value-Bestand blieben nahezu unverändert.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die KA verfügt zum 31. Dezember 2010 über ein Konzernkernkapital in Höhe von EUR 411,4 Mio. (2009: EUR 409,7 Mio.) bei Eigenmitteln von EUR 517,1 Mio. (2009: EUR 508,5 Mio.). Daraus ergeben sich bei einem Bestand von risikogewichteten Ak-

tiva (Kreditrisiko) von EUR 2.611,2 Mio. (2009: EUR 2.740,2 Mio.) eine Tier-1-Ratio von 15,7 % (2009: 14,3 %) und eine Eigenmittelquote von 19,7 % (2009: 17,7 %). Damit verfügt die KA über eine sehr solide Kapitalausstattung.

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach UGB und Bankwesengesetz (BWG); bei der Berechnung der Eigenmittelerfordernisse wird der Standardansatz verwendet.

Basel III

Am 16. Dezember 2010 haben die Gruppe der Zentralbankpräsidenten und Leiter der Bankenaufsichtsbehörden sowie das Leitungsgremium des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht Details zur geplanten Erhöhung der bestehenden Eigenkapitalanforderungen ab 1. Jänner 2013 bekannt gegeben. Die KA verfolgt laufend die aktuellen Entwicklungen. Mit bisherigem Wissensstand über die geplanten, höheren Kapitalanforderungen sieht sich die KA auf Basis der aktuellen Tier-1- bzw. Eigenmittellratio von 15,7 % und 19,7 % für die zukünftige Erfüllung der Vorgaben gut gerüstet.

Die erwarteten Eigenmittelanforderungen unter Basel III sind wie folgt:

Erwartete Anforderungen unter Basel III	1.1.2013	1.1.2014	1.1.2015	1.1.2016	1.1.2017	1.1.2018	1.1.2019
Common Equity Tier 1 inkl. Puffer	3,500	4,000	4,500	5,125	5,750	6,375	7,000
Tier 1 inkl. Puffer	4,500	5,500	6,000	6,625	7,250	7,875	8,500
Eigenmittel inkl. Puffer	8,000	8,000	8,000	8,625	9,250	9,875	10,500

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Die KA refinanziert sich unabhängig von staatlicher Unterstützung auf dem freien Markt. Lediglich die zur Refinanzierung der Besserungsscheinstruktur begebene Anleihe mit Fälligkeit Juli 2013 über EUR 1 Mrd. verfügt über eine staatliche Garantie. Der Anleihe gegenüber steht eine Forderung aus dem Besserungsschein. Der Refinanzierungsaufwand für die Anleihe wird aus dem ebenfalls staatlich garantierten Ertrag aus dem Besserungsschein erfolgsneutral kompensiert.

Die langfristigen Refinanzierungen der KA sind vor allem öffentliche Emissionen sowie Privatplatzierungen im covered und unsecured Bereich. Per 31. Dezember 2010 waren insgesamt EUR 11,8 Mrd. aushaftend.

- Kundeneinlagen
Eine wesentliche Komponente der Liquiditätsstrategie ist der weitere Ausbau des Kundeneinlagengeschäftes. Betreut werden vor allem Städte, Gemeinden, öffentlichnahe Unternehmen sowie KAGs, Versicherungen und Pensionskassen. 2010 konnte die Kundenbasis weiter verbreitert und somit ein wesentlicher Beitrag zur Refinanzierung der Bank geleistet werden. Per 31. Dezember 2010 belief sich das Volumen an Kundeneinlagen auf EUR 1,6 Mrd. (2009: EUR 1,0 Mrd.) von Corporates und institutionellen Kunden. Die Bank betreibt kein Retailkundengeschäft. Auch 2011 wird der Ausbau des Kundeneinlagengeschäftes mit größter Anstrengung verfolgt.

– Kooperation EIB

Ebenso wichtig im Liquiditätsmanagement der KA ist die Kooperation mit der EIB im Zusammenhang mit der Vergabe von Globaldarlehen. Im Berichtsjahr konnte eine neue Fazilität über EUR 50 Mio. mit einer Laufzeit über zehn Jahren abgeschlossen werden. Insgesamt sind somit EUR 415 Mio. an EIB-Darlehen aushaftend. Derartige Refinanzierungsmittel stellen eine wichtige Komponente in der strategiekonformen Umsetzung von kommunalen und infrastrukturnahen Projekten dar.

– Rückkehr auf den Kapitalmarkt zu Beginn des Jahres 2011

Im Februar 2011 ist der KA die eigenständige Rückkehr auf dem Kapitalmarkt gelungen. Es wurde eine fünfjährige Covered-Bond-Anleihe über EUR 500 Mio. begeben, die stark überzeichnet war. Damit konnte das wichtige Ziel des Marktwiedereintritts erreicht werden.

Die Refinanzierungsstruktur zum 31. Dezember 2010 ist wie folgt:

Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR 11,8 Mrd.
davon staatsgarantiert	EUR 1,0 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR 1,6 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR 1,1 Mrd.

Rating

Seit 30. November 2009 hat die KA von Fitch Ratings ein langfristiges Rating von A und ein kurzfristiges Rating von F1. Das Fitch-Individual-Rating wurde am 23. Dezember 2010 von E auf D erhöht. Seit 2. Dezember 2009 hat die KA von Moody's Investors Service ein langfristiges Rating von Baa1 und ein kurzfristiges Rating von P-2. Fundierte Anleihen der KA verfügen über ein Moody's-Rating von Aa1. Alle Ratings haben einen stabilen Ausblick.

Ertragslage IFRS-Konzern

Die vorliegende IFRS-Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der KA stellt das erste volle Geschäftsjahr für die KA nach der am 28. November 2009 erfolgten Trennung von der KF dar. Die Ergebnisse 2009 – welche sich aus dem Ergebnis der früheren Kommunalkredit Depotbank sowie dem Ergebnis der KA für den Zeitraum 28. November 2009 bis 31. Dezember 2009 zusammensetzten – sind daher mit dem Ergebnis 2010 nur eingeschränkt vergleichbar.

Der IFRS-Konzern-Jahresüberschuss nach Steuern beträgt für das Geschäftsjahr 2010 EUR 24,7 Mio. und ist im Wesentlichen bestimmt durch nachfolgende Faktoren:

– Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss der KA betrug 2010 EUR 47,1 Mio. Der Zinsüberschuss baut dabei auf stabilen Erträgen aus dem bestehenden Portfolio auf und wird gestärkt durch steigende Erträge aus den Neuabschlüssen im Bereich des kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäftes.

– Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis der KA betrug 2010 EUR 12,3 Mio. Davon sind die wesentlichsten Komponenten die Bruttoumsatzerlöse der Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC) in Höhe von EUR 11,7 Mio. sowie Erträge aus dem Kreditgeschäft in Höhe von EUR 1,8 Mio.

– Handels- und Bewertungsergebnis

Das Handels- und Bewertungsergebnis beträgt EUR 3,8 Mio. Da die KA keinen nennenswerten Eigenhandel betreibt, ist dieses durch das Bewertungsergebnis bestimmt und ergibt sich im Wesentlichen aus einem Ertrag aus der vorzeitigen Tilgung von Eigenemissionen von EUR 16,0 Mio., dem ein Aufwand von EUR 15,7 Mio. aus der Veräußerung bzw. Bewertung von Fair-Value-Wertpapieren gegenübersteht, sowie positiven Bewertungseffekten auf Aktiva- und Derivatibestände in Höhe von rund EUR 3,5 Mio.

– Kreditrisikoergebnis

Die KA baut ihre Geschäftstätigkeit auf ein stabiles und qualitatives Portfolio kommunaler und infrastrukturnaher Finanzierungen. Im Jahr 2010 wurden keine neuen Vorsorgen für Einzelwertberichtigungen gebildet und Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 5,2 aufgelöst. Die Abschreibungen auf Forderungen betragen TEUR 1,3. Die KA führt zudem eine Bewertung des Portfolios nach dem Incurred-Loss-Model nach IFRS durch. Die Bewertung für das Jahr 2010 ergab einen Wert von Null.

– Rückstellungen

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbetrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Vor diesem Hintergrund wurden für erwartete kompensatorische Eigenbeiträge an die Republik Österreich Rückstellungen für das Jahr 2010 in Höhe von EUR 3,2 Mio. gebildet.

– Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand beläuft sich auf EUR 44,4 Mio., wobei auf den Personalaufwand EUR 27,7 Mio. und auf

den Sachaufwand inkl. Absetzung für Abnutzung (AfA) EUR 16,6 Mio. entfallen. Der ausgewiesene Verwaltungsaufwand beinhaltet auch Personal- und Sachleistungen der KA für die KF, welche im Rahmen eines Service Level Agreement (SLA) geleistet werden. Die Erlöse aus der Weiterverrechnung von Verwaltungsaufwendungen für Leistungen aus dem SLA an die KF (EUR 13,4 Mio.) wer-

den im Sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt; der tatsächliche Netto-Verwaltungsaufwand ist somit deutlich geringer und beträgt EUR 30,9 Mio., davon EUR 19,5 Mio. Personalaufwand und EUR 11,4 Mio. Sachaufwand inkl. AfA. Auf Basis dieses moderaten Netto-Verwaltungsaufwandes ergibt sich eine Cost-Income-Ratio von 47,9 %.

Finanzielle Leistungsindikatoren der Kommunalkredit Austria AG nach UGB

Ausgewählte Bilanz- und GuV-Kennzahlen (in EUR Mio.)	2010	2009*
Bilanzsumme	14.972,8	17.295,8
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	1.909,5	1.899,2
Forderungen an Kreditinstitute	1.349,1	4.244,6
Forderungen an Kunden	10.085,6	9.803,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.064,0	2.279,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.580,7	1.019,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.541,0	13.173,4
Nettozinsertrag	45,6	10,8
Verwaltungsaufwand	- 35,6	- 17,7
Betriebsergebnis	25,0	3,5
Dotierung Vorsorge § 57 Abs. 1 BWG	- 27,0	- 5,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern	1,9	11,9
Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss)	0,0	5,3
Jahresgewinn	0,0	0,0

Unternehmenskennzahlen (in EUR Mio. bzw. %)	2010	2009*
Risikogewichtete Aktiva	2.581,6	2.708,8
Eigenmittelerfordernis	207,8	226,7
Eigenmittel	505,5	498,8
Eigenmittelquote (= Eigenmittel / (Eigenmittelerfordernis/0,08) * 100)	19,5 %	17,6 %
Kernkapital-Tier 1	399,9	400,0
Kernkapitalquote (= Kernkapital / (Eigenmittelerfordernis/0,08) * 100)	15,4 %	14,1 %
Anzahl an Aktien	31.007.059	31.007.059

*Die dargestellten Erfolgszahlen der KA für das Jahr 2009 umfassen das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank von Jänner bis Dezember 2009 und das Ergebnis aus den im Rahmen der Spaltung übernommenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten von Juli bis Dezember 2009. Eine direkte Vergleichbarkeit der Erfolgszahlen 2009 mit den Erfolgszahlen 2010 ist aus diesem Grund nicht gegeben.

Die vorliegende Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung der KA nach UGB stellt das erste volle Geschäftsjahr für die KA nach der am 28. November 2009 erfolgten Trennung von der KF dar. Die Ergebnisse 2009 umfassen das Ergebnis des Depotbankgeschäftes von Jänner bis Dezem-

ber 2009 sowie das Ergebnis aus den abgespaltenen strategischen Aktiva und Passiva der KA alt von Juli bis Dezember 2009. Das Ergebnis 2010 ist daher nur eingeschränkt mit dem Vorjahresergebnis vergleichbar.

Die Bilanzsumme der KA beträgt zum 31. Dezember 2010 EUR 15,0 Mrd. gegenüber EUR 17,3 Mrd. im Jahr 2009. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Rückführung von wechselseitigen Zwischenveranlagungen zwischen KA und KF sowie der Reduktion des Interbankgeschäftes.

Mit Jahresende 2010 betragen die Forderungen an Kunden der KA EUR 10,1 Mrd. Dies entspricht einem Anstieg von 3,1 % gegenüber dem Stand von EUR 9,8 Mrd. zum Jahresresultimo 2009.

Der UGB-Einzelabschluss ist für die Bedienung der gewinnabhängigen Eigenmittelinstrumente, d. h. Ergänzungskapital und Partizipationskapital, sowie für die Bewertung der Auflagen der Europäischen Kommission bestimmend.

Nach einem Betriebsergebnis von EUR 25,0 Mio. beträgt das UGB-Jahresergebnis nach Steuern für das Geschäftsjahr 2010 EUR 0,0 und ist im Wesentlichen bestimmt durch nachfolgende Faktoren:

– Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss der KA betrug 2010 EUR 45,6 Mio. Der Zinsüberschuss baut dabei auf stabilen Erträgen aus dem bestehenden Portfolio und wird gestärkt durch steigende Erträge aus den Neuabschlüssen im Bereich des kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäftes.

– Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis

Das Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis der KA betrug 2010 EUR – 23,0 Mio. und ist im Wesentlichen bedingt durch die Zuführung zur Vorsorge nach § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 27,0 Mio. Die KA baut ihre Geschäftstätigkeit auf ein stabiles und qualitatives Portfolio kommunaler und infrastrukturnaher Finanzierungen. 2010 wurden keine neuen Vorsorgen für Einzelwertberichtigungen gebildet. Die KA verfolgt jedoch eine konservative Politik der Risikovorsorge. Sie hat daher aufgrund des aktuell volatilen Marktumfeldes von den Möglichkeiten des § 57 Abs. 1 BWG Gebrauch gemacht und im Geschäftsjahr

2010 eine entsprechende Vorsorge getroffen. Diese Risikovorsorge kann gemäß § 57 Abs. 1 BWG bis zu einem Ausmaß von 4 % des Gesamtbetrages der angeführten Vermögensgegenstände dotiert werden. Der Gesamtstand der Vorsorge nach § 57 Abs. 1 BWG beträgt EUR 32,1 Mio.

– Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand der KA beträgt vor Weiterverrechnung der Dienstleistungen aus dem Service Level Agreement gegenüber der KF und der KPC EUR 35,5 Mio. Davon entfallen EUR 22,3 Mio. auf den Personalaufwand und EUR 13,4 Mio. auf Sachaufwendungen. Die im Sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellten Erträge aus Weiterverrechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an die KF und die KPC betragen EUR 15,4 Mio.; der resultierende Verwaltungsaufwand beträgt somit netto EUR 20,2 Mio. Auf Basis dieses moderaten Verwaltungsaufwandes ergibt sich eine Cost-Income-Ratio von 43,8 %.

– Rückstellungen

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfverfahrens durch die Europäische Kommission muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbetrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Vor diesem Hintergrund wurden für kompensatorische Eigenbeiträge an die Republik Österreich Rückstellungen für das Jahr 2010 in Höhe von EUR 3,2 Mio. gebildet.

Das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) und der Jahresgewinn sind somit für das Gesamtjahr 2010 ausgeglichen. Da das Jahresergebnis nach Steuern die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber darstellt, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2011 kein Kupon auf das Ergänzungskapital erfolgen. Der Jahresgewinn stellt die Ausschüttungsgrundlage für Partizipationskapitalinhaber dar. Somit wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2011 keine Ausschüttung auf das Partizipationskapital erfolgen.

NICHT FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Mitarbeiter/innen

Die Mitarbeiter/innen der KA sind im Bankbereich seit der Spaltung am 28. November 2009 sowohl für die KA als auch über ein Service Level Agreement für die KF tätig. Vor der Spaltung waren sämtliche Mitarbeiter/innen für die KA alt tätig.

Der durchschnittliche Personalstand der KA betrug im Jahr 2010 196 (2009: 196). Davon waren zehn Mitarbeiter/innen im Jahr 2010 ausschließlich für die KF (2009: elf) tätig. Weiters waren in der Kommunalkredit Public Consulting im Jahr 2010 durchschnittlich 68 Mitarbeiter/innen (2009: 55) tätig. In einer Gesamtbetrachtung über alle Be-

teilungen betrug der durchschnittliche Personalstand in der Kommunalkredit-Gruppe inkl. Vorstand im Jahr 2010 264 Mitarbeiter/innen gegenüber 256 im Jahr 2009.

Zum Jahresende 2010 waren in der Kommunalkredit-Gruppe 287 Mitarbeiter/innen beschäftigt (2009: 266), davon 135 männlich, 152 weiblich; dies entspricht einem Vollzeitäquivalent von 272,8 Mitarbeitern/innen (2009: 253,5). Die Ursachen für diese Veränderung liegen vorwiegend in der strukturierten Nachbesetzung einzelner Abgänge aus dem Jahr 2009 sowie im Zuwachs der KPC. Aufgrund ihrer guten Auftragslage ist die Anzahl der KPC-Mitarbeiter/innen von 67 (2009) auf 76 (2010) gestiegen.

Der Frauenanteil betrug 53,0 %. Der Akademikeranteil ist mit 60,6 % (174 Personen, davon 71 Frauen und 103 Männer) auf einem konstant hohen Niveau. Von den insgesamt 287 Mitarbeitern/innen sind 39 weibliche und sechs männliche teilzeitbeschäftigt. Zusätzlich waren per 31. Dezember 2010 zehn Frauen und drei Männer in Karenz. Von insgesamt 57 Führungskräften in der Kommunalkredit-Gruppe sind 16 (28,1 %) Frauen. Das Durchschnittsalter liegt bei 37 Jahren, die Durchschnittszugehörigkeit zum Unternehmen bei sechs Jahren.

Die KA hat 2010 ein Performance Management und ein variables Vergütungssystem konzeptioniert. Die Novelle zum BWG erfordert eine Anpassung des Bonusmodells insbesondere durch Definition von betroffenen Zielgruppen/Funktionen („Identified Staff“), stärkere Koppelung ans Risikomanagement/-controlling und Ausgestaltung von monetären und nicht monetären Bonusbestandteilen sowie verzögerte Auszahlungs- und Berechnungsmodalitäten. Hierzu wurde im Aufsichtsrat ein Vergütungsausschuss eingerichtet.

Kommunikation

Eine Reihe von Kommunikationsmaßnahmen unterstützte 2010 den regelmäßigen und offenen Kontakt zu Kunden, Journalisten und wichtigen Stakeholdern der KA. Pressehintergrundgespräche und -konferenzen des Vorstandes und Aussendungen über bedeutende Entwicklungen, die Teilnahme an wichtigen Foren, das Versorgen der Kunden mit Branchen-News sowie die Präsenz am Österreichischen Städtetag und am Österreichischen Gemeindetag sind die Eckpunkte der Kommunikationsstrategie.

– „Initiative Licht“

Schwerpunkthema 2010 war die „Initiative Licht“, welche es Gemeinden ermöglicht, kostengünstig auf neue Lichttechnologien umzurüsten. Durch ein verbessertes Lichtmanagement kann eine Energiekostensparnis von bis zu 50 % erzielt werden. Gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem FEEL – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie – initiierte die KA eine Bundesländerkampagne, um über den Einsatz moderner Lichttechnologien in der öffentlichen Beleuchtung und die damit verbundenen Energie- und Kosteneinsparungen zu informieren.

– Kundenmagazin „Kommunal kompakt“

Neu eingeführt wurden 2010 das Kundenmagazin „Kommunal kompakt“ und ein elektronischer Newsletter, abgestimmt auf die Zielgruppen Gemeinden bzw. Projekterrichter. Persönliche Kontakte konnten im Rahmen von internen Veranstaltungen gepflegt werden. Die Neuausrichtung der Bank auf die Segmente „Energie & Umwelt“, „Soziale Infrastruktur“ und „Verkehr“ spiegelt sich im Relaunch der Homepage sowie in adaptierten Advertorials wider.

– Gemeindefinanzbericht

Der Gemeindefinanzbericht erschien 2010 bereits zum sechsten Mal in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund. Dieses Standard-Nachschlagewerk bietet einen detaillierten Überblick über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung aller 2.357 Städte und Gemeinden Österreichs und unterstützt diese bei einer möglichst genauen Budgetplanung. Erstmals lieferte der Bericht zudem eine Analyse über die Dynamik der einzelnen Einnahmen- und Ausgabenpositionen der laufenden Gebarung, der Vermögensgebarung und der Finanzgebarung, ausgewählte Bestandsdaten wie Schuldenstand und Rücklagen sowie eine Schätzung über kommunale Haftungen. Darüber hinaus stellt kommunalnet.at, die gemeinsame Intranet-Plattform des Österreichischen Gemeindebundes, seiner Landesverbände sowie der KA, basierend auf den Daten des Gemeindefinanzberichtes, jeder Gemeinde Österreichs ein kommunales Finanzbenchmark zur Verfügung.

– Kommunale Sommergespräche

Die jährlichen „Kommunalen Sommergespräche“ in Bad Aussee bieten Gemeindevertretern, Meinungsführern und Experten aus Politik, Wirtschaft und Finanzen die Gelegen-

heit, sich über Herausforderungen der öffentlichen Hand auszutauschen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund organisiert. Unter dem Generalthema „Haben die Kleinen [noch] eine Chance – Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget“ wurde 2010 über zentrale Anliegen wie Finanzierungschancen bei knappen Budgets, Freiwilligenarbeit in der Gemeinde und die Frage von Gemeindegemeinschaften oder verstärkte Partnerschaften diskutiert.

– RFG Fachzeitschrift und Schriftenreihe

Mit der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift „RFG – Recht und Finanzen für Gemeinden“ (Verlag Manz) informieren der Österreichische Gemeindebund und die KA Gemeinden über Themen des Kommunalrechts, des kommunalen Steuerrechts, der Betriebswirtschaft und des kommunalen Finanzwesens. Experten/-innen der KA sowie externe Partner stellen mit ihren Beiträgen ihr Fachwissen hinsichtlich Finanzierung, Budgetierung, Maastricht-Konformität oder Förderung zur Verfügung. 2010 standen insbesondere die Gemeindefinanzen, die „Finanzierungsinitiative Licht“, Energieeffizienz und Pflege im Fokus.

– public breakfast

Bereits ins vierte Jahr ging 2010 die Business-Seminarreihe „public breakfast – one step ahead“, eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit PwC (PricewaterhouseCoopers). Das Format wendet sich an Entscheidungsträger der öffentlichen Hand, um eine Plattform für aktuelle Public-Finance-Themen und Gedankenaustausch in angenehmer Frühstücksatmosphäre zu bieten. Insgesamt vier Veranstaltungen in Wien sowie zwei – inhaltlich erweiterte – „public brunches“ in den Bundesländern fanden 2010 statt.

– Mitarbeiter/innen-Information

Regelmäßige Mitarbeiter/innen-Informationen und Vorstandsbriefe sowie ein Mitarbeiter/einführungstag für neue Kolleginnen und Kollegen waren die Eckpfeiler der internen Kommunikation. Das Intranet wurde erweitert und bot noch mehr hausinterne Informationen. Aktivitäten von Nachhaltigkeitsteam und Betriebsrat unterstützten die vom Unternehmen angebotenen Sozialleistungen. Zusätzlich wurde 2010 das interne Vorschlagswesen adaptiert, um die Ideen und Anregungen der Mitarbeiter/-innen als wertvolle Ressource für die Weiterentwicklung des Unternehmens nutzen zu können.

ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Die Kommunalkredit-Gruppe verfügt über keine Zweigniederlassungen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Stabilitätsabgabe

Mit 30. Dezember 2010 trat das Stabilitätsabgabegesetz in Kraft, welches Banken zur Zahlung einer Stabilitätsabgabe an die Republik Österreich verpflichtet. Basierend auf der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt die seitens der KA in den Jahren 2011 bis 2013 zu leistende Stabilitätsabgabe jährlich rund EUR 7,4 Mio. bzw. für den gesamten Zeitraum EUR 22,2 Mio.

Bestätigung des Aa1-Covered-Bond-Ratings durch Moody's

Am 3. Februar 2011 konnte durch Unterzeichnung einer Übersicherungsvereinbarung für ein Covered-Bond-Rating von Aa1 der „Review for possible downgrade“ von Moody's beendet werden.

Platzierung EUR-500-Mio.-Covered-Bond

Nach zweijähriger Abwesenheit vom Kapitalmarkt hat die KA nach einer intensiven Pan-Europa-Roadshow am 8. Februar 2011 eine öffentliche Covered-Bond-Emission mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Volumen von EUR 500 Mio. begeben. Mit einer Vielzahl von Orders war die Emission gut überzeichnet.

69 % der Transaktion wurden in Deutschland (41 %) und Österreich (28 %) platziert, gefolgt von Frankreich mit rund 9 %, der Schweiz mit rund 8 % und Luxemburg mit rund 5 % sowie Spanien und Italien. Dabei konnte die Emission hauptsächlich bei Banken (58 %) und Investment Managers (rund 28 %) sowie Versicherungen (11 %) verkauft werden.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission hat am 31. März 2011 ihre formale Zustimmung zum Restrukturierungsplan der KA gegeben. Mit dieser positiven Entscheidung ist die gesellschaftsrechtliche Restrukturierung auch unter den Kriterien des EU-Wettbewerbsrechts anerkannt worden.

BETEILIGUNGEN

Kommunalkredit Public Consulting GmbH

Die Kommunalkredit Public Consulting (KPC) ist ein spezialisierter Anbieter für das Management von Förderungsprogrammen und Beratungsdienstleister für internationale Organisationen und Finanzinstitutionen. Dabei hat sich die KPC im Wesentlichen auf die Bereiche Entwicklung, Implementierung und Management von Förderungsprogrammen v. a. im Umwelt- und Klimaschutzbereich sowie auf den internationalen Carbon-Markt spezialisiert. Die KPC ist langjähriger Partner des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in der Abwicklung von Umweltförderungsprogrammen und managt seit 1993 die Umweltförderungen des Bundes für österreichische Gemeinden und Unternehmen in den Bereichen Siedlungswasserwirtschaft, Altlastensanierung und Betriebliche Umweltförderung.

Die Palette der von der KPC betreuten Förderungsprogramme wurde in den letzten Jahren deutlich vielfältiger: So nimmt die KPC inzwischen auch die Abwicklung von Förderungsprogrammen für die Europäische Union, den Klima- und Energiefonds, das Mobilitätsförderungsprogramm klima:aktiv und einige Bundesländer wahr. Seit 2003 erwirbt die KPC im Namen der Republik Österreich CO₂-Emissionszertifikate aus internationalen Klimaschutzprojekten.

Im Geschäftsbereich „Management von Förderungs- und Ankaufsprogrammen“ wurden 2010 knapp 16.000 Projekte geprüft und betreut. Durch die im Auftrag der Förderungsgeber gemanagten Förderungsvolumina von EUR 488,8 Mio. konnten Investitionen in Höhe von EUR 2,1 Mrd. initiiert werden.

Förderungs- und Programmabwicklungen 2010

in EUR Mio.	Anzahl	Investitionen	Förderungen*	Auszahlungen
Umweltförderungen des Bundes	5.983	1.309,1	280,8	490,2
Wasserwirtschaft	2.936	576,2	137,3	320,4
Umweltförderung im Inland	2.399	571,1	87,3	93,1
Konjunkturpaket Thermische Sanierung	634	126,2	25,3	51,6
Altlastensanierung	14	35,7	30,9	25,1
Klima- und Energiefonds	9.321	277,5	86,3	25,4
Photovoltaik	7.070	139,9	45,1	15,4
KMU-Scheck	1.396	1,2	1,1	0,8
Mobilitätsmanagement	700	109,4	18,8	1,9
Arbeitsprogramme	155	27,0	21,3	7,3
klima:aktiv mobil	289	4,6	0,4	1,1
JI/CDM-Programm	5	0,0	42,6	65,4
EFRE-Kofinanzierungen	47	61,2	9,0	0,0
ELER-Kofinanzierungen	180	128,5	19,6	0,0
Landwirtschaftliche Biomasse	29	18,2	4,9	0,0
Ökostrom – Wasserkraftwerke	87	248,2	45,1	0,0
Förderungsinitiative Abfallvermeidung	15	3,1	0,2	0,2
Summe	15.956	2.050,4	488,8	582,4

*Förderungen sind Neuzusagen im jeweiligen Jahr. Auszahlungen von Förderungen erfolgen nach der Projektumsetzung und beziehen sich auf Förderungszusagen aus den Vorjahren.

Basierend auf ihrem langjährigen Know-how hat die KPC über den zweiten Geschäftsbereich, das Consulting im Umwelt- und Finanzbereich, ihr Beratungsangebot für nationale Partner sowie internationale Organisationen und Finanzinstitutionen ausgebaut. Der Fokus im internationalen Consulting liegt dabei auf Beratungsleistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, speziell in den EU-Beitrittskandidatenländern Südost- und Zentraleuropas sowie der Kaukasus-Region. Als Kunden konnten u. a. die Europäische Kommission, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Weltbank gewonnen werden.

So erhielt die KPC als Partner in einem internationalen Konsortium von der EIB den Zuschlag für Beratungsleistungen im Rahmen des JASPERS-Programms, welches EU-Mitgliedsländern Beratungsleistungen für die Projektvorbereitung von großen Infrastrukturprojekten anbietet. Auch die Zusammenarbeit mit der EBRD wurde intensi-

viert. Die KPC ist Teil eines erfolgreichen Konsortiums für den Aufbau und die Abwicklung einer neuen Kreditlinie für nachhaltige Energieprojekte in Armenien. Die Aufgaben in diesem Projekt umfassen nicht nur die Durchführung von Energie-Audits, sondern auch die Abhaltung von Schulungen für teilnehmende Banken sowie den Aufbau einer Projektpipeline durch gezieltes Marketing und die Unterstützung von Projektentwicklern. Darüber hinaus erhielt die KPC ebenfalls als Konsortialpartner einen Auftrag der EBRD zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsprojekt in Weißrussland.

Die Unterstützung der Auftraggeber bei der Identifikation und Implementierung von Projekten, Programmen und Förderungsinstrumenten im Infrastruktursektor durch technisches, ökonomisches und finanzielles Consulting erfolgt seit der erfolgreichen Zertifizierung mit Ende 2008 gemäß der Qualitätsmanagementnorm ISO 9001:2008. Die ISO-Zertifizierung wurde 2010 bestätigt.

Name und Sitz	Beteiligung		Anteil am Kapital in %	Letzter Jahresabschluss	Angaben zum Jahresabschluss (IFRS)	
	direkt	indirekt			Bilanzsumme in EUR 1.000	Eigenkapital in EUR 1.000
1. Verbundene Unternehmen						
1.1. Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen						
Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH, Wien	x		100,00 %	31.12.2010	37.202,6	15.721,5
Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien	x		90,00 %	31.12.2010	4.744,4	998,2
1.2. Zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten einbezogene verbundene Unternehmen						
Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH, Wien	x		100,00 %	31.12.2010*	522,5	432,1
TrendMind IT Dienstleistung GmbH, Wien		x	100,00 %	31.12.2010	492,0	387,9
2. Assoziierte Unternehmen						
2.1. At equity einbezogene assoziierte Unternehmen						
Kommunalleasing GmbH, Wien		x	50,00 %	31.12.2010	131.550,1	2.936,7
2.2. Zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten einbezogene assoziierte Beteiligungen						
Kommunalnet E-Government Solutions GmbH, Wien		x	50,00 %	31.12.2010*	430,6	252,7
3. Sonstige Beteiligungen						
3.1. Zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten einbezogene sonstige Beteiligungen						
Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH & CO OEG, Wien		x	100,00 %	31.12.2010*	246.442,1	512,3
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	x	x	0,20 %		unwesentlich	

* vorläufige ungeprüfte Zahlen

Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH

Die Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH (KBI) hält als 100-%-Tochter der KA die eigengenutzten Immobilien und die Beteiligungen des Konzerns. Die Gesellschaft ist Eigentümerin der von der KA in der Türkenstraße/Liechtensteinstraße benutzten Büros.

Folgende Beteiligungen werden nach der Restrukturierung von der Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH gehalten:

- Kommunalkredit E-Government Solutions GmbH (50 %)
- Kommunalleasing GmbH (50 %)
- TrendMind IT Dienstleistung GmbH (100 %)
- Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH & Co. OEG (1 %)

Kommunalnet E-Government Solutions GmbH

Die Kommunalkredit E-Government Solutions GmbH (Kommunalnet) ist eine 50-%-Beteiligung der KA, 40 % werden vom Österreichischen Gemeindebund und 10 % von drei Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes gehalten. Kommunalkredit ist das Arbeits- und Informationsportal der österreichischen Gemeinden, Bürgermeister/innen und Gemeindebediensteten. Es bietet tagesaktuelle kommunale Nachrichten, Zugang zu relevanten behördlichen Datenbanken und fungiert als Informations- und Kommunikationsdrehscheibe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Kommunalkredit ist offizieller Bestandteil der österreichischen E-Government-Roadmap.

Mit Ende Dezember 2010 hatte Kommunalkredit 9.867 registrierte Nutzer aus 2.115 österreichischen Gemeinden und Gemeindeverbänden. Damit verfügt Kommunalkredit über ei-

nen Marktanteil im Gemeindebereich von 88,12 % und über eine einzigartige Stellung im österreichischen Markt. Die starke Marktdurchdringung ermöglicht es Kommunalnet, als DER Kommunikationskanal zu den österreichischen Gemeinden zu fungieren. Dementsprechend nutzt die KA diese Plattform zur strategischen Positionierung als starker Partner der österreichischen Gemeinden.

Kommunalleasing GmbH

Die Kommunalleasing GmbH ist eine 50-%-Tochter der KBI; 50 % werden von der BAWAG P.S.K. LEASING GmbH gehalten. Seit Gründung der Gesellschaft im Jahr 2002 wurden kommunale Infrastrukturprojekte wie Feuerwehnhäuser, Schulen, Gemeindeämter etc. mit einem Volumen von ca. EUR 140 Mio. für Länder und Gemeinden realisiert.

TrendMind IT Dienstleistungen GmbH

Die TrendMind IT Dienstleistungen GmbH (TrendMind) ist IT-Spezialist für Finanzprodukte, SAP und Förderungslösungen. Wesentlicher Schwerpunkt der TrendMind im Jahr 2010 war die Unterstützung der KA im Restrukturierungsprozess. Die grenzüberschreitende Verschmelzung mit der ehemaligen Tochterbank in Zypern stellte ein weiteres komplexes IT-Projekt dar, das mit Unterstützung der TrendMind erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Zusätzlich konnten neben bestehenden laufenden Wartungsverträgen auch Aufträge von Kunden in Deutschland

gewonnen und umgesetzt werden, insbesondere eine Reporting-Lösung für ein Institut in Deutschland sowie ein Werkzeug zum automatischen Test von SAP-Software. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt war die Unterstützung der Konzerntochter KPC beim Ausbau der verwendeten innovativen Förderungssoftware für erweiterte Internetfunktionalität.

Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH & Co OEG

Die Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH & Co OEG (KV OEG) wird zu 99 % von der Kommunalkredit Vermögensverwaltung GmbH (100 % Kommunalkredit Austria AG) und zu 1 % von der KBI (100 % Kommunalkredit Austria AG) gehalten. Die Tätigkeit des Unternehmens umfasst die Verwaltung eigener Vermögenswerte. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt durch die Begebung von Genussrechten; den Genussrechtsinhabern steht das Jahresergebnis des dem Genussrecht zugeordneten Rechnungskreises nach Abzug eines Verwaltungskostensatzes zu.

Depotbankgeschäft

Dem Restrukturierungsplan entsprechend wurde per Vertrag vom 18. Dezember 2009 das Depotbankgeschäft der KA veräußert. Dies konnte ohne Beeinträchtigung der Servicequalität für die Kunden der Depotbank durchgeführt werden. Das Closing der Transaktion fand am 30. April 2010 statt.

RISIKOBERICHTERSTATTUNG

Details zum Risikomanagement finden sich im Risikobericht im Anhang zum Konzernabschluss (Punkt 74 der Notes).

INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM (IKS)

Einleitung

Das IKS-Rahmenwerk der KA orientiert sich an den allgemein anerkannten Standards, wie z. B. den Regelungen des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO), und besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Das Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive und sich ständig ver-

bessernde interne Kontrollen, vor allem in Hinsicht auf die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung, zu gewährleisten. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften, andererseits auf die Schaffung von vorteilhaften Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung ausgerichtet.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die

Mitarbeiter/innen operieren. Das Unternehmen hat aktiv an der Verbesserung der Kommunikation und der Vermittlung der unternehmenseigenen Grundwerte gearbeitet; ein höchstmögliches Niveau von Moral, Ethik und Integrität im Unternehmen und im Umgang mit anderen wird angestrebt.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die Interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KA hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken aufzudecken und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Demzufolge werden Maßnahmen ergriffen, die verhindern sollen, dass das Erreichen der Unternehmensziele durch Risiken, die schlagend werden, beeinträchtigt wird.

Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KA besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Rollen innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft vor allem die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Information sowie die Vermeidung unerwünschter Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss hätten. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene sowie den Operational-Risk-Officer und die Interne Revision.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der regelmäßigen Prüfung der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Der Bilanzierungs- und Budgetierungsprozess inklusive Kontrollschritte ist für die Gruppe dokumentiert und unterliegt einem jährlichen Review-Prozess.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen Eckpfeiler des Internen Kontrollsystems dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt.

Information und Kommunikation

Die Bereiche der KA, insbesondere der Bereich Controlling bzw. der Bereich Rechnungswesen, berichten regelmäßig an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. An den Aufsichtsrat berichten zudem die Interne Revision sowie der Compliance Officer. Die Informationstiefe richtet sich einerseits nach der vom Vorstand verlangten, andererseits nach der von den jeweiligen Bereichen für wichtig erachteten Information.

Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko des Bereichs Treasury und Neugeschäftsanalysen des Vertriebsbereichs. Die Gesellschafter/Öffentlichkeit wird durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus wird den Erfordernissen von Ad-hoc-Meldungen entsprochen.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens und vom Vorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Prüfung und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln will die KA eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und den Einklang mit den konzernweiten Vorschriften erlangen. Wenn Risiken und Kon-

trolschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung der Follow-Up-Strukturen überwacht.

Um die Einhaltung auf Konzernebene gewährleisten zu können, wird die Einhaltung der Vorgaben gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision und der Konzernrevision zusätzlich überprüft.

NACHHALTIGKEIT

Nachhaltiges Wirtschaften in der Kommunal-kredit Austria AG

Nachhaltigkeit wird in der KA als wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Unternehmens betrachtet, dabei wird die Ausrichtung auf einen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekt nicht als Widerspruch gesehen.

Mit dem Aufbau des Umweltmanagementsystems in den Jahren 1996/1997 war die KA der erste Finanzdienstleister Europas, der 1997 die EMAS-Zertifizierung (EMAS, Eco-Management and Audit Scheme) erhielt. Das Umweltmanagementsystem wurde über die Jahre immer mehr um soziale und ökologische Aspekte erweitert und ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem aufgebaut. 2004 wurde der erste Nachhaltigkeitsbericht publiziert. Der seit damals jährlich erscheinende Nachhaltigkeitsbericht wird in Einklang mit den Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) erstellt und entspricht dem Anforderungsniveau A+. Der Nachhaltigkeitsbericht ist gleichzeitig eine vereinfachte Umwelterklärung nach EMAS.

2010 wurde eine Vielzahl an Aktivitäten gesetzt, die aufzeigen, dass sich ökonomische, ökologische und soziale Aspekte gut miteinander verbinden lassen. Im Folgenden sind einige Aktivitäten beispielhaft vorgestellt.

Nachhaltigkeit in unserer Geschäftspolitik

Die KA als Kompetenzzentrum für das Kommunale baut ihr Kerngeschäft als spezialisierter Anbieter für das Kommunalfinanzierungsgeschäft sowie für kommunale und infrastrukturnahe Projektfinanzierungen und Projekte zur Förderung der sozialen Infrastruktur stetig weiter aus. Sie ist in diesem Segment gut positioniert und ihren Kunden verpflichtet, sie bei ihren wichtigen Aufgaben beim Aufbau und der Erhaltung öffentlicher Infrastruktur zu unterstützen.

Mit bedarfsorientierten Maßnahmen wird aktiv auf Kunden zugegangen. So wurde 2010 gemeinsam mit dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie die „Initiative Licht“ lanciert. Durch verbessertes Energiemanagement

sind Energiekostensparnisse im Ausmaß von bis zu 50 % möglich. Diese zeigt Kommunen attraktive Möglichkeiten auf, wie durch Maßnahmen im Beleuchtungsbereich mehr Sicherheit und Lebensqualität bei gleichzeitiger Energieeffizienz erzielt werden kann.

Nachhaltigkeit im internen Fokus

2010 stand u. a. vor allem der Abfallbereich im Fokus der Aktivitäten. Konkrete Maßnahmen und Bewusstseinsbildung sollten zu einer Eindämmung des Abfallaufkommens durch Essensverpackungen führen.

Nachhaltigkeit im Fokus unserer Kommunikation

Mit internen Veranstaltungen und Aktionen richtet sich das Nachhaltigkeitsteam an die Kolleginnen und Kollegen, um auf das Thema Nachhaltigkeit – nicht nur in der KA, sondern auch im privaten Umfeld – aufmerksam zu machen. So gab es 2010 erstmals eine Teilnahme des Unternehmens an der Aktion zum „Autofreien Tag“ am 22. September unter dem Motto „Vitamin statt Benzin“.

Erfolgreich eingeführt wurde zudem der unternehmensinterne Nachhaltigkeitspreis. Dieser lädt alle Mitarbeiter/innen ein, ihre Aktivitäten (ob im privaten oder betrieblichen Umfeld), die einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten – sei es auf ökologischer, sozialer oder ökonomischer Ebene –, einzureichen. Ziel dieser Initiative ist es, gute Ideen Einzelner „vor den Vorhang zu holen“. Für die drei Erstplatzierten winkt eine Prämie. Zur ersten Ausschreibung wurden zehn Projekte eingereicht. Die Prämierung erfolgte durch Voting aller Mitarbeiter/innen.

Der umfassende Nachhaltigkeitsbericht 2010 inkl. der ökologischen und sozialen Kennzahlen steht unter www.kommunalkredit.at/nachhaltigkeit als Download zur Verfügung.

COMPLIANCE UND GELDWÄSCHE

Der von der KA unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KA verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KA in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KA die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Un-

ternehmens zu begegnen. Seitens der Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung konzernweit sichergestellt.

Der Compliance-Verantwortliche der KA ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen. Als Geldwäschebeauftragter hat der Compliance-Verantwortliche auch die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten „Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ zu gewährleisten.

Die Beachtung aller für das Unternehmen relevanten gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ist selbstverständliche Basis des täglichen Handelns der KA. Die laufende Überwachung der Rechtsvorschriften dient der Sicherstellung eines entsprechend aktuellen Wissensstandes.

PROGNOSEBERICHT

Die makroökonomische Gesamtlage wird im Jahr 2011 weiterhin durch Verwerfungen an den Finanzmärkten gekennzeichnet sein. Während eine Verunsicherung der Märkte durch die Entwicklungen im arabischen Raum und die Folgen des schweren Erdbebens in Japan gegeben ist, greifen auf europäischer Ebene zunehmend die stabilisierenden Maßnahmen der Europäischen Union. Basierend auf ein von den Schwellenländern getriebenes Wachstum der Weltwirtschaft wird die weitere Erholung der Europäischen Wirtschaft 2011 erwartet. So prognostiziert das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für den Zeitraum 2011 bis 2015 ein reales Wirtschaftswachstum in Österreich und der Europäischen Union von durchschnittlich 2,2 % p. a. Diese leichte Erholung der Konjunktur wird, verbunden mit einer prognostizierten Inflationsrate der Europäischen Kommission für 2011 von rund 2,2 %, im Euroraum zu einer moderat restriktiveren Geldpolitik und somit zu einem leicht steigenden Zinsniveau führen.

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte wird in Europa zu einer Fortsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung öffentlicher Budgets und zur Verringerung von Defiziten führen. In Folge entstehen zukünftig für die öffentlichen Haushalte national wie auch international auf

allen Verwaltungsebenen zunehmend Anreize, die Umsetzung von öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Infrastrukturvorhaben über Projektstrukturen zu realisieren.

Gleichzeitig bleibt das Kreditwachstum insgesamt moderat, da öffentliche Wachstumsimpulse nur reduziert möglich sind. Die Wettbewerbssituation auf dem Finanzsektor bleibt daher intensiv. Trotz steigender Kapitalanforderungen und systemisch hoher Liquiditätskosten wird weiterhin ein teils sehr aggressives Preisverhalten mancher Marktteilnehmer beobachtet. Die KA wird in diesem Umfeld ihre ertragsorientierte, auf nachhaltige und problemlösungsorientierte Kundenbeziehungen ausgerichtete Marktstrategie konsequent fortsetzen.

Mit der Zustimmung der Europäischen Kommission zur Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit und der damit verbundenen Repositionierung des Geschäftsmodells der neuen Kommunalkredit mit Fokus auf dem kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäft sieht sich die KA in ihrem strategischen Ansatz bestätigt. Die KA wird sich daher weiterhin voll auf Problemlösungen für ihre Kunden konzentrieren, und zwar in den Segmenten:

- Energie & Umwelt (nachhaltige Energieträger)
- Soziale Infrastruktur (Pflegeheime, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen)
- Verkehr (Straße, Schiene)

Die Dynamik in diesen Bereichen, ihre nachhaltige Zukunftsrelevanz sowie das positive Feedback der Kunden und Marktpartner stimmen sehr positiv für die Zielerreichung. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die KA basierend auf ihre fundierte Tier-1- und Eigenmittelausstattung von 15,7 % bzw. 19,7 % bereits heute gut hinsichtlich der erwarteten Herausforderungen unter Basel III gerüstet ist.

Mit 30. Dezember 2010 trat das Stabilitätsabgabegesetz in Kraft, welches Banken zur Zahlung einer Stabilitätsabgabe verpflichtet. Auf Basis der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt die seitens der KA in den Jahren 2011 bis 2013 zu leistende Stabilitätsabgabe jährlich rund EUR 7,4 Mio. bzw. für den gesamten Zeitraum EUR 22,2 Mio. Zusätzlich unterliegt die KA aus den Auflagen der Europäi-

schen Kommission einer zusätzliche Belastung aus einer kompensatorischen Eigenleistung an die Republik Österreich in Höhe des ansonsten erzielten UGB-Jahresergebnisses. Damit werden auch an die Partizipationskapital- und Ergänzungskapitalinhaber keine Dividenden- und Kuponzahlung geleistet. Dies wird erst wieder ab der mittelfristig angestrebten Privatisierung möglich sein.

Die anstehende Privatisierung parallel zum weiteren kundenorientierten Ausbau sowie das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft stellen die wesentlichen Chancen für die Zukunft dar. Die KA wird dabei voll im Wettbewerb des Marktes stehen und keine öffentlichen Unterstützungen in Anspruch nehmen. Die KA hat sich erfolgreich als Kompetenzzentrum für das Kommunale und als Anbieter von Lösungen in der kommunalen und infrastrukturnahen Projektfinanzierung positioniert. Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KA werden diesen gemeinsam eingeschlagenen Weg mit großem Engagement und hoher Einsatzfreude fortführen.

Wien, 11. April 2011

Der Vorstand der Kommunalkredit-Gruppe



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES AN DIE HAUPTVERSAMMLUNG

Der Schwerpunkt des Jahres 2010 lag nach den Restrukturierungsmaßnahmen des Jahres 2009 auf der Umsetzung der klar definierten Strategie im kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäft, in den Segmenten Soziale Infrastruktur, Energie & Umwelt und Verkehr. Der Aufsichtsrat sieht in diesen Kerngeschäftsbereichen eine solide Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Kommunalkredit Austria AG.

Gleichzeitig war im Geschäftsjahr 2010 das anspruchsvolle und aufwendige Bewilligungsverfahren bei der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) im Zusammenhang mit den erfolgten staatlichen Stützungsmaßnahmen an die vormalige Kommunalkredit voranzutreiben, welches mit der Vorlage des Restrukturierungsplanes an die Europäische Kommission Mitte 2009 begann. Im Jahr 2010 wurden das Impaired-Asset-Verfahren erfolgreich abgewickelt sowie eine Vielzahl von detaillierten Fragenkomplexen beantwortet, um die von der Republik Österreich geführten Verhandlungen mit der Kommission zu unterstützen. Damit wurde die Basis für den positiven Abschluss des Beihilfverfahrens gelegt. Die EU-Kommission hat am 31. März 2011 die Genehmigung des Beihilfverfahrens erteilt. Die zwischen der Republik Österreich und der EU vereinbarten Auflagen entsprechen dem eingereichten Restrukturierungsplan und den üblichen Usancen der EU in derartigen Verfahren.

Der Aufsichtsrat hat sich intensiv in sieben ordentlichen und einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung sowie in zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses wie auch durch Einholung der erforderlichen Informationen mit den laufenden Agenden der Bank gemäß Satzung und Geschäftsordnung befasst. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet. Der Aufsichtsrat hat Ende Oktober 2010 einen Vergütungsausschuss eingerichtet.

Zwischen März und September 2010 fand eine Vor-Ort-Prüfung des Rechnungshofes über die Gebarung der Kommunalkredit Austria AG statt. Das Prüfungsergebnis ist ausstehend.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen und in seiner Sitzung vom 15. April 2011 den Jahresabschluss 2010 gebilligt, dieser ist damit festgestellt. Weiters wurde der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 samt Lagebericht geprüft und ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 15. April 2011

IFRS-KONZERNABSCHLUSS

IFRS-KONZERNABSCHLUSS 2010 DER KOMMUNALKREDIT-GRUPPE

I. KONZERN-BILANZ

Vermögenswerte in EUR 1.000	Anhang	31.12.2010	31.12.2009
Barreserve	(28)	163.606,0	2.699,0
Forderungen an Kreditinstitute	(29)	1.458.730,4	4.352.855,8
Forderungen an Kunden	(30)	8.144.570,4	7.668.873,1
Nicht derivative Handelsaktiva	(31)	0,0	20.897,3
Vermögenswerte zum Fair Value	(32)	3.316.394,4	3.342.444,3
Vermögenswerte Available-for-Sale	(33)	590.119,8	608.109,1
Vermögenswerte Held-to-Maturity	(34)	497.183,7	486.236,5
Derivate	(35)	982.893,8	728.355,2
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	(36)	1.468,4	1.211,1
Sachanlagen	(37)	31.197,0	32.298,5
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	(38)	5.861,8	6.047,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	(39)	175,2	148,7
Steuererstattungsansprüche aus tatsächlichen Steuern	(41)	103,4	66,9
Latente Steueransprüche	(41)	21.042,7	17.190,3
Sonstige Vermögenswerte	(42)	1.057.724,3	1.015.717,3
Vermögenswerte		16.271.071,2	18.283.150,7

Verbindlichkeiten und Eigenkapital in EUR 1.000	Anhang	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(43)	1.090.050,6	2.307.661,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(44)	1.580.569,5	1.046.083,6
Derivate	(45)	1.287.368,5	1.043.066,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	(46)	11.780.270,3	13.284.057,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	(47)	83.160,1	101.337,3
Rückstellungen	(48)	8.680,8	7.339,6
Steuerschulden aus tatsächlichen Steuern	(49)	3.069,9	741,2
Sonstige Verbindlichkeiten	(50)	18.963,7	71.725,9
Eigenkapital	(51)	418.937,9	421.137,4
davon Gezeichnetes Kapital		225.337,1	225.337,1
davon Kapitalrücklagen		8.973,6	8.973,6
davon Partizipationskapital		138.373,3	138.373,3
davon nicht beherrschende Anteile		99,8	92,5
Verbindlichkeiten und Eigenkapital		16.271.071,2	18.283.150,7

II. KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Erfolgsrechnung in EUR 1.000	Anhang	2010	2009* (28.11. – 31.12.)
Zinsen und ähnliche Erträge		937.268,6	82.931,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-890.154,2	-78.092,9
Zinsüberschuss	(52)	47.114,4	4.838,4
Kreditrisikoergebnis	(53)	3,9	689,5
Provisionserträge		13.773,9	3.399,8
Provisionsaufwendungen		-1.443,1	-291,7
Provisionsergebnis	(54)	12.330,8	3.108,2
Ertrag aus sonstigen Beteiligungen	(55)	729,6	1,0
Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	(56)	257,2	121,4
Handels- und Bewertungsergebnis	(57)	3.779,9	-1.790,0
Verwaltungsaufwand	(58)	-44.320,7	-4.834,1
Sonstiger betrieblicher Ertrag		15.036,9	1.001.196,1
Sonstiger betrieblicher Aufwand		-3.275,2	-1.000.111,5
Sonstiger betrieblicher Erfolg	(59)	11.814,2	1.084,6
Jahresüberschuss vor Steuern		31.709,2	3.219,0
Ertragsteuern	(60)	-7.041,7	-302,6
Konzernjahresüberschuss		24.667,5	2.916,4

davon:

den Eigentümern zurechenbar	24.637,5	2.914,3
den Fremddanteilen zurechenbar	30,0	2,1

III. KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG

Gesamtergebnis in EUR 1.000	2010	2009 (28.11. – 31.12.)
Konzernjahresüberschuss	24.667,5	2.916,4
Bewertung von AFS-Beständen	-36.559,6	736,4
Recycling AFS-Reserve	767,2	250,3
Latente Steuer auf AFS-Reserve	8.948,1	-246,7
Veränderung der AFS-Reserve	-26.844,3	740,0
Gesamtergebnis	-2.176,8	3.656,4

davon:

den Eigentümern zurechenbar	-2.206,8	3.654,3
den Fremddanteilen zurechenbar	30,0	2,1

*Die Zahlen 2009 umfassen das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank von Jänner bis Dezember und das Ergebnis aus den im Rahmen der Spaltung übernommenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten vom Dezember 2009. Eine direkte Vergleichbarkeit ist aus diesem Grund nicht gegeben.

IV. KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

Die Entwicklung des Eigenkapitals nach IFRS stellt sich für 2010 und 2009 wie folgt dar:

Eigenkapitalentwicklung 2010 in EUR 1.000	Gezeichnetes Kapital	Partizipations- kapital	Kapitalrücklagen	Gesetzliche Rücklagen ¹
Stand 1.1.2010	225.337,1	138.373,3	8.973,6	27.805,7
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Bewertung von AFS-Beständen	0,0	0,0	0,0	0,0
Recycling AFS-Reserve	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitalerhöhungen/-zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2010	225.337,1	138.373,3	8.973,6	27.805,7

Eigenkapitalentwicklung 2009 in EUR 1.000	Gezeichnetes Kapital	Partizipations- kapital	Kapitalrücklagen	Gesetzliche Rücklagen ¹
Stand 1.1.2009	5.087,1	0,0	0,0	1.037,7
Zugänge aus Spaltung	0,0	138.373,3	8.973,6	0,0
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Bewertung von AFS-Beständen	0,0	0,0	0,0	0,0
Recycling AFS-Reserve	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitalerhöhungen/-zuschüsse	220.250,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	26.768,0
Stand 31.12.2009	225.337,1	138.373,3	8.973,6	27.805,7

¹Bei den gesetzlichen Rücklagen handelt es sich um gesetzliche Gewinnrücklagen in Höhe von TEUR 508,7 zum 31.12.2010 (31.12.2009: TEUR 508,7) sowie Haftrücklagen nach BWG in Höhe von TEUR 27.297,0 zum 31.12.2010 (31.12.2009: TEUR 27.297,0).

²Die IAS-39-Bewertungsreserve enthält latente Steuern in Höhe von TEUR 19.454,28 zum 31.12.2010 (31.12.2009: TEUR 10.605,2).

Details befinden sich unter Punkt 51.

Gewinnrücklagen und sonstige Rücklagen	Jahresüberschuss (dem Eigentümer zurechenbar)	Available-for-Sale-Rücklage ²	Eigenkapital exkl. nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
49.159,5	2.914,3	- 31.518,5	421.044,9	92,5	421.137,4
0,0	24.637,5	0,0	24.637,5	30,0	24.667,5
0,0	0,0	-27.419,7	-27.419,7	0,0	-27.419,7
0,0	0,0	575,4	575,4	0,0	575,4
0,0	24.637,5	- 26.844,3	- 2.206,8	30,0	- 2.176,8
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	-22,7	-22,7
2.914,3	-2.914,3	0,0	0,0	0,0	0,0
52.073,7	24.637,5	- 58.362,8	418.838,0	99,8	418.937,9

Gewinnrücklagen und sonstige Rücklagen	Jahresüberschuss (dem Eigentümer zurechenbar)	Available-for-Sale-Rücklage ²	Eigenkapital exkl. nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
39,2	718,9	0,0	6.882,8	0,0	6.882,8
45.419,5	0,0	-32.258,6	160.507,8	90,4	160.598,2
0,0	2.914,3	0,0	2.914,3	2,1	2.916,4
0,0	0,0	552,3	552,3	0,0	552,3
0,0	0,0	187,7	187,7	0,0	187,7
0,0	2.914,3	740,0	3.654,3	2,1	3.656,4
29.750,0	0,0	0,0	250.000,0	0,0	250.000,0
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
-26.049,2	-718,9	0,0	0,0	0,0	0,0
49.159,5	2.914,3	- 31.518,5	421.044,9	92,5	421.137,4

V. KONZERN-GELDFLUSSRECHNUNG

Die Geldflussrechnung zeigt den Stand und die Entwicklung der Zahlungsmittel der Kommunalkredit-Gruppe. Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst in enger Abgrenzung den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

in EUR 1.000	2010	2009* (28.11. – 31.12.)
Jahresüberschuss nach Steuern	24.667,5	2.914,3
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibung/Zuschreibung auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	1.767,5	24,1
Dotierung/Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	1.336,0	-310,9
Nicht realisierte Gewinne/Verluste aus Wechselkursänderungen	15,7	436,6
Gewinn/Verlust aus der Bewertung/Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	3.764,2	1.547,4
Anpassung für direkten Ausweis Zinsen, Steuern, Dividenden	-75.499,0	-30.892,2
Sonstige Anpassungen	-32.458,9	-1.262,3
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	2.894.125,4	1.363.531,2
Forderungen an Kunden	-475.697,3	67.769,9
Nicht derivative Handelsaktiva	20.897,3	1.408,5
Vermögensgegenstände Available-for-Sale und Fair-Value-Option	44.039,1	48.838,6
Derivate	-10.236,1	-13.873,8
Sonstige Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-42.007,0	-997.707,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.217.611,3	-173.272,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	534.485,9	-284.360,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.534.108,2	-309.466,1
Sonstige Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-52.762,3	43.401,2
Erhaltene Zinsen	937.542,3	85.564,7
Erhaltene Dividenden	729,6	1,0
Gezahlte Zinsen	-862.398,9	-54.456,2
Ertragsteuerzahlungen	-374,0	-216,3
Cashflow aus operativer Tätigkeit	160.217,5	-250.381,5

in EUR 1.000	2010	2009* (28.11. – 31.12.)
Einzahlungen aus der Veräußerung/Tilgung von		
Finanzanlagen (inkl. Held-to-Maturity-Bestände)	19.373,5	690,1
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenständen	0,0	0,0
Auszahlungen aus dem Erwerb von		
Finanzanlagen (inkl. Held-to-Maturity-Bestände)	0,0	0,0
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenständen	- 506,8	- 70,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	18.866,7	619,6
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0,0	250.000,0
Dividendenzahlungen	0,0	0,0
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	- 18.177,2	899,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 18.177,2	250.899,6
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	2.699,0	1.561,3
Cashflow aus operativer Tätigkeit	160.217,5	- 250.381,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	18.866,7	619,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 18.177,2	250.899,6
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	163.605,9	2.699,0

*Die Zahlen 2009 umfassen das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank von Jänner bis Dezember und das Ergebnis aus den im Rahmen der Spaltung übernommenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten vom Dezember 2009. Eine direkte Vergleichbarkeit ist aus diesem Grund nicht gegeben.



ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS

ALLGEMEINE GRUNDLAGEN

1. Allgemeine Informationen

Die Kommunalkredit Austria AG* mit Sitz in Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank auf das kommunale Darlehensgeschäft, das infrastrukturnahe Projektgeschäft und Managementdienstleistungen für öffentliche Auftraggeber (über die 90%-ige Tochtergesellschaft Kommunalkredit Public Consulting GmbH) fokussiert. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 45776v beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KA entstand im Zuge der Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die KA übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektgeschäft umfasst. In der KA Finanz AG (KF) verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern). Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch, mit welcher die Spaltung zivilrechtlich wirksam wurde, erfolgte am 28. November 2009. Beide Institute agieren voneinander unabhängig, es besteht keine Holdingbeziehung. Nachdem die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2009 die Geschäftstätigkeit des neuen Instituts von nur von rund einem

Monat darstellt, ist eine direkte Vergleichbarkeit mit den Werten des aktuellen Geschäftsjahres nicht möglich.

Die Republik Österreich hält 99,78 % der Anteile an der KA, die restlichen Anteile werden vom Österreichischen Gemeindefund gehalten. Die KA ist übergeordnetes Kreditinstitut einer Kreditinstitutsgruppe im Sinne des § 30 Bankwesengesetz (BWG).

Die Erstellung eines Konzernabschlusses der KA auf Basis der IFRS erfolgt gemäß § 59a BWG in Verbindung mit § 245a UGB. Der vorliegende Konzernabschluss erfüllt die Voraussetzungen des § 59a BWG. Ein Lagebericht wird veröffentlicht.

Die Berichtswährung und funktionale Währung ist der Euro. Sofern nicht anders angegeben, werden die Zahlen auf Tausend Euro gerundet dargestellt. Dadurch können sich in den Tabellen Rundungsdifferenzen ergeben.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde unter Berücksichtigung des positiven Abschlusses des EU-Beihilfverfahrens durch die Europäische Kommission erstellt. Die finale Genehmigung zum Beihilfverfahren wurde am 31. März 2011 durch die Europäische Kommission erteilt.

2. Angewendete Standards und Interpretationen

Der Konzernabschluss der KA wurde auf Grundlage aller zum 31. Dezember 2010 – von der EU in europäisches Recht übernommenen – verpflichtend anzuwendenden

vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) und International Financial Reporting

*Im Folgenden werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten gebraucht:

- Kommunalkredit Austria AG vor der Spaltung bis 28.11.2009: KA alt
- Kommunalkredit Austria AG seit der Spaltung am 28.11.2009: KA
- KA Finanz AG seit der Spaltung am 28.11.2009: KF

Standards (IFRS) sowie allen Interpretationen des IFRS-Interpretation-Committees (IFRICs und SICs) erstellt.

Vorzeitig angewendet wurde der überarbeitete IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“. Dieser Standard ist verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2011 beginnen, anzuwenden. Mit der Änderung des IAS 24 wurde insbesondere die Definition von nahestehenden Unternehmen und Personen überarbeitet.

Einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt bildete die Einführung einer Erleichterungsvorschrift für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sog. Government-related Entities). Die Erleichterungsvorschrift, die nur bestimmte Mindestangaben vorsieht, erstreckt sich auf Angaben bezüglich der Transaktionen des berichtenden Unternehmens mit der öffentlichen Hand selbst, als auch auf die Angaben bezüglich der Transaktionen mit anderen Government-related Entities.

Folgende Standards, Interpretationen und Änderungen zu veröffentlichten Standards, die für das Berichtsjahr 2010 verpflichtend anzuwenden waren, sind für die KA derzeit nicht relevant:

- Der überarbeitete IFRS 3 zum Thema „Unternehmenszusammenschlüsse und daraus folgende Änderungen“, zu IAS 27 „Konzern- und separate Abschlüsse nach IFRS“, IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen“ sowie IAS 31 „Anteile an Gemeinschaftsunternehmen“ sind anzuwenden auf Erwerbe in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Der überarbeitete Standard schreibt nach wie vor die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen nach der Erwerbsmethode vor, jedoch mit einigen wesentlichen Änderungen.
- IFRIC 17 „Sachdividenden an Eigentümer“ ist ebenfalls auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen, anzuwenden und behandelt eine Richtlinie zur Buchung von Sachdividenden an Eigentümer, die entweder als Ausschüttung der Reserven oder als Dividenden ausgestellt wurden.
- IFRIC 18 „Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen). In dieser Interpretation wird dargelegt, wie ein Unternehmen Sachanlagenübertragungen durch einen Kunden zu bilanzieren hat.
- IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“ und IAS 39 (Änderung) „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung – eingebettete Derivate“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen). Nach der Umklassifizierungsänderung ist es Unternehmen gestattet, bestimmte Finanzinstrumente unter bestimmten Umständen aus der Kategorie der erfolgswirksamen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert umzuklassifizieren.
- IFRIC 16 „Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen).
- IAS 38 (Änderung) „Immaterielle Vermögenswerte“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2010 beginnen). Die Änderungen stellen die Richtlinien der Bewertung des beizulegenden Zeitwerts von immateriellen Vermögenswerten klar, wenn diese durch einen Unternehmenszusammenschluss erworben wurden.
- IAS 1 (Änderung) „Darstellung des Abschlusses“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2010 beginnen). Die Änderung stellt klar, dass der mögliche Ausgleich von Schulden durch das Ausstellen von Eigenkapital nicht maßgeblich in der Klassifizierung als kurz- oder langfristig ist.
- IAS 36 (Änderung) „Wertminderung von Vermögenswerten“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2010 beginnen). Die Änderung verdeutlicht, dass eine CGU (oder Gruppen von CGUs), die dem Goodwill zwecks Überprüfung einer Wertminderung zugeordnet wird, nicht größer als ein Geschäftssegment sein darf.
- IFRS 2 (Änderungen) „Gruppen mit barzahlungs- und anteilsbasierten Vergütungen“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2010 beginnen).
- IFRS 5 (Änderung) „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“ (anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2010 beginnen).

Folgende Standards, Interpretationen und Änderungen zu veröffentlichten Standards waren im Berichtsjahr 2010 noch nicht verpflichtend anzuwenden und die KA hat diese auch nicht vorzeitig angewendet:

- IFRS 9 „Finanzinstrumente“ wurde im November 2009 veröffentlicht und im Oktober 2010 ergänzt. Dieser Standard ist der erste Schritt, um den Standard IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ zu ersetzen. IFRS 9 ändert die bisherigen Vorschriften zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten grundlegend. Der Standard ist erst für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Eine vorzeitige Anwendung ist derzeit nicht möglich, da der Stan-

- dard noch nicht ins EU-Recht übernommen (endorsement) wurde. Die KA hat die vollen Auswirkungen des IFRS 9 noch zu analysieren.
- IAS 32 (Änderung) „Einstufung von Bezugsrechten“ wurde im Oktober 2009 veröffentlicht. Die Änderung ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Februar 2010 beginnen, anzuwenden. Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die KA erwartet.
 - IFRIC 19 „Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente“ ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen, anzuwenden. Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die KA erwartet.
 - IFRIC 14 „IAS 19 – Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen“. Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die KA erwartet.

3. Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis der Kommunalkredit-Gruppe umfasst neben der Muttergesellschaft Kommunalkredit zum 31. Dezember 2010 folgende Unternehmen:

Name und Sitz	Angaben zum Jahresabschluss (IFRS)						
	Beteiligung		Anteil am Kapital in %	Letzter Jahresabschluss	Bilanzsumme in EUR 1.000	Eigenkapital in EUR 1.000	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag in EUR 1.000
	direkt	indirekt					
1. Verbundene Unternehmen							
Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen							
Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH, Wien	x		100,00 %	31.12.2010	37.202,6	15.721,5	1.155,5
Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien	x		90,00 %	31.12.2010	4.744,4	998,2	300,2
2. Assoziierte Unternehmen							
At equity einbezogene assoziierte Unternehmen							
Kommunalleasing GmbH, Wien		x	50,00 %	31.12.2010	131.550,1	2.936,7	516,0

Die verbundenen Unternehmen wurden im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen, das assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert. Der Bilanzstichtag

der in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen entspricht dem Bilanzstichtag der Muttergesellschaft. Der Konsolidierungskreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

4. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der KA wurde unter der Going-Concern-Prämisse erstellt. Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten die Daten der Muttergesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig für die dargestellten Berichtsperioden angewendet.

Dabei soll ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommunalkredit-Gruppe gemäß den IFRS-Regeln, wie sie von der EU als anwendbar erklärt wurden, dargestellt werden.

Käufe und Verkäufe für alle Klassen von finanziellen Vermögenswerten werden am Handelstag bilanziert.

5. Konsolidierungsgrundsätze

Alle wesentlichen direkten und indirekten Tochterunternehmen, die die KA beherrscht, werden voll konsolidiert.

Die Konsolidierungsschritte umfassen die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung. Alle voll konsolidierten Gesellschaften erstellen ihre Jahresabschlüsse zum Konzernabschlussstichtag.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden sämtliche materielle und immaterielle identifizierbaren Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten des Tochterunternehmens zum Zeitpunkt des Erwerbs neu bewertet. Die Anschaffungskosten werden mit dem anteiligen Nettovermögen zum Zeitpunkt des Überganges der Kontrolle verrechnet. Die Anteile der anderen Gesellschafter werden auf Basis der mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögensgegenstände und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Aufwendungen und Erträge werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Das Unternehmen, auf das die KA einen maßgeblichen Einfluss ausübt (assoziiertes Unternehmen), wird nach der Equity-Methode bewertet und als Beteiligung an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Bei der Equity-Methode werden die Anteile an dem assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten zuzüglich der nach dem Erwerb eingetretenen Änderungen des Anteils des Konzerns am Nettovermögen des assoziierten Unternehmens erfasst. Grundlage dafür bildet der aktuelle Jahresabschluss des assoziierten Unternehmens. Das anteilige Ergebnis (abzüglich ausgeschütteter Dividenden) wird in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position „Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen“ ausgewiesen.

6. Währungsumrechnung

Die auf Fremdwährungen lautenden monetären Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden zu den von der Europäischen Zentralbank bekannt gegebenen Devisenmittelpreisen (Euro-Referenzkurs) des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten in einer Fremdwährung bewertet wurden, sind zum Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umzurechnen; und nicht monetäre Posten, die zu ihrem

beizulegenden Zeitwert in einer Fremdwährung bewertet wurden, sind zu dem Kurs umzurechnen, der am Tag der Ermittlung des Wertes gültig war. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position „Handels- und Bewertungsergebnis“ ausgewiesen. Bei nicht monetären AFS-Instrumenten wird das Umrechnungsergebnis im Gesamtergebnis ausgewiesen.

7. Loans and Receivables

Loans and Receivables sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen bzw. bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Vermögenswerte dieser Bewertungskategorie werden in der Bilanz unter Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und der Barreserve ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz dieser Vermögenswerte erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die fortgeführten Anschaffungskosten erge-

ben sich durch die Verteilung von Unterschiedsbeträgen zwischen Ausgabebetrag und Rückzahlungsbetrag sowie dem Abzug etwaiger Risikovorsorgen. Das Ergebnis aus der Amortisierung der Unterschiedsbeträge wird in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Bilanzierung von Krediten und Forderungen, die Grundgeschäfte in Sicherungsbeziehungen darstellen, wird unter Punkt 16 erklärt.

8. Risikovorsorgen

Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertminderungen (für bilanzielles Kreditgeschäft) und Rückstellungen (für außerbilanzielles Kreditgeschäft). Diese werden für alle erkennbaren Bonitätsrisiken gebildet.

Zur Feststellung und Behandlung von erhöhten Kreditrisiken dient ein mehrstufiger Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Engagements in vier Risikostufen eingeteilt werden.

- Stufe 0** Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen
- Stufe 1** Partner, welche ein erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- Stufe 2** Partner in Problemerkreditbearbeitung, welche nicht der Risikostufe 3 zugeordnet werden
- Stufe 3** Nachhaltiger Schuldnerverzug; Kundeninsolvenz; reine Umstrukturierung

Ab Risikostufe 1 erfolgt die Prüfung einer Vorsorgenbildung auf monatlicher Basis. Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn davon ausgegangen werden muss, dass eine Forderung inklusive Zinsen nicht oder nicht in voller Höhe einbringlich sein wird. Die Möglichkeit der Bildung einer Einzelwertberichtigung ist jedenfalls dann zu prüfen, sobald bei einem Kreditengagement zumindest eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- Die Vermögens- und Kapitalsrelationen bzw. die Ertragslage des Kunden haben sich gravierend verschlechtert: Es steht nur mehr eine bescheidene Eigenmittelausstattung zur Verfügung bzw. es wird ein bilanzielles Unterkapital ausgewiesen, der Cashflow bzw. das operative Ergebnis reichen nicht aus, den Schuldendienst zu decken. Auch ein Rating-Downgrade stellt eine Bonitätsverschlechterung dar, die eine Einzelwertberichtigung

rechtfertigen kann. Zahlungsrückstände müssen nicht unbedingt gegeben sein.

- Das Engagement wird nur schleppend bedient (wiederholter Zahlungsverzug oder regelmäßige Inanspruchnahme von Zahlungserleichterungen) oder musste in den vergangenen fünf Jahren infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Kunden neu gesteuert werden.
- Der Kunde ist mit mehr als einer Zinsen- bzw. Kapitalratenvorschreibung im Rückstand und es wurde in diesem Zusammenhang keine Stundungsvereinbarung getroffen.
- Es zeichnet sich eine politische oder wirtschaftliche Entwicklung ab, welche die Zahlungsfähigkeit des Kunden beeinträchtigt.
- Über das Vermögen des Kunden wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren (Konkurs, Ausgleich, Vorverfahren, Schuldenregulierungsverfahren, Geschäftsaufsicht etc.) eröffnet bzw. angeordnet oder die Eröffnung eines Konkursverfahrens wurde mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen oder der Schuldner wurde als juristische Person aufgrund des Beschlusses eines Gerichtes oder einer Verwaltungsbehörde aufgelöst.
- Der Kunde strebt einen außergerichtlichen Ausgleich an.
- Ein Downgrade auf Ratingstufe SM_B3+ (entspricht einem Rating von S&P von B) oder schlechter.

Zusätzlich erfolgt die Berechnung einer Risikovorsorge für „Incurred but not reported Losses“. Für die Ermittlung werden die finanziellen Vermögenswerte nach ihrem Risikoprofil in vergleichbare Gruppen eingeteilt. Auf Basis von Erfahrungswerten über Ausfälle in diesen Gruppen, die durch Expertenschätzungen an die aktuelle Wirtschaftssituation angepasst werden, wird diese Risikovorsorge unter Beachtung der „Loss Identification Period“ (LIP) ermittelt. In der KA ergab sich zum 31. Dezember 2010 aufgrund dieser Berechnung kein Erfordernis zur Bildung einer entsprechenden Vorsorge.

9. Nicht derivative Handelsaktiva

Die Bilanzposition „Nicht derivative Handelsaktiva“ umfasst Wertpapiere und sonstige Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken erworben wurden. Handelsaktiva werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet.

Sämtliche Ergebnisse aus dieser Position werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Handels- und Bewertungsergebnis ausgewiesen.

10. Vermögenswerte zum Fair Value

Die KA designiert Forderungen und Wertpapiere in diese Kategorie, wenn diese Vermögenswerte auf Fair-Value-Basis gemanagt, gemessen und den Führungskräften auf dieser Basis berichtet werden. Der Erstanatz und die Folge-

bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Ergebnisauswirkungen werden in der Position „Handels- und Bewertungsergebnis“ gezeigt.

11. Derivate

Die Bilanzposition „Derivate“ umfasst Derivate in Sicherungsbeziehungen (Fair-Value-Hedges) und sonstige Derivate.

Derivate werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Positive beizulegende Zeitwerte werden auf der Aktivseite in der Bilanzposition „Derivate“ dargestellt, negative beizulegende Zeitwerte werden ebenfalls unter „Derivate“ auf der Passivseite gezeigt. Die Wertveränderung dieser Derivate auf Basis des Clean Price wird im Handels- und Bewertungsergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt, während die Zinserträge und -aufwendungen im Zinsüberschuss brutto erfasst werden.

Ein eingebettetes Derivat ist Bestandteil eines zusammengesetzten Finanzinstruments, das auch einen nicht derivativen Basisvertrag enthält. Dadurch weisen Teile der Cashflows des zusammengesetzten Finanzinstruments ähnliche Schwankungen auf wie ein freistehendes Derivat. Ein eingebettetes Derivat wird nur dann vom Basisvertrag getrennt und nach den Regeln eines Derivats bilanziert, wenn seine wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden sind, ein eigenständiges Instrument mit gleichen Vertragsbedingungen der Definition eines Derivats entspricht und das zusammengesetzte Finanzinstrument nicht ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

12. Vermögenswerte Available-for-Sale

Finanzinstrumente werden dieser Kategorie zugewiesen, wenn sie für eine unbestimmte Zeit gehalten werden sollen und nicht den Kategorien Loans and Receivables, Held-to-Maturity oder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair-Value-Option) zugewiesen wurden. Vermögenswerte dieser Bewertungskategorie sind in den Bilanzpositionen „Vermögenswerte Available-for-Sale“ sowie „Barreserve“ ausgewiesen.

Die Erst- und Folgebewertung von Finanzinstrumenten, die dieser Kategorie zugewiesen werden, erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Bewertungsänderungen werden in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen und verändern direkt die Available-for-Sale-Rücklage (AFS-Rücklage) innerhalb des Eigenkapitals. Führt der regelmäßig durchzuführende Impairmenttest zum Ergebnis, dass eine Wertminde-

rung (ein Impairment) vorliegt, so wird diese aufwandswirksam erfasst. Bei Wegfall des Impairmentgrundes wird das betreffende Finanzaktivum wieder erfolgswirksam zugeschrieben – maximal bis zur Höhe der fortgeschriebenen Anschaffungskosten. Bei Veräußerung oder sonstiger Ausbuchung wird ein bis zu diesem Zeitpunkt in der AFS-Rücklage erfasster Betrag erfolgswirksam. Zinsen aus AFS-Finanzinstrumenten werden im Zinsergebnis, Dividenden werden im Ertrag aus sonstigen Beteiligungen, das Ergebnis aus dem Abgang wird im Handels- und Bewertungsergebnis ausgewiesen. Ein etwaiges Agio oder Disagio wird über die Laufzeit verteilt im Zinsergebnis gebucht. Für Details zur Bilanzierung von Vermögenswerten Available-for-Sale, die Grundgeschäfte in Sicherungsbeziehungen darstellen, wird hier auf Punkt 16 verwiesen.

13. Vermögenswerte Held-to-Maturity

Die Bilanzposition „Vermögenswerte Held-to-Maturity“ umfasst zum Zugangszeitpunkt auf aktiven Märkten gehandelte nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit

festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, welche die KA bis zur Endfälligkeit halten will und kann. Der Erstanatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert,

die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Weichen die Anschaffungskosten vom Rückzahlungsbetrag ab, so wird der Unterschiedsbetrag zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsertrag erfasst. Für den Fall, dass ein Indikator, wie z. B. die eingetretene verschlechterte Bonität

des Schuldners, die Rückzahlung der vereinbarten Zahlungen nicht mehr wahrscheinlich erscheinen lässt, wird – wie unter dem Punkt „Risikovorsorgen“ beschrieben – eine Abschreibung im erforderlichen Ausmaß vorgenommen.

14. Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgemäß und den Bedingungen eines Schuldinstruments entsprechend nachkommt. Die potenzielle Zahlungspflicht wird nach IAS 39 bilanziert, sobald die KA Vertragspartei wird. Die Erstbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Dieser entspricht bei einer marktüblichen Transaktion entweder der Prämie, die bei Vertragsabschluss erhalten wurde, oder einem Wert

von Null, wenn die Prämie nicht bereits bei Vertragsabschluss geleistet wird, da von einer Ausgeglichenheit von Leistung und Gegenleistung auszugehen ist. Im Rahmen der Folgebewertung wird überprüft, ob eine Rückstellung gemäß IAS 37 zu bilden ist. Ist die KA Garantiennehmer, kommt es zu keiner bilanziellen Erfassung der Garantie.

Erhaltene und gezahlte Prämien werden linear über die Laufzeit abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsergebnis gezeigt.

15. Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Die Methode zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (siehe auch Punkt 73) hängt von verschiedenen Bedingungen ab (Vorhandensein eines aktiven Marktes, Verfügbarkeit von Kursen, hinreichende Liquidität des Wertpapiers etc.). Dabei wird zwischen Mark-to-market (Heranziehen von Marktpreisen bei Vorhandensein eines aktiven Marktes) und Mark-to-model (Bewertung auf Basis von Modellen) unterschieden.

Grundsätzlich gilt das Primat der Marktbewertung: Mark-to-market ist Mark-to-model vorzuziehen. Sofern die Bedingungen eines aktiven Marktes erfüllt sind, werden notierte Preise an einem aktiven Markt für die Bewertung herangezogen.

Liegen keine Preise am Abschlussstichtag vor, ist der beizulegende Zeitwert aus den jüngsten Transaktionen abzuleiten, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich die wirtschaftlichen Eckdaten seit dem Transaktionszeitpunkt nicht wesentlich verändert haben. Voraussetzung ist, dass Geschäftspartner sachverständig, vertragswillig (kein Abwehrpreis) und unabhängig (kein Scheingeschäft) sind.

Besteht kein aktiver Markt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden.

Wenn keine Quotierungen und zeitnah getätigte Transaktionen zur Verfügung stehen, werden aus Benchmarkpreisen abgeleitete Kurse für Wertpapiere (in inaktiven Märkten) herangezogen.

Nur in seltenen Ausnahmefällen werden Bewertungsmodelle mit zum Teil nicht beobachtbaren Parametern herangezogen.

Die Darstellung der Fair-Value-Hierarchie befindet sich unter den sonstigen Angaben (Punkt 73).

Die Bewertung der dem Fair-Value-Bestand gewidmeten Darlehen erfolgt durch ein internes Bewertungsmodell auf Grundlage der Barwertmethode. Dabei werden die zukünftigen Cashflows auf Basis aktueller Zinskurven unter Berücksichtigung von marktüblichen Credit Spreads abgezinst. Da vor allem im Bereich der Kommunen kaum bis überhaupt keine Emissionstätigkeit zu verzeichnen ist, wird mangels verfügbarer Credit Spreads auf fristenkonforme Margen als beste Approximation für Credit Spreads abgestellt. Die Margen werden auf Basis zeitnah getätigter Geschäftsabschlüsse in den jeweiligen Darlehenssegmenten am Markt beobachtet und je Laufzeit für verschiedene Segmente und Ratingklassen eingepflegt. Aufgrund des

Ansatzes der Marktzinsmethode werden keine sonstigen Abschläge vorgenommen.

Die Bewertung der Swaps erfolgt ebenfalls durch ein internes Bewertungsmodell auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Berücksichtigung aktueller Zinskurven. Bei der Bewertung zinsreagibler Produkte mit variablen Indikatoren werden abhängig vom Indikator (z. B. 3-Monats-Libor, 9-Monats-Libor, 12-Monats-Libor) Zinskurven mit unterschiedlichen Basisspread-Aufschlägen

verwendet. Diese beziehen sich auf den jeweiligen Indikator und werden zur Ableitung von Forward Rates zur Cashflow-Ermittlung verwendet. Bei Derivaten mit mehreren Währungen (z. B. Cross-Currency-Swaps) wird zusätzlich zur Adaption der Forwards durch Basisswapsreads eine Cross-Currency-Basis angesetzt.

Eingebettete Optionen werden mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet.

16. Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IAS 39 enthält Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge-Accounting), um wirtschaftlich ungerechtfertigte Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung aus der unterschiedlichen Bewertung von abgesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten zu vermeiden. Ziel der Hedge-Accounting-Regeln ist es, die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der abgesicherten Geschäfte weitgehend kompensierend zu erfassen. Um die Regelungen des Hedge-Accountings anwenden zu dürfen, muss der Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft erbracht werden. Als effektiv gilt eine Sicherungsbeziehung, wenn sich die Ergebnisse aus dem Sicherungsinstrument und die gegenläufigen Ergebnisse aus dem gesicherten Grundgeschäft – bezogen auf das gesicherte Risiko – in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % ausgleichen. Die Einhaltung der Voraussetzungen wird in der KA durch prospektive (Abgleich der den Marktwert bestimmenden Komponenten) und retrospektive Effektivitätstests überprüft.

Beim prospektiven Effektivitätstest werden alle Parameter des Grundgeschäfts und des Absicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, verglichen und überprüft, ob der abgesicherte Fair Value der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) in einer Range zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt.

Beim retrospektiven Effektivitätstest wird überprüft, ob der abgesicherte Fair Value der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) zwischen zwei Vergleichsstichtagen in einer Range zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt.

Der von der KA angewandte Fair-Value-Hedge dient der Absicherung des beizulegenden Zeitwertes von Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten. Diese Form der Sicherungsbeziehung wird zur Absicherung von Zins- und/oder Währungsrisiken verwendet. Als Sicherungsinstrumente werden Interest-Rate-Swaps und Interest-Rate-Cross-Currency-Swaps eingesetzt. Das als Sicherungsinstrument verwendete Derivat wird zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, wobei die Bewertungsänderungen erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position „Handels- und Bewertungsergebnis“ erfasst werden. Für den gesicherten Vermögenswert bzw. die gesicherte Verbindlichkeit werden die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts ebenfalls in derselben Position in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt. Bilanziell erfolgt der Ausweis des dem gesicherten Risikos entsprechenden Bewertungsergebnisses in der Position, in der das jeweilige Grundgeschäft ausgewiesen wird.

Von der Möglichkeit der Absicherung des beizulegenden Zeitwertes gegen das Zinsänderungsrisiko eines Teils eines Portfolios (nach IAS 39.89A) wurde nicht Gebrauch gemacht.

17. Klassen von Finanzinstrumenten

Gemäß dem Erfordernis der Zusammenfassung von Gruppen von Finanzinstrumenten im Rahmen der Erläuterungen im Anhang (IFRS 7.6) unterscheidet die KA folgende Klassen von Finanzinstrumenten:

- Barreserven
- Finanzielle Vermögenswerte:
 - Loans and Receivables: Forderungen an Kreditinstitute
 - Loans and Receivables: Forderungen an Kunden

Held-to-Maturity
 At Fair Value through Profit or Loss: Fair-Value-Option
 At Fair Value through Profit or Loss: Held-for-Trading
 Available-for-Sale

- Finanzielle Verbindlichkeiten:
 Zu fortgeführten Anschaffungskosten
 At Fair Value through Profit or Loss: Fair-Value-Option
 At Fair Value through Profit or Loss: Held-for-Trading
- Derivate, die als Sicherungsinstrumente designiert sind
- Finanzgarantien
- Unwiderrufliche Kreditzusagen

18. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Wesentliche assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. Zu jedem Bilanzierungsstich-

tag wird die Werthaltigkeit anhand von Planrechnungen überprüft.

19. Sachanlagen

Die Sachanlagen umfassen Grundstücke und eigengenutzte Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

- EDV-Investitionen: 3 bis 4 Jahre
- Kunstgegenstände: werden nicht planmäßig abgeschrieben

Grundstücke werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Als voraussichtliche Nutzungsdauer wird zugrunde gelegt:

- Gebäude: 30 bis 45 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung: 4 bis 10 Jahre

Bei Hinweisen auf Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, wenn der Buchwert über dem höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert liegt. Fallen die Gründe für die Wertminderung weg, werden Zuschreibungen bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

20. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten. Die KA bewertet diese gemäß IAS 40 mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten. Die zugrunde gelegte Nutzungsdauer beträgt 30 Jahre, die Abschreibung erfolgt linear. Bei Hinweisen auf Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorge-

nommen, wenn der Buchwert über dem höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert liegt. Fallen die Gründe für die Wertminderung weg, werden Zuschreibungen bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen. Die Mieteinnahmen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position „Zinsertrag“ ausgewiesen.

21. Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände umfassen ausschließlich entgeltlich erworbene Software. Diese wird li-

near über drei bzw. vier Jahre in den Verwaltungsaufwand abgeschrieben.

22. Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17. November 2009 verzich-

tete die KA gegenüber der KF planmäßig auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. ge-

gen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein sichert der KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen der KF im Ausmaß des Verzichtsbetrags zuzüglich einer marktüblichen Verzinsung zu. Gleichzeitig schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft ab, welche der KA das Recht einräumt, ihr den Besserungsschein mit Wirkung zum Ende der Ausübungsfrist, das ist der dritte Jahrestag des Tages des Eintritts der Rechtswirkungen der Spaltung (28. November 2012), zu einem Kaufpreis in Höhe des Verzichtsbetrags zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein

geleistete Zahlungen, zu verkaufen. Weiters übernahm die Republik Österreich gegenüber der KA die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen der Zweckgesellschaft aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein. Besserungsschein, Put-Option und Haftung als Bürge und Zahler der Republik sind zusammenhängende Bestandteile der Besserungsscheinstruktur im Rahmen des Restrukturierungsplans. Der bilanzielle Erstanfang nach IFRS erfolgte zum beizulegenden Zeitwert unter der Position „Sonstige Vermögenswerte“, die Folgebewertung wird zu den fortgeführten Anschaffungskosten durchgeführt.

23. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden bei der Ersterfassung mit dem beizulegenden Zeitwert passiviert. Bei Verbindlichkeiten, die zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert werden, werden zusätzlich die Transaktionskosten berücksichtigt. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten. Jene Verbindlichkeiten, die der Fair-Value-Option zugewiesen sind, werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Agio- und Disagiobeträge werden auf

die Laufzeit der Schuld verteilt ab- bzw. zugeschrieben. Langfristige, abgezinst begebene Schuldverschreibungen (z. B. Nullkuponanleihen) und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit der Effektivzinssatzmethode aufgezinnt bilanziert. Für Details zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte in Sicherungsbeziehungen darstellen, wird hier auf Punkt 16 verwiesen.

24. Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen, Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder werden jährlich von einem unabhängigen Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) in Übereinstimmung mit IAS 19 berechnet.

Als biometrische Grundlagen wurden die „AVÖ 2008-P Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler“ in der Ausprägung für Angestellte herangezogen. Die wesentlichsten Parameter sind ein Rechnungszinssatz von 4,5 % (31.12.2009: 5,0 %), eine Steigerungsrate der Aktivbezüge und Pensionszahlungen von unverändert 2 %, ein Karrieretrend von unverändert 1,5 % sowie ein angenommenes Pensionsantrittsalter für Frauen von unverändert 60 Jahren und für Männer von unverändert 65 Jahren, unter Beachtung der Übergangsbestimmungen laut den Änderungen des ASVG gemäß Budgetbegleitgesetz 2003. Das Pensionsalter für Frauen wurde darüber hinaus unter Beachtung des „BVG Altersgrenzen“ angesetzt.

Sämtliche Pensionsansprüche von Mitarbeitern/innen sind auf eine Pensionskasse übertragen. Die Rückstellung beinhaltet daher nur mehr Ansprüche von zum Zeitpunkt der

Übertragung an die Pensionskasse (1997) bereits in Pension befindlichen Mitarbeitern/innen sowie Ansprüche aus leistungsorientierten Verpflichtungen, welche aus Direktzusagen oder Einzelverträgen resultieren. Leistungsorientierte Pläne schreiben einen Betrag an Pensionsleistungen fest, den ein/e Mitarbeiter/in bei Renteneintritt erhalten wird und der von Faktoren wie Alter, Dienstzeit und Gehalt abhängig ist. Die Rückstellungen für Abfertigungen werden nach den gleichen versicherungsmathematischen Grundsätzen für die gesetzlichen und vertraglichen Ansprüche gebildet. Für Jubiläumsgeldansprüche wird gleichfalls eine nach den oben entsprechenden Grundsätzen berechnete Jubiläumsgeldrückstellung gebildet. Von der Anwendung der Korridor-Methode wird nicht Gebrauch gemacht. Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste werden daher zur Gänze erfolgswirksam in der Berichtsperiode, in der sie anfallen, im Personalaufwand berücksichtigt.

25. Steuererstattungsansprüche aus tatsächlichen Steuern und latente Steueransprüche

Die Bilanzierung und Berechnung von Ertragsteuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind mit den aktuellen Steuersätzen bewertet. Steuerforderungen werden in der Position „Steuererstattungsansprüche aus tatsächlichen Steuern“, Steuerverpflichtungen in der Position „Steuerschulden aus tatsächlichen Steuern“ ausgewiesen. Für die Berechnung latenter Steuern werden alle temporären Unterschiedsbeträge berücksichtigt. Dafür werden die Wertansätze der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den Wertansätzen, die für die Besteuerung des jeweiligen Konzernunternehmens zutreffend sind, verglichen. Temporäre Abweichungen in diesen Wertansätzen führen zu

Wertunterschieden, für die – unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Auflösung – aktive oder passive Steuerlatenzen zu bilden sind. Latente Steueransprüche und latente Steuerverpflichtungen mit gleicher Laufzeit werden dann aufgerechnet, wenn sie je Gesellschaft gegenüber demselben Steuerergläubiger bestehen.

Nicht verbrauchte steuerliche Verlustvorträge werden als Steueraktivum angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Die Verwertbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge wird jährlich anhand der Steuerplanung der Bank überprüft.

26. Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Rechte auf die Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen sind oder der Konzern diese übertragen hat und alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögensgegenstand verbunden sind, übertragen wurden. Werden weder im Wesentlichen alle Chancen und Risiken übertragen noch zurückbehalten, hängt es von der Übertragung der Verfügungsmacht ab, ob der Vermögens-

wert ausgebucht wird oder nicht. Die Ausbuchung einer finanziellen Verbindlichkeit erfolgt dann, wenn diese getilgt ist – d. h. wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen oder aufgehoben sind oder die Verbindlichkeit ausgelaufen ist – oder wenn eine finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird.

27. Wesentliche Annahmen und Schätzungen

Die Erstellung des Konzernabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, sind insbesondere die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die Wertminderung für Kreditausfälle, die Wertminderung (Impairment) von Vermögenswerten, der Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern und die Bewertung von einer Reihe von Rückstel-

lungen. In Wahrnehmung dieser Aufgabe hält das Management regelmäßige Besprechungen ab, um die getroffenen Annahmen zu validieren.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, von Eventualforderungen und Eventualverbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

ANGABEN ZUR BILANZ DER KOMMUNALKREDIT-GRUPPE

28. Barreserve

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Kassenbestand	7,4	4,2
Guthaben bei Zentralnotenbanken	163.598,5	2.694,8
Insgesamt	163.606,0	2.699,0

29. Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Täglich fällig	43.253,1	23.321,3
Sonstige Forderungen	1.415.477,3	4.329.534,5
Insgesamt	1.458.730,4	4.352.855,8

In den Sonstigen Forderungen sind Darlehen und Wertpapiere, die als gesicherte Positionen in Fair-Value-Hedges fungieren, in Höhe von TEUR 258.392,4 (31.12.2009: TEUR 275.020,9) ausgewiesen.

Die Sonstigen Forderungen beinhalten neben kurzfristigen Interbankgeschäften und Darlehen Schuldverschreibungen der IAS-39-Bewertungskategorie „Loans and Receivables“

mit einem Buchwert von TEUR 151.419,7 (31.12.2009: TEUR 154.071,0).

Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Rückführung von spaltungsbedingten Zwischenveranlagungen zwischen KA und KF sowie der Reduktion des Interbankgeschäfts.

30. Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Täglich fällig	6.852,8	10.911,4
Sonstige Forderungen	8.137.801,5	7.658.050,8
Risikovorsorge	-84,0	-89,2
Insgesamt	8.144.570,4	7.668.873,1

In den Sonstigen Forderungen enthaltene Darlehen und Wertpapiere in Höhe von TEUR 3.558.436,0 (31.12.2009: TEUR 3.102.623,3), deren Zinsrisiko durch Swapgeschäfte abgesichert wird, werden als Fair-Value-Hedges bilanziert.

Die Forderungen an Kunden beinhalten Darlehen an Kunden mit einem Buchwert von TEUR 7.741.312,5 (31.12.2009:

TEUR 7.374.734,9) und Wertpapiere der Kategorie „Loans and Receivables“ mit einem Buchwert von TEUR 403.341,9 (31.12.2009: TEUR 294.227,4).

Die in der Position enthaltene Risikovorsorge wird auf einem getrennten Wertberichtigungskonto gebucht und setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR 1.000	2010	2009
Stand zum 1.1.	89,2	0,0
Zugänge		
Zugang aus Spaltung	0,0	778,7
Abgänge		
Auflösung zu Risikovorsorgen	-5,2	-689,5
Stand zum 31.12.	84,0	89,2

Eine Portfoliowertberichtigung war nicht zu bilden (siehe Erläuterungen unter Punkt 8 Risikovorsorge).

Die Buchung der Wertminderung über ein getrenntes Konto erfolgt für alle Finanzinstrumente des „Loans-and-Receiveables-Bestandes“. Bei den anderen Kategorien von Finanz-

instrumenten wird eine eventuelle Wertminderung direkt den Buchwert vermindern gebucht.

Bei der Berechnung von Impairments werden der Zeitpunkt und die Höhe der erwarteten Rückflüsse berücksichtigt.

31. Nicht derivative Handelsaktiva

Die in dieser Position im Vorjahr ausgewiesene Anleihe mit einem Buchwert von TEUR 20.897,3 wurde während des Geschäftsjahres 2010 verkauft.

Die Derivate des Handelsbestands sind in der Bilanzposition „Derivate“ (siehe Punkt 35 für Produkte mit positivem beizulegendem Zeitwert und Punkt 45 für solche mit negativem) bilanziert.

32. Vermögenswerte zum Fair Value

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Darlehen an Kreditinstitute	8.501,1	7.085,5
Darlehen an Kunden	2.698.232,8	2.661.256,1
Öffentliche Anleihen	436.824,0	488.416,5
davon börsennotiert	334.132,3	374.956,8
davon nicht börsennotiert	102.691,7	113.459,7
Sonstige Anleihen	172.836,5	185.686,3
davon börsennotiert	172.836,5	185.686,3
Insgesamt	3.316.394,4	3.342.444,3

Die dargestellten Vermögenswerte werden auf Fair-Value-Basis gemanagt, gemessen und berichtet.

33. Vermögenswerte Available-for-Sale

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Öffentliche Anleihen	471.347,5	475.999,5
davon börsennotiert	469.646,3	473.931,4
davon nicht börsennotiert	1.701,2	2.068,1
Sonstige Anleihen	118.531,9	131.809,1
davon börsennotiert	118.531,9	131.809,1
Nicht festverzinsliche Wertpapiere und Anteile	240,5	300,4
davon nicht börsennotiert	240,5	300,4
Ingesamt	590.119,8	608.109,1

In dieser Bilanzposition werden Wertpapiere in Höhe von TEUR 504.068,7 (31.12.2009: TEUR 446.605,3), deren Zins-

risiko durch Swappeschäfte abgesichert wird, als Fair-Value-Hedges bilanziert.

34. Wertpapiere Held-to-Maturity

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Öffentliche Anleihen	487.056,3	476.111,9
Sonstige Anleihen	10.127,4	10.124,6
Ingesamt	497.183,7	486.236,5

Dieser Posten umfasst zum Zugangszeitpunkt auf aktiven Märkten gehandelte nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie

einer festen Laufzeit, welche die KA bis zur Endfälligkeit halten will und kann.

35. Derivate

Derivate werden in der KA überwiegend zur Absicherung von Zins- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen. Die

positiven beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden auf der Aktivseite ausgewiesen.

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Zinsbezogene Geschäfte	844.292,3	694.771,5
davon in Fair-Value-Hedges	673.056,1	549.361,3
Währungsbezogene Geschäfte	135.029,3	33.583,7
davon in Fair-Value-Hedges	71.624,9	28.668,4
Sonstige Geschäfte	3.572,2	0,0
davon in Fair-Value-Hedges	0,0	0,0
Ingesamt	982.893,8	728.355,2

Die Strukturdarstellung der derivativen Finanzinstrumente inklusive deren Marktwerte ist unter Punkt 70 abgebildet.

36. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

In den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen befindet sich der Anteil an der at-equity konsolidierten Kommunal-leasing GmbH. Die Vermögenswerte und Schulden dieser Gesellschaft betragen zum 31. Dezember 2010 TEUR

131.550,1 bzw. TEUR 128.613,4 (31.12.2009: TEUR 152.613,4 bzw. TEUR 150.192,6), die Umsatzerlöse TEUR 1.765,5 (2009: TEUR 3.370,6) und der Gewinn TEUR 516,0 (2009: TEUR 981,8).

37. Sachanlagen

Die Entwicklung und Zusammensetzung der Sachanlagen ist unter Punkt 40 Anlagenspiegel dargestellt. Im Bilanzwert der im Konzern genutzten Grundstücke und Gebäude ist

ein Grundwert von TEUR 3.961,1 (31.12.2009: TEUR 3.961,1) enthalten.

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Grundstücke und Gebäude	28.823,1	29.791,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.373,8	2.506,7
Insgesamt	31.197,0	32.298,5

Anlagenspiegel 2010		Anschaffungskosten		
in EUR 1.000	Stand 1.1.2010	Zugänge durch Spaltung	Zugänge	Abgänge
Sachanlagen	43.215,5	0,0	306,0	-237,2
Grundstücke und Gebäude	36.823,5	0,0	0,0	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.392,0	0,0	306,0	-237,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.730,0	0,0	200,8	-108,3
Summe Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	45.945,4	0,0	506,8	-345,5
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	6.606,9	0,0	0,0	0,0

Anlagenspiegel 2009		Anschaffungskosten		
in EUR 1.000	Stand 1.1.2009	Zugänge durch Spaltung	Zugänge	Abgänge
Sachanlagen	0,0	43.181,8	33,7	0,0
Grundstücke und Gebäude	0,0	36.823,5	0,0	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,0	6.358,3	33,7	0,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	2.693,1	36,8	0,0
Summe Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	45.874,9	70,5	0,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0,0	6.606,9	0,0	0,0

38. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Buchwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Bilanzstichtag beträgt TEUR 5.861,8 (31.12.2009: TEUR 6.047,7), wovon TEUR 747,7 (31.12.2009: TEUR 747,7) den Grundstückswert und TEUR 5.114,1 (31.12.2009: TEUR 5.300,1) den Wert des Gebäudes ausmachen. Von diesen

fremd genutzten Immobilien wurden Miet- und Betriebskostenerlöse in Höhe von TEUR 211,4 (31.12.2009: TEUR 148,5) generiert und es fielen Aufwendungen von TEUR 51,8 (31.12.2009: TEUR 68,6) an. Für Details zur Entwicklung des Buchwertes im Geschäftsjahr siehe Punkt 40 Anlagenspiegel.

39. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ inkludiert ausschließlich entgeltlich erworbene Software.

Die Entwicklung und Zusammensetzung ist unter Punkt 40 Anlagenspiegel dargestellt.

40. Anlagenspiegel

Im Anlagenspiegel sind die Entwicklung und Zusammensetzung der immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, der Sachanlagen sowie der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien dargestellt.

Der Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2010 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Stand 31.12.2010	Abschreibungen kumuliert Zugänge durch Spaltung	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2010	Abschreibungen 2010	Buchwert 31.12.2009
	43.284,3	0,0	-12.087,3	31.197,0	-1.407,6	32.298,5
	36.823,5	0,0	-8.000,3	28.823,1	-968,6	29.791,8
	6.460,8	0,0	-4.087,0	2.373,8	-438,9	2.506,7
	2.822,4	0,0	-2.647,3	175,2	-173,9	148,7
	46.106,7	0,0	-14.734,6	31.372,1	-1.581,5	32.447,2
	6.606,9	0,0	-745,1	5.861,8	-186,0	6.047,7

	Stand 31.12.2009	Abschreibungen kumuliert Zugänge durch Spaltung	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2009	Abschreibungen 2009	Buchwert 31.12.2008
	43.215,5	-10.750,5	-10.917,0	32.298,5	-166,5	0,0
	36.823,5	-6.951,0	-7.031,7	29.791,8	-80,7	0,0
	6.392,0	-3.799,5	-3.885,3	2.506,7	-85,7	0,0
	2.730,0	-2.557,2	-2.581,3	148,7	-24,1	0,0
	45.945,4	-13.307,6	-13.498,2	32.447,2	-190,6	0,0
	6.606,9	-543,7	-559,2	6.047,7	-15,5	0,0

41. Steueraktiva

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen aus laufender Steuerverrechnung	103,4	66,9
Aktive latente Steuer	21.042,7	17.190,3
Insgesamt	21.146,1	17.257,2

Aktive und passive Steuerlatenzen beinhalten Steuern aus zeitlich begrenzten Unterschieden (Temporary Differences) zwischen Wertansätzen nach IFRS und Beträgen aus der

steuerlichen Gewinnermittlung des Konzernunternehmens. Die Entstehung und Entwicklung der Steuerlatenzen sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

in EUR 1.000	Stand 31.12.2009	Ergebnis- wirksame Bewegung	Eigenkapital- wirksame Bewegung	Stand 31.12.2010
Temporäre Differenzen aus aktivseitigen Positionen				
Steuerliche Verlustvorträge	14.349,5	-5.298,0	0,0	9.051,5
Forderungen an Kreditinstitute	-793,0	-61,6	0,0	-854,6
Forderungen an Kunden	537.120,0	-21.842,8	0,0	515.277,1
Forderungen und Wertpapiere zum Fair Value	-667.420,6	-17.851,4	8.948,1	-676.324,0
Wertpapiere Available-for-Sale	-5.756,4	5.466,2	0,0	-290,3
Wertpapiere Held-to-Maturity	-5,8	9,8	0,0	4,0
Derivate	-109.656,5	-43.033,9	0,0	-152.690,4
Temporäre Differenzen aus passivseitigen Positionen				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.056,3	-9.258,7	0,0	-8.202,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.981,2	3.082,9	0,0	10.064,1
Derivate	201.302,1	52.920,3	0,0	254.222,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	39.636,9	29.685,1	0,0	69.322,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	348,8	615,4	0,0	964,3
Rückstellungen	27,8	471,2	0,0	499,0
Insgesamt	17.190,3	-5.095,7	8.948,1	21.042,7

Von den zum 31. Dezember 2010 bestehenden steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von TEUR 97.190,8 (31.12.2009: TEUR 114.741,8) wurden aufgrund der voraussichtlichen Verwertbarkeit TEUR 36.206,0 (31.12.2009: TEUR 57.398,0) berücksichtigt. Eine Realisierung des Steueraktivums aus diesem Titel in Höhe von TEUR 2.270,6 ist innerhalb der nächsten zwölf Monate geplant, der verbleibende Betrag in Höhe von TEUR 6.780,9 wird voraussichtlich danach verbraucht werden.

Für latente Steueraktiva resultierend aus Finanzinstrumenten sowie Rückstellungen ist eine Realisierung innerhalb der nächsten zwölf Monate nicht geplant. Forderungen aus laufender Steuerverrechnung sind kurzfristiger Natur.

42. Sonstige Vermögenswerte

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Besserungsschein	1.047.461,4	1.003.702,8
Sonstige Vermögensgegenstände	9.429,3	11.585,3
Rechnungsabgrenzungsposten	833,6	429,2
Insgesamt	1.057.724,35	1.015.717,32

Der Besserungsschein (Details siehe Punkt 22) umfasst ein Nominale von TEUR 1.000.000,0 (31.12.2009: TEUR 1.000.000,0) und anteilige Zinsen von TEUR 47.461,4 (31.12.2009: TEUR 3.702,8). Damit werden die Aufwendungen der Refinanzierung der Rekapitalisierung der KF (Forderungsverzicht der KA gegen Gewährung eines Besserungsscheines) kompensiert.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten folgende wesentliche Positionen:

Zinsforderungen in Höhe von TEUR 2.673,8 (31.12.2009: TEUR 2.889,6), Forderungen aus Leistungsverrechnung an die KF in Höhe von TEUR 2.116,7 (31.12.2009: TEUR 0,0), Forderungen aus der Abwicklung von Förderungen in Höhe von TEUR 1.166,4 (31.12.2009: TEUR 995,8) offene Verrechnung aus dem Derivatgeschäft in Höhe von TEUR 1.178,7 (31.12.2009: TEUR 4.853,4), welche unmittelbar nach dem Bilanzstichtag beglichen wurden, sowie Forderungen aus Personaldarlehen in Höhe von TEUR 604,4 (31.12.2009: TEUR 795,9).

43. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
täglich fällig	4.393,1	20.105,8
andere Verbindlichkeiten	1.085.657,5	2.287.556,0
Insgesamt	1.090.050,6	2.307.661,8

Ein Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert in Höhe von TEUR 27.158,9 (31.12.2009: TEUR 26.994,4) ist dem Fair-Value-Bestand gewidmet.

44. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
täglich fällig	503,6	17.040,2
andere Verbindlichkeiten	1.580.065,9	1.029.043,4
Insgesamt	1.580.569,5	1.046.083,6

Die Ausweitung der Kundeneinlagen reflektiert kurz- und mittelfristige Einlagen von Institutionen und Firmenkunden, die Bank führt kein Retail-Kundengeschäft.

45. Derivate

Auf der Passivseite werden die negativen beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente ausgewiesen.

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Zinsbezogene Geschäfte	1.181.990,6	993.640,6
davon in Fair-Value-Hedges	558.475,2	470.640,1
Währungsbezogene Geschäfte	105.261,4	49.425,4
davon in Fair-Value-Hedges	85.144,6	37.324,0
Sonstige Geschäfte	116,5	0,0
davon in Fair-Value-Hedges	0,0	0,0
Insgesamt	1.287.368,5	1.043.066,0

Die Strukturdarstellung der derivativen Finanzinstrumente inklusive deren Marktwerte ist unter Punkt 70 abgebildet.

46. Verbriefte Verbindlichkeiten

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Begebene Schuldverschreibungen	11.649.690,3	13.032.575,1
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	130.580,0	251.482,8
Insgesamt	11.780.270,3	13.284.057,8

Die verbrieften Verbindlichkeiten enthalten fundierte Emissionen der KA im Nominale von TEUR 7.192.463,0.

Im Jahr 2011 werden begebene Schuldverschreibungen im Nominale von TEUR 1.667.870,9 (2010: TEUR: 1.871.823,3) fällig.

47. Nachrangige Verbindlichkeiten

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Nachrangige Verbindlichkeiten	71.161,6	69.709,9
Ergänzungskapital	11.998,5	31.627,4
Insgesamt	83.160,1	101.337,3

Die nachrangigen Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

Emittent/Art	Zinssatz	Währung	Nennwert in EUR 1.000	Bilanzwert in EUR 1.000
Nachrangige Schuldscheindarlehen 2007-2022	4,670 %	EUR	10.000,0	11.282,2
Nachrangige Schuldscheindarlehen 2007-2022	4,670 %	EUR	10.000,0	11.282,2
Nachrangige Schuldscheindarlehen 2007-2047	5,018 %	EUR	10.000,0	10.861,7
Nachrangige Schuldscheindarlehen 2007-2047	5,018 %	EUR	9.000,0	9.775,5
Nachrangige Schuldscheindarlehen 2007-2037	5,080 %	EUR	10.000,0	11.008,4
Nachrangige Schuldscheindarlehen 2007-2037	5,080 %	EUR	800,0	880,7
Nachrangige Schuldscheindarlehen 2007-2037	5,080 %	EUR	10.200,0	11.228,5
Nachrangige Anleihe 2006-2021	5,400 %	EUR	5.000,0	4.842,4
Ergänzungskapitalanleihe 1999-2012	5,875 %	EUR	1.812,8	1.825,0
Ergänzungskapitalanleihe 1998-2011	5,188 %	EUR	1.405,2	1.487,6
Ergänzungskapitalanleihe 2006-2021	1,615 %	EUR	6.042,5	6.043,6
Ergänzungskapitalanleihe 2007-2019	4,260 %	EUR	2.417,0	2.642,2
Gesamt			76.677,5	83.160,1

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten betragen im Geschäftsjahr TEUR 3.503,3 (2009: TEUR 327,8). Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig und dürfen im Falle des Konkurses oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit

verbundenen Auflagen muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Dieser Aufwand führt dazu, dass im Einzelabschluss nach UGB/BWG das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) und den Jahresgewinn EUR 0,0 ist. Daraus ergibt sich, dass das Ergänzungskapital für den Zeitraum 2010 sowie für weitere Jahre während der Gültigkeit dieser Vereinbarung, i. e. bis zum Closing der mittelfristig angestrebten Privatisierung, nicht bedient werden wird.

48. Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Personalrückstellungen	8.680,8	7.339,6
Insgesamt	8.680,8	7.339,6

Die Personalrückstellungen zeigen folgendes Bild:

in EUR 1.000	Rückstellung für Pension	Rückstellung für Abfertigung	Rückstellung für Jubiläum	Summe
Stand 31.12.2009				
Barwert leistungsorientierter Verpflichtungen (Defined Benefit Obligation – DBO) zum 1.1.2010	7.130,5	2.352,6	219,3	9.702,4
– ausgelagertes Vermögen (plan assets)	–2.362,8	0,0	0,0	–2.362,8
	4.767,7	2.352,6	219,3	7.339,6
Dienstzeitaufwand (current service cost)	89,9	214,6	11,3	
Zinsaufwand (interest cost)	335,9	116,5	11,0	
Versicherungsmathematischer Gewinn aus der Verpflichtung	–56,2	103,5	35,0	
Zahlungen	–541,0	–240,7	0,0	
sonstige Veränderungen	–130,7	0,0	0,0	
Veränderung der plan assets	1.391,9	0,0	0,0	
Versicherungsmathematisches Ergebnis	–302,0	193,9	57,2	
DBO zum 31.12.2010	6.828,6	2.546,6	276,5	
– ausgelagertes Vermögen (plan assets)	–970,8	0,0	0,0	–970,8
Versicherungsmathematisches Rückstellungserfordernis zum 31.12.2010	5.857,7	2.546,6	276,5	8.680,8

Die volle versicherungsmathematisch berechnete Verpflichtung für Pensionen beträgt TEUR 6.828,6 (31.12.2009: TEUR 7.130,5), wovon Ansprüche in Höhe von TEUR 970,8 (31.12.2009: TEUR 2.362,8) in die Pensionskasse ausgelagert sind, wodurch sich ein Rückstellungsbetrag in Höhe von TEUR 5.857,7 (31.12.2009: TEUR 4.767,7) ergibt.

Der den Personalrückstellungen entsprechende Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt ausschließlich in der Position „Personalaufwand“.

Die Entwicklung des Planvermögens im laufenden Berichtsjahr ist in folgender Aufstellung ersichtlich:

in EUR 1.000	
Stand 1.1.2010	2.362,8
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	132,8
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	124,4
Gezahlte Leistungen	–41,4
Dotierung durch Arbeitgeber	91,6
Abgang infolge Ausscheiden von Mitarbeitern/innen	–1.699,4
Stand 31.12.2010	970,8

Die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2009 stellen sich wie folgt dar:

in EUR 1.000	Rückstellung für Pension	Rückstellung für Abfertigung	Rückstellung für Jubiläum	Summe
Stand 1.1.2009				
Barwert leistungsorientierter Verpflichtungen (Defined Benefit Obligation – DBO) zum 1.1.2008	0,0	82,2	0,0	82,2
– ausgelagertes Vermögen (plan assets)	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	82,2	0,0	82,2
Zugang aus Spaltung				
Barwert leistungsorientierter Verpflichtungen (Defined Benefit Obligation – DBO)	6.932,0	2.067,3	249,2	9.248,5
– ausgelagertes Vermögen (plan assets)	– 2.324,4	0,0	0,0	– 2.324,4
	4.607,5	2.067,3	249,2	6.924,0
Dienstzeitaufwand (current service cost)	46,5	40,2	7,0	
Zinsaufwand (interest cost)	191,0	29,2	8,0	
Versicherungsmathematischer Gewinn aus der Verpflichtung	721,5	– 900,4	– 45,0	
Zahlungen	– 323,1	– 185,2	0,0	
sonstige Veränderungen	– 437,3	1.219,4	0,0	
Veränderung der plan assets	– 38,3	0,0	0,0	
Versicherungsmathematisches Ergebnis	198,6	203,1	– 29,9	
DBO zum 31.12.2009	7.130,5	2.352,6	219,3	9.702,4
– ausgelagertes Vermögen (plan assets)	– 2.362,8	0,0	0,0	– 2.362,8
Versicherungsmathematisches Rückstellungserfordernis zum 31.12.2009	4.767,7	2.352,6	219,3	7.339,6

Die Entwicklung des Planvermögens im Berichtsjahr 2009 ist im Wesentlichen durch Zugänge aus der Spaltung, die mit Stichtag 28. November 2009 erfolgte, geprägt.

49. Steuerpassiva

Die Steuerverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010 betragen TEUR 3.069,9 (31.12.2009: TEUR 741,2). Davon stammen TEUR 2.653,1 (31.12.2009: TEUR 667,9) aus der Kör-

perschaft- und TEUR 416,7 (31.12.2009: TEUR 73,3) aus der Umsatzsteuerverrechnung und sind somit kurzfristiger Natur.

50. Sonstige Verbindlichkeiten

in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Rechnungsabgrenzungsposten	8.302,3	8.033,5
Sonstige Verbindlichkeiten	10.661,3	63.692,4
Insgesamt	18.963,66	71.725,94

Die Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten im Wesentlichen abgegrenzte Fee- und Haftungserträge.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten beinhalteten folgende wesentliche Positionen: Abgrenzung für erwartete kompensatorische Eigenleistung aus dem EU-Verfahren (siehe Punkt 59) in Höhe von TEUR 3.156,1 (31.12.2009: TEUR 0,0), Abgrenzung für nicht konsumierte Urlaube in Höhe von

TEUR 1.614,4 (31.12.2009: TEUR 1.881,5) sowie offene Verrechnungen aus dem Derivatgeschäft in Höhe von TEUR 1.124,5 (31.12.2009: TEUR 7.038,3), welche unmittelbar nach dem Bilanzstichtag beglichen wurden. Im Vorjahr bestand diese Position vor allem aus offenen Verrechnungen mit der KF in Höhe von TEUR 48.839,8, welche im Wesentlichen aus der Spaltung resultierten und im Berichtsjahr beglichen wurden.

51. Eigenkapital

A. Entwicklung und Zusammensetzung

Das Grundkapital der KA zum 31. Dezember 2010 beträgt EUR 225.337.092,86 und ist eingeteilt in 31.007.059 Stückaktien, welche zu 99,78 % (entspricht 30.938.843 Stückaktien) von der Republik Österreich und zu 0,22 % (entspricht 68.216 Stückaktien) vom Österreichischen Gemeindebund gehalten werden. Jede Stückaktie ist am Grundkapital im gleichen Ausmaß beteiligt. Es gibt keine ausgegebenen und nicht voll eingezahlten Anteile. Der Nennwert einer Aktie beträgt EUR 7,27. Es gibt keine genehmigten Anteile.

Die KA übernahm im Zuge der 2009 durchgeführten Spaltung Partizipationskapital in Höhe von TEUR 138.373,3, welches Eigenkapital im Sinne von IAS 32 darstellt. Sämtliches Partizipationskapital entspricht aufgrund seiner Ausgestaltung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG und ist dem Kernkapital der Bank zuzurechnen.

Die Entwicklung und Zusammensetzung des IFRS-Eigenkapitals ist unter Punkt IV (Eigenkapitalveränderungsrechnung) dargestellt.

B. Bedienung des Eigenkapitals

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit verbundenen Auflagen muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Dieser Aufwand führt dazu, dass im Einzelabschluss

nach UGB/BWG das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) und der Jahresgewinn EUR 0,0 ist. Daraus ergibt sich, dass keine Dividendenzahlungen für den Zeitraum 2010 sowie für weitere Jahre während der Gültigkeit dieser Vereinbarung, i. e. bis zum Closing der mittelfristig angestrebten Privatisierung, erfolgen werden. Aus gleichem Grund wird auch das Partizipationskapital nicht bedient werden.

C. Eigenmittelmanagement

Für die KA gelten die Mindesteigenmittelerfordernisse gemäß § 22 und § 23 BWG. Auf der Basis dieser Regelungen sind eine Tier-1-Ratio von mindestens 4 % und eine Eigenmittelquote von mindestens 8 % vorgeschrieben.

Die konsolidierten anrechenbaren Eigenmittel gemäß österreichischem BWG (§ 24 BWG) betragen zum 31. Dezember 2010 TEUR 517.094,5 (31.12.2009: TEUR 508.455,6). Die konsolidierte Bemessungsgrundlage betrug TEUR 2.627.279,8 (31.12.2009: TEUR 2.864.576,0). Daraus errechnet sich eine konsolidierte Eigenmittelquote von 19,7 % (31.12.2009: 17,7 %). Die konsolidierte Kernkapitalquote liegt bei 15,7 % gegenüber 14,3 % zum 31. Dezember 2009.

Die nach österreichischem BWG ermittelten Eigenmittel der Kommunalkredit-Gruppe zeigen folgende Zusammensetzung und Entwicklung:

Bemessungsgrundlage gem. § 22 Abs. 2 BWG (in EUR 1.000)	31.12.2010	31.12.2009
Risikogewichtete Aktiva Basel II Kreditrisiko	2.611.221,9	2.740.209,9
Eigenmittelerfordernisse		
Bankbuch ¹⁾	208.897,8	219.216,8
Handelsbuch ²⁾	3,8	2.016,5
Währungsrisiko ²⁾	161,4	46,6
Operationelles Risiko ³⁾	1.119,4	7.886,2
Insgesamt (Eigenmittel-Soll)	210.182,4	229.166,1

Eigenmittel Ist	31.12.2010	31.12.2009
Kernkapital nach Abzugsposten	411.382,3	409.683,0
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten	105.547,1	98.772,6
Anrechenbare Eigenmittel (Tier 1 und Tier 2)	516.929,3	508.455,6
Tier 3	165,2	0,0
Summe Eigenmittel	517.094,5	508.455,6
Freie Eigenmittel	306.912,1	279.289,5

Eigenmittelquote	19,7 %	17,7 %
Kernkapitalquote	15,7 %	14,3 %

¹⁾ 8 % der Bemessungsgrundlage

²⁾ nach Kapitaladäquanzbestimmungen Standardverfahren

³⁾ Standardansatz

Das Eigenkapitalmanagement der KA ist darauf ausgerichtet, eine Tier-1-Ratio zu halten, die über den gesetzlichen Erfordernissen liegt. Zur operativen Umsetzung findet dazu neben laufendem Monitoring und einem spezifischen Kapital-Jour-Fixe ein monatlicher Berichtstermin an den Vorstand statt.

Das Eigenkapitalmanagement aus Risikosicht wird im Kapitel „Sicherstellung einer adäquaten Mindesteigenkapitalausstattung“ (ICAAP) unter Punkt 74 Risikomanagement dargestellt.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER KOMMUNALKREDIT-GRUPPE

Aufgrund der 2009 erfolgten Spaltung umfassen die Vergleichszahlen 2009 das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank AG von Jänner bis Dezember 2009 und das Ergebnis aus den im Rahmen der Spaltung übernomme-

nen strategischen Aktiva und Passiva vom 28. November bis 31. Dezember 2009. Eine direkte Vergleichbarkeit ist aus diesem Grund nicht gegeben.

52. Zinsüberschuss

in EUR 1.000	2010	2009* (28.11.–31.12.)
Zinsertrag	937.268,6	82.931,3
Zinsertrag aus Forderungen an Kreditinstitute	70.480,5	7.696,7
Zinsertrag aus Forderungen an Kunden	328.890,2	27.568,5
Zinsertrag aus Handelsaktiva	0,0	51,0
Zinsertrag aus Derivaten	472.074,2	41.292,9
Zinsertrag aus Forderungen und Wertpapieren zum Fair Value	19.297,2	1.284,6
Zinsertrag aus Forderungen und Wertpapieren Available-for-Sale	29.971,6	2.961,5
Zinsertrag aus Forderungen und Wertpapieren Held-to-Maturity	16.271,7	2.048,6
Mieterträge	283,2	27,6
Zinsaufwand	-890.154,2	-78.092,9
Zinsaufwand für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-14.425,6	-1.130,8
Zinsaufwand für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-31.691,8	-4.468,2
Zinsaufwand für Derivate	-430.922,8	-36.358,0
Zinsaufwand für verbriefte Verbindlichkeiten	-399.088,5	-34.902,4
Zinsaufwand für Nachrangkapital	-3.503,3	-327,8
Garantieentgelt für staatsgarantierte Emissionen	-10.522,2	-905,8
Zinsüberschuss	47.114,4	4.838,4

*Die Zahlen 2009 umfassen das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank von Jänner bis Dezember und das Ergebnis aus den im Rahmen der Spaltung übernommenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten vom Dezember 2009. Eine direkte Vergleichbarkeit ist aus diesem Grund nicht gegeben.

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt dargestellt. Aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, resultieren ein Zinsertrag von TEUR 445.217,0 (2009: TEUR 40.242,6) und ein Zinsaufwand von TEUR 448.709,2 (2009: TEUR 40.829,1). Aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten entstanden Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 1.270,6 (2009: TEUR 107,2).

Für eine durch die Republik Österreich garantierte Emission, welche zur Rekapitalisierung der KF (Forderungsverzicht der KA gegen Gewährung eines Besserungsscheins) begeben wurde, fielen Aufwendungen in Höhe von TEUR 10.522,2 (2009: TEUR 905,8) an. Die Vergütung dieses Aufwands erfolgt durch die Verzinsung des Besserungsscheins und wird im Zinsertrag ausgewiesen.

53. Kreditrisikoergebnis

in EUR 1.000	2010	2009 (28.11.–31.12.)
Zuführung zu Risikovorsorgen	0,0	0,0
Auflösung von Risikovorsorgen	5,2	689,5
Abschreibung Forderungen	-1,3	0,0
Insgesamt	3,9	689,5

Das Ergebnis betrifft zur Gänze nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögensgegenstände, die dem „Loans-and-Receiveables“-Bestand zugeordnet sind.

Zum 31. Dezember 2010 gab es kein Erfordernis zur Bildung einer Risikovorsorge für „Incurred but not reported Losses“ (siehe Punkt 8).

54. Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis von TEUR 12.330,8 (2009: TEUR 3.108,2) ist wesentlich bestimmt durch die Umsatzerlöse der Kommunalkredit Public Consulting GmbH in Höhe von TEUR 11.669,6 (2009: TEUR 1.798,9) sowie dem Kreditgeschäft in Höhe von TEUR 1.406,6 (2009: 137,6). Die Erträge aus dem Kreditgeschäft beinhalten im Wesentli-

chen Gestionsprovisionen, Erträge aus Haftungen sowie Erträge aus Arrangement Fees.

Provisionserträge und Provisionsaufwendungen werden periodengerecht abgrenzt erfasst.

55. Ertrag aus sonstigen Beteiligungen

In folgender Aufstellung sind Dividendenerträge aus sonstigen Beteiligungen sowie der Ertrag aus der Veräußerung des Depotbankgeschäfts dargestellt.

in EUR 1.000	2010	2009 (28.11.–31.12.)
Dividendenerträge	554,8	1,0
Ertrag aus Veräußerung Depotbankgeschäft	174,8	0,0

56. Ertrag aus Anteilen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge aus Anteilen an assoziierten Unternehmen in Höhe von TEUR 257,2 (2009: TEUR 121,4) resultieren zur Gänze aus der Kommunalleasing GmbH, Wien.

57. Handels- und Bewertungsergebnis

in EUR 1.000	2010	2009 (28.11.–31.12.)
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	- 11.364,5	- 1.253,6
davon Fair-Value-Option		
Darlehen	58.359,3	- 36.049,6
Schuldverschreibungen und verbriefte Verbindlichkeiten	- 15.728,5	- 3.833,9
davon Trading (Derivate)*	- 53.995,3	38.629,9
Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten Available-for-Sale	115,0	0,0
Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten Loans and Receivables	- 1.001,0	0,0
Ergebnis aus Tilgung/Rückkäufen von Eigenemissionen	15.998,1	0,0
Bewertungsergebnis aus dem Fair-Value-Hedge	0,0	0,0
Derivat	- 803,3	13.620,7
Basisinstrument	803,3	- 13.620,7
Handelsergebnis*	47,9	- 99,8
Fremdwährungsbewertung*	- 15,7	- 436,6
Insgesamt	3.779,9	- 1.790,0

* Ist Teil des Ergebnisses des Held-for-Trading-Bestandes nach IFRS (dieser inkludiert alle Derivatpositionen für wirtschaftliche Hedgebeziehungen und keine Handelsabsicht per se), welches in Summe TEUR -53.963,1 (31.12.2009: TEUR 38.093,5) beträgt.

Die Ergebnisauswirkung aus Fair Value gewidmeten Darlehen beträgt im Berichtsjahr 2010 TEUR 58.359,3 (2009: TEUR -36.049,6), wobei darin ein Effekt aufgrund von Credit-Spread-Änderungen in Höhe von TEUR -11.954,6 (2009: TEUR 202,9) enthalten ist. Der kumulierte Effekt aus Credit-Spread-Änderungen dieser Darlehen beträgt TEUR -11.751,7 (2009: TEUR 202,9).

Schuldverschreibungen und verbriefte Verbindlichkeiten, zum beizulegenden Zeitwert bewertet, zeigen ein Ergebnis in Höhe von TEUR -15.724,2 bzw. TEUR -4,3 (2009: TEUR -3.831,1 bzw. TEUR -2,8). Auf Credit-Spread-Änderungen während der Berichtsperiode sind TEUR -10.887,2 bzw. TEUR 0,0 zurückzuführen (2009: TEUR -2.100,1 bzw. TEUR 0,0). Kumuliert be-

tragen die Credit-Spread-Änderungen TEUR -12.987,3 bzw. TEUR 0,0 (2009: TEUR -2.100,1 bzw. TEUR 0,0).

Aus der vorzeitigen Tilgung bzw. dem vorzeitigen Rückkauf von Eigenemissionen ergaben sich TEUR 15.998,1 (2009: TEUR 0,0). Davon resultieren TEUR 9.478,0 aus Ergänzungskapital bzw. TEUR 6.520,1 aus verbrieften Verbindlichkeiten.

Das Handelsergebnis beinhaltet die Bewertung von Derivaten des Handelsbestands in Höhe von TEUR -497,7 (2009: TEUR -55,6) sowie die Ergebnisrealisierung von im Handelsbestand geführten Wertpapieren in Höhe von TEUR 545,6 (2009: TEUR -44,2).

58. Verwaltungsaufwand

in EUR 1.000	2010	2009 (28.11.–31.12.)
Personalaufwand	-27.749,2	-1.129,0
Gehälter	-19.824,4	-639,8
Soziale Abgaben	-5.085,0	-379,6
Aufwendungen für Altersvorsorge und Sozialkapital	-2.839,7	-109,5
Sachaufwendungen	-14.856,6	-3.499,1
Abschreibungen und Wertminderung auf als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	-186,0	-15,5
auf immaterielle Vermögensgegenständen	-173,9	-24,1
auf Sachanlagen	-1.407,6	-166,5
Insgesamt*	-44.373,2	-4.834,1

* Die Nettogröße nach Weiterverrechnung beträgt TEUR 30.911,9 (2009: TEUR 3.805,2)

Die KA agiert seit der Spaltung 2009 als Dienstleister für die KF. Die zu erbringenden Leistungen wurden dabei in einem Service Level Agreement definiert. Anhand von genauen Zeitaufzeichnungen der Mitarbeiter/innen werden anteilige Personal- und Sachkosten an die KF weiterverrechnet. Im Jahr 2010 wurden aus diesem Titel Personal- und Sachaufwendungen von der KA an die KF in Höhe von TEUR 13.408,8

(2009: TEUR 1.028,9) weiterverrechnet. Nach Berücksichtigung der Erlöse dieser Weiterverrechnungen, welche in der Position „Sonstiger betrieblicher Erfolg“ dargestellt werden, beträgt der Verwaltungsaufwand netto TEUR 30.911,9 (2009: TEUR 3.805,2).

Die Sachaufwendungen beinhalten folgende Positionen:

in EUR 1.000	2010	2009 (28.11.–31.12.)
Konsultations- und Prüfungskosten	-4.658,1	-627,6
Datenverarbeitung	-3.160,8	-746,7
Dienstleistungen Dritter	-2.636,3	-1.258,7
Öffentlichkeitsarbeit und Werbung	-2.155,4	-335,4
Sonstiger Sachaufwand	-2.246,0	-530,6
Insgesamt	-14.856,6	-3.499,1

Die auf die Berichtsperiode entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer betragen in Summe TEUR 108,0 (2009: TEUR 298,0), davon entfallen TEUR 84,0 (2009: TEUR 245,0)

auf die Prüfung des Einzelabschlusses und TEUR 24,0 (2009: TEUR 53,0) auf die Prüfung des Konzernabschlusses.

59. Sonstiger betrieblicher Erfolg

in EUR 1.000	2010	2009
		(28.11.–31.12.)
Erträge aus der Weiterverrechnung von Personalaufwand und Sachaufwand an KF	13.408,8	1.028,9
Sonstige Dienstleistungen	1.628,1	153,8
Sonstige betriebliche Erträge	0,0	13,3
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-3.222,7	-111,5
Aufwände aus Forderungsverzicht	0,0	-1.000.000,0
Erträge aus Besserungsschein	0,0	1.000.000,0
Insgesamt	11.814,2	1.084,6

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit verbundenen Auflagen muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Der Aufwand des Eigenbeitrags, enthalten im „Sonsti-

gen betrieblichen Aufwand“, beträgt rückwirkend für das Geschäftsjahr 2010 TEUR 3.156,1 (2009: TEUR: 0,0). Dieser Aufwand wird dazu führen, dass im Einzelabschluss nach UGB/BWG das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) EUR 0,0 sein wird (siehe auch Punkt 51).

60. Ertragsteuern

in EUR 1.000	2010	2009
		(28.11.–31.12.)
Laufender Steueraufwand	1.946,1	131,6
Latenter Steueraufwand	5.095,7	171,1
Insgesamt	7.041,7	302,6

Die tatsächlichen Steuern errechneten sich auf Grundlage der steuerlichen Ergebnisse des Geschäftsjahres mit dem von den jeweiligen Konzernunternehmen anzuwendenden lokalen Steuersatz (alle Konzernunternehmen unterliegen wie im Vorjahr der österreichischen Körperschaftssteuer

von 25 %). Der latente Steueraufwand enthält keine Beträge, die auf eine Änderung von Steuersätzen oder neuen Steuern beruhen würden. Die folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen den rechnerischen und den ausgewiesenen Ertragsteuern dar:

in EUR 1.000	2010	2009
		(28.11.–31.12.)
Jahresüberschuss vor Steuern	31.709,2	3.219,0
Rechnerischer Ertragsteueraufwand/-ertrag im Geschäftsjahr zum inländischen Ertragsteuersatz (25 %)	7.927,3	804,8
Steuerminderung aufgrund von steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-225,1	-11,8
Steuerminderung aufgrund sonstiger steuerbefreiter Erträge	-826,6	-500,1
Steuermehrung aufgrund nicht abzugsfähiger Aufwendungen	163,4	44,1
Aperiodischer Steueraufwand/-ertrag	0,0	2,1
Sonstige	2,8	-36,5
Insgesamt	7.041,7	302,6

61. Ergebnisverwendung

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit verbundenen Auflagen muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Dieser Aufwand führt dazu, dass im Einzelabschluss nach UGB/BWG das Jahresergebnis nach Steuern (Jahres-

überschuss) und der Jahresgewinn EUR 0,0 ist. Daraus folgt, dass keine Dividendenzahlungen für den Zeitraum 2010 sowie für weitere Jahre während der Gültigkeit dieser Vereinbarung, i. e. bis zum Closing der mittelfristig angestrebten Privatisierung, erfolgen werden. Aus gleichem Grund wird auch das Partizipationskapital nicht bedient werden.

SONSTIGE ANGABEN

62. Darstellung der Umsätze nach Regionen

Die Geschäftsaktivitäten der KA werden überwiegend im Bereich des kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäfts entfaltet. Es besteht somit nur ein Geschäftssegment, über dessen Ergebnis regelmäßig in Form des IFRS-Konzernabschlusses an den Vorstand sowie den Aufsichtsrat berichtet wird. Die Angaben zum Geschäftssegment gehen direkt aus der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe hervor. Eine Überleitung ist somit nicht erforderlich.

Informationen über geografische Gebiete für das Berichtsjahr und das Vorjahr, gegliedert in Nettozinsertrag und Provisionsertrag, sind in den beiden folgenden Darstellungen ersichtlich.

Darstellung der Umsätze nach Regionen 2010 (siehe auch Tabelle geografische Verteilung Kreditexposure im Punkt 74):

in EUR 1.000	Österreich	Europa	Übrige Welt	Summe
Nettozinsertrag	27.476,3	19.640,7	-2,6	47.114,4
Provisionserträge	12.130,2	1.643,7	0,0	13.773,9

Darstellung der Umsätze nach Regionen vom 28. November bis 31. Dezember 2009 (nach Spaltung):

in EUR 1.000	Österreich	Europa	Übrige Welt	Summe
Nettozinsertrag	2.408,9	2.437,1	-7,7	4.838,4
Provisionserträge	3.496,3	-96,5	0,0	3.399,8

63. Restlaufzeitengliederung

Eine Gliederung der wesentlichen Positionen der Aktiva und Passiva nach Restlaufzeiten zum 31. Dezember 2010 stellt sich wie folgt dar:

Restlaufzeitengliederung zum 31. Dezember 2010:

Vermögenswerte in EUR 1.000	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
Barreserve	163.606,0	0,0	0,0	0,0	0,0	163.606,0
Forderungen an Kreditinstitute	43.253,1	124.794,8	526.964,6	668.571,1	95.146,8	1.458.730,4
Forderungen an Kunden	6.768,8	164.205,4	413.380,6	2.157.913,5	5.402.302,0	8.144.570,4
Vermögenswerte zum Fair Value	0,0	159.169,3	72.672,5	786.884,6	2.297.668,0	3.316.394,4
Vermögenswerte Available-for-Sale	0,0	53.119,0	15.065,5	164.368,3	357.567,0	590.119,8
Vermögenswerte Held-to-Maturity	0,0	8.447,7	14.836,4	332.485,2	141.414,4	497.183,7
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	1.468,4	1.468,4
Sonstige Vermögenswerte	0,0	4.998,4	0,0	1.047.506,0	5.219,9	1.057.724,3

Verbindlichkeiten in EUR 1.000	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.393,1	408.035,2	167.215,6	214.678,8	295.727,8	1.090.050,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	503,6	771.312,4	365.892,1	81.143,8	361.717,5	1.580.569,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	1.383.158,1	519.124,3	6.781.732,9	3.096.255,0	11.780.270,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	2.625,6	1.469,3	1.812,8	77.252,5	83.160,1
Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	8.680,8	8.680,8
Sonstige Verbindlichkeiten	0,0	7.209,5	0,0	0,0	11.754,2	18.963,6

Restlaufzeitengliederung zum 31. Dezember 2009:

Vermögenswerte in EUR 1.000	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
Barreserve	2.699,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2.699,0
Forderungen an Kreditinstitute	23.321,3	2.949.320,1	463.953,8	817.993,1	98.267,6	4.352.855,8
Forderungen an Kunden	10.911,4	120.383,0	358.770,2	1.976.185,1	5.202.623,3	7.668.873,1
Nicht derivative Handelsaktiva	0,0	481,6	0,0	20.415,6	0,0	20.897,3
Vermögenswerte zum Fair Value	3.272,5	63.957,6	76.537,7	907.595,1	2.291.081,4	3.342.444,3
Vermögenswerte Available-for-Sale	0,0	13.542,5	9.976,7	161.311,2	423.278,6	608.109,1
Vermögenswerte Held-to-Maturity	0,0	9.793,7	19.027,3	287.003,3	170.412,2	486.236,5
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	1.211,1	1.211,1
Sonstige Vermögenswerte	0,0	10.831,5	0,0	1.003.702,8	1.183,1	1.015.717,3

Verbindlichkeiten in EUR 1.000	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.105,8	1.411.443,6	444.782,4	146.722,8	284.607,1	2.307.661,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17.040,2	546.910,4	34.391,6	80.433,3	367.308,0	1.046.083,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	931.831,4	1.151.093,1	6.945.220,9	4.255.912,4	13.284.057,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	2.699,0	0,0	4.581,5	94.056,8	101.337,3
Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	7.339,6	7.339,6
Sonstige Verbindlichkeiten	0,0	63.830,4	0,0	0,0	7.895,5	71.725,9

Restlaufzeit ist der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglicher Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit, wobei bei Teilbeträgen die Restlaufzeit für jeden Teilbetrag angesetzt wird. Zinsabgrenzungen werden der Frist „Bis 3 Monate“ zugerechnet.

Die Sonstigen Vermögenswerte enthalten den Besserungsschein, welcher aufgrund der Put-Vereinbarung (siehe Punkt 22) im Segment „1 bis 5“ Jahre dargestellt wird.

Details zum Liquiditätsrisikomanagement werden im Punkt 74 Risikomanagement dargestellt.

64. Klassen von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Marktwerte der von der KA definierten Klassen von Finanzinstrumenten und finanziellen Verbindlichkeiten mit der Überleitung zu den einzelnen Bilanzpositionen:

31.12.2010 in EUR Mio.	Klassen: Barreserve	Trading	Designated at Fair Value	Held-to- Maturity	Forderungen an Kreditinstitute
Barreserve	163,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	1.458,7
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsaktiva	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenswerte zum Fair Value	0,0	0,0	3.316,4	0,0	0,0
Vermögenswerte Available-for-Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenswerte Held-to-Maturity	0,0	0,0	0,0	497,2	0,0
Derivate	0,0	238,2	0,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	27,2	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Derivate	0,0	643,7	0,0	0,0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Werte für das Vorjahr stellen sich wie folgt dar:

31.12.2009 in EUR Mio.	Klassen: Barreserve	Trading	Designated at Fair Value	Held-to- Maturity	Forderungen an Kreditinstitute
Barreserve	2,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	4.352,9
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0
Handelsaktiva	0,0	20,9	0,0	0,0	0,0
Vermögenswerte zum Fair Value	0,0	0,0	3.342,4	0,0	0,0
Vermögenswerte Available-for-Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenswerte Held-to-Maturity	0,0	0,0	0,0	486,2	0,0
Derivate	0,0	150,3	0,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	27,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Derivate	0,0	535,1	0,0	0,0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0	4,5	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Forderungen an Kunden	Available-for-Sale	Fortgeführte	Anschaffungs-kosten Verb.	Derivate als Sicherungs-instrumente designiert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
0,0	0,0		0,0	0,0	163,6	163,6
0,0	0,0		0,0	0,0	1.458,7	1.448,6
8.144,6	0,0		0,0	0,0	8.144,6	8.084,7
0,0	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0		0,0	0,0	3.316,4	3.316,4
0,0	590,1		0,0	0,0	590,1	590,1
0,0	0,0		0,0	0,0	497,2	455,2
0,0	0,0		0,0	744,7	982,9	982,9
0,0	0,0		1.062,9	0,0	1.090,1	1.026,8
0,0	0,0		1.580,6	0,0	1.580,6	1.427,9
0,0	0,0		0,0	643,6	1.287,4	1.287,4
0,0	0,0		11.780,3	0,0	11.780,3	11.309,0
0,0	0,0		83,2	0,0	83,2	52,9

Forderungen an Kunden	Available-for-Sale	Fortgeführte	Anschaffungs-kosten Verb.	Derivate als Sicherungs-instrumente designiert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
0,0	0,0		0,0	0,0	2,7	2,7
0,0	0,0		0,0	0,0	4.352,9	4.340,2
7.668,9	0,0		0,0	0,0	7.668,9	7.579,0
0,0	0,0		0,0	0,0	20,9	20,9
0,0	0,0		0,0	0,0	3.342,4	3.342,4
0,0	608,1		0,0	0,0	608,1	608,1
0,0	0,0		0,0	0,0	486,2	466,7
0,0	0,0		0,0	578,0	728,4	728,4
0,0	0,0		2.280,7	0,0	2.307,7	2.258,7
0,0	0,0		1.046,1	0,0	1.046,1	876,1
0,0	0,0		0,0	508,0	1.043,1	1.043,1
0,0	0,0		13.279,5	0,0	13.284,0	12.876,7
0,0	0,0		101,3	0,0	101,3	50,4

Bei der Ermittlung der Fair Values von nicht zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten werden laufzeit-, bonitäts- und instrumentspezifische Bewertungsparameter verwendet. Bei der Ermittlung von Marktwerten von Verbindlichkeiten kommen die Refinanzierungskosten der KA zum Bilanzstichtag mittels laufzeit- und instrumentspezifischer Aufschläge zur Anwendung. Aufgrund des Bestands an Emissionen mit sehr geringen Refinanzierungskosten aus der Zeit vor der Finanzkrise 2008 ergeben sich dadurch bei den verbrieften Verbindlichkeiten im Vergleich zu den Bilanzwerten stille Reserven. Es wird erwartet, dass sich diese Abweichungen in den Folgejahren aufgrund des Ablaufs und Neuabschlusses von verbrieften Verbindlichkeiten reduzieren.

Maximales Ausfallsrisiko

Das maximale Ausfallsrisiko pro Klasse von Finanzinstrumenten entspricht den in der Tabelle dargestellten Buchwerten. Das maximale Ausfallsrisiko von Finanzgarantien bzw. unwiderruflichen Kreditzusagen entspricht dem Nominale in Höhe von TEUR 163.653,6 (31.12.2009: TEUR 207.589,7) bzw. TEUR 491.776,0 (31.12.2009: 482.805,9).

Werthaltigkeit nach Klassen

Die Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, kann entsprechend der unter Punkt 8 erläuterten Risikostruktur wie folgt eingeteilt werden:

31.12.2010 in EUR Mio.	Risikostatus	
	Kein erhöhtes Kreditrisiko	Leicht erhöhtes Kreditrisiko
Barreserve	2,7	0,0
Trading	171,2	0,0
Designated at Fair Value	3.327,1	1,7
Held-to-Maturity	387,4	98,8
Forderungen an Kreditinstitute	4.259,1	93,8
Forderungen an Kunden	7.511,6	157,1
Available-for-Sale	571,0	37,2
Fortgeführte Anschaffungskosten Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Derivate als Sicherungsinstrumente designiert	578,0	0,0

65. Buchwert nach IAS-39-Bewertungskategorien

Die Buchwerte aller finanziellen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der KA zum 31. Dezember 2010 gemäß IAS-Bewertungskategorien stellen sich wie folgt dar:

in EUR Mio.	31.12.2010	31.12.2009
Vermögensgegenstände		
Loans and Receivables	9.766,9	12.024,4
Fair-Value designiert	3.316,4	3.342,4
Trading	982,9	749,3
Available-for-Sale	590,1	608,1
Held-to-Maturity	497,2	486,2
Verbindlichkeiten		
Fortgeführte Anschaffungskosten	14.506,9	16.707,6
Trading	1.287,4	1.043,1
Fair-Value designiert	27,2	31,5

66. Nachrangige Vermögensgegenstände

In den Bilanzaktiva sind zum 31. Dezember 2010 keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

67. Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Für Globaldarlehen und sonstige Refinanzierungsmittel der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg, hat die KA Forderungen in Höhe von TEUR 88.603,5 (31.12.2009: TEUR 87.794,5) und Wertpapiere im Nominale von TEUR 442.650,2 (31.12.2009: TEUR 336.780,7) als Sicherheit übertragen. Der Sicherungsnehmer hat nur im Falle des Ausfalls des Schuldners das Recht, die Sicherheiten zu verwerten.

Für zum 31. Dezember 2010 begebene fundierte Emissionen der KA im Nominale von EUR 7.192.462.974,5 (31.12.2009: EUR 7.269.638.419,1) wurden Darlehen im Nominale von EUR 7.322.842.941,8 (31.12.2009: EUR

7.109.889.421,7) und Wertpapiere im Nominale von EUR 1.940.281.057,5 (31.12.2009: EUR 2.076.332.954,5) einem Deckungsfonds zugeführt, über welchen nur unter Zustimmung eines Regierungskommissärs verfügt werden kann.

Für negative Marktwerte von Derivaten waren zum 31. Dezember 2010 Barmittel in Höhe von TEUR 471.517,7 (31.12.2009: TEUR 434.800,0) als Sicherheiten hinterlegt.

Für einen EZB-Tender waren zum Stichtag 31. Dezember 2010 TEUR 131.392,7 an Darlehen sowie Wertpapiere mit Nominalwerten in Höhe von TEUR 432.104,0 als Sicherheiten hinterlegt.

68. Eventualverbindlichkeiten

An Eventualverbindlichkeiten bestehen Bürgschaften und Haftungen aus Kreditgeschäft im Nominale von

TEUR 163.653,6 (31.12.2009: TEUR 207.589,7). Die Restlaufzeiten stellen sich wie folgt dar:

Restlaufzeit in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Bis 1 Jahr	0,0	24.797,0
1 bis 5 Jahre	25.058,5	23.318,6
Über 5 Jahre	138.595,1	159.474,1
Insgesamt	163.653,6	207.589,7

Ein zukünftiger Mittelabfluss aus den Eventualverbindlichkeiten wird als unwahrscheinlich erachtet.

69. Andere außerbilanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2010 bestehen zugesagte Kreditrahmen und Promessen mit einem Nominale von TEUR 420.538,2

(31.12.2009: TEUR 482.805,9). Die Restlaufzeiten stellen sich wie folgt dar:

Restlaufzeit in EUR 1.000	31.12.2010	31.12.2009
Bis 1 Jahr	5.800,0	28.765,6
1 bis 5 Jahre	20.840,7	10.769,7
Über 5 Jahre	393.897,5	443.270,6
Insgesamt	420.538,2	482.805,9

70. Derivative Finanzgeschäfte

Die Strukturdarstellung offener derivativer Finanzgeschäfte stellt sich wie folgt dar:

in EUR 1.000	Nominalbetrag per 31.12.2010			Nominalbetrag Summe 2010	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte	2.581.542,5	7.074.703,3	9.376.465,7	19.032.711,6	844.292,3	- 1.181.990,6
OTC-Produkte						
Zinsswaps – Trading*	762.844,2	2.122.225,9	3.015.132,5	5.900.202,6	171.236,2	- 623.515,4
Zinsswaps – Fair-Value-Hedge	1.818.698,3	4.952.477,5	6.361.333,2	13.132.509,0	673.056,1	- 558.475,2
Währungsbezogene Geschäfte	2.638.123,7	270.975,3	275.287,9	3.184.386,9	135.029,3	- 105.261,4
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte	2.610.196,7	0,0	0,0	2.610.196,7	63.236,7	- 9.002,5
Währungsswaps – Trading*	0,0	49.584,1	2.669,1	52.253,3	167,7	- 11.114,3
Währungsswaps – Fair-Value-Hedge	27.927,0	221.391,1	272.618,8	521.937,0	71.624,9	- 85.144,6
Sonstige Geschäfte	0,0	40.000,0	0,0	40.000,0	3.572,2	- 116,5
OTC-Produkte Optionen*	0,0	40.000,0	0,0	40.000,0	3.572,2	- 116,5
Insgesamt	5.219.666,2	7.385.678,6	9.651.753,6	22.257.098,4	982.893,8	- 1.287.368,5

*Die Handelsderivate befinden sich in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen außerhalb der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen im Rahmen des IAS 39.

*Für diese Optionen besteht Trennungspflicht gemäß IAS 39.11

Weiters existieren eingebettete Optionen. Dies betrifft in Darlehen bzw. Eigenemissionen eingebettete Instrumente mit Marktwerten in Höhe von TEUR 145.793,0 sowie in Zins- bzw. Währungsswaps eingebettete Instrumente. Da die Optionen eng mit den jeweiligen Basisverträgen verbunden sind, erfolgt die Bilanzierung und Bewertung gemeinsam mit dem jeweiligen Grundgeschäft. Sämtliche eingebettete Optionen befinden sich in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen.

Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten in Höhe von TEUR 323.158,4 werden innerhalb eines Jahres fällig, TEUR 282.707,8 in ein bis fünf Jahren und TEUR 377.027,6 in über fünf Jahren. Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten in Höhe von TEUR 193.624,1 werden innerhalb eines Jahres fällig, TEUR 184.058,4 in ein bis fünf Jahren und TEUR 909.686,0 in über fünf Jahren.

Die Vergleichszahlen der Strukturdarstellung offener derivativer Finanzgeschäfte zum 31. Dezember 2009 stellen sich wie folgt dar:

in EUR 1.000	Nominalbetrag per 31.12.2009			Nominalbetrag Summe 2009	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte	1.158.411,3	7.534.956,2	10.674.024,4	19.367.392,0	694.771,5	-993.640,6
OTC-Produkte						
Zinsswaps – Trading	141.825,9	1.316.884,6	4.068.842,5	5.527.553,0	145.410,1	-523.000,5
Zinsswaps – Fair-Value-Hedge	1.016.585,5	6.218.071,6	6.605.181,9	13.839.839,0	549.361,3	-470.640,1
Währungsbezogene Geschäfte	225.084,0	268.009,2	328.995,7	822.088,8	33.583,7	-49.425,4
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte	27.457,1	0,0	0,0	27.457,1	725,3	-24,9
Währungsswaps – Trading	197.626,9	66.704,0	2.209,0	266.539,9	4.190,0	-12.076,5
Währungsswaps – Fair-Value-Hedge	0,0	201.305,1	326.786,7	528.091,8	28.668,4	-37.324,0
Insgesamt	1.383.495,3	7.802.965,4	11.003.020,1	20.189.480,8	728.355,2	-1.043.066,0

71. Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva

Fremdwährungen sind Währungen außerhalb des Euro-Raumes. Die grundsätzliche Risikostrategie der KA im Be-

reich des FX-Risikos besteht darin, keine wesentlichen offenen FX-Positionen einzugehen.

in EUR 1.000	31.12.2010		31.12.2009	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
CHF	2.404.834,7	2.404.988,4	3.115.409,1	3.115.569,5
JPY	1.307.575,9	1.307.770,1	1.150.495,2	1.150.484,9
USD	1.226.082,3	1.226.074,7	566.809,1	566.710,8
CZK	133.319,6	133.302,0	132.467,3	132.435,5
GBP	123.946,4	123.838,8	117.048,9	116.950,5
PLN	100.468,6	100.456,2	123.807,7	123.817,4
Übrige	89.814,0	89.866,2	75.283,3	75.304,1
Summe Fremdwährungen	5.386.041,5	5.386.296,3	5.281.320,6	5.281.272,7

72. Handelsbuch nach österreichischem BWG

Zum 31. Dezember 2010 waren Derivate mit Nominalwerten bzw. beizulegenden Zeitwerten in Höhe von TEUR 178.562,4 (31.12.2009: 233.727,0) bzw. TEUR 33,9 (31.12.2009:

TEUR 539,7) und Wertpapiere in Höhe von TEUR 0,0 (31.12.2009: TEUR 20.897,3) dem Handelsbuch gemäß § 64 Abs. 1 Z 13 und Z 10 BWG iVm § 59a BWG gewidmet.

73. Angaben zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (Fair-Value-Hierarchie)

Allgemein können die Methoden für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes in folgende drei Kategorien eingeteilt werden:

Level 1: Es existieren Preise auf einem aktiven Markt für idente Finanzinstrumente. In dieser Kategorie werden in der KA Bid-Quotes bzw. für Verbindlichkeiten Ask-Quotes aus Bloomberg oder Reuters herangezogen.

Level 2: Die Inputfaktoren für die Bewertung lassen sich am Markt beobachten. In diese Kategorie fallen folgende Preisbestimmungsmethoden:

- Preisbestimmung aufgrund Benchmark-Anleihen (ähnliche Papiere)
- Preisbestimmung aufgrund vom Markt abgeleiteter Spreads (Benchmark-Spreads)

Level 3: Die Inputfaktoren lassen sich nicht am Markt beobachten. Darunter fallen vor allem Preise, die vorwiegend auf Expertenschätzungen beruhen. Diese Kategorie kommt

in der KA bei keinem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrument zum Ansatz.

Migrationen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten gab es im Berichtsjahr 2010 zwischen folgenden Levels:

- Level 2 → Level 1:
Wertpapiere mit Buchwerten in Höhe von TEUR 3.420,6, für die wieder Marktliquidität aufgenommen wurde und wieder hinreichend Bloomberg-Quotes vorhanden sind.
- Level 1 → Level 2:
Wertpapiere mit Buchwerten in Höhe von TEUR 14.287,9, für die sich die Marktliquidität deutlich verringert hat und andere Bewertungsmethoden herangezogen werden mussten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente und finanziellen Verbindlichkeiten.

LEVEL in EUR 1.000	Available-for-Sale	Fair Value	Derivate mit positivem Marktwert	Derivate mit negativem Marktwert	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
Level 1	586.604,2	478.875,4	0,0	0,0	0,0
Level 2	3.515,6	2.837.519,0	982.893,8	- 1.287.368,5	27.158,9
Insgesamt	590.119,8	3.316.394,4	982.893,8	- 1.287.368,5	27.158,9

74. Risikomanagement

RISIKOMANAGEMENT FÜR EINZELNE RISIKOARTEN

Strategien und Verfahren für das Risikomanagement

Die Grundlage für ein effizientes Risikomanagement ist die vollständige Identifizierung der Risikotreiber des Geschäftsmodells einer Bank. Die KA bedient sich dabei methodisch der Instrumente Risk Assessments und Risikolandkarte. Im Rahmen der Risk Assessments erfolgt in einem strukturierten analytischen Prozess die Identifizierung der Hauptrisikokarten der Bank. Auf Basis der Assessment-Ergebnisse wird eine Risikolandkarte für die Gesamtbank erstellt, die als wesentliche Inhalte eine Risikodefinition je Risikoart enthält und die einzelnen Risiken hinsichtlich Bedeutung, Risikotransparenz, Steuerungsfrequenz und Limitierung bewertet. Ziel der Risikolandkarte ist die Herstellung eines einheitlichen begrifflichen Risiko-

verständnisses, einer einheitlichen Sicht der Risikopriorität, die Überprüfung der Vollständigkeit der Erfassung und die Identifizierung von potenziellen Steuerungslücken. Dabei handelt es sich um solche Risikoarten, die als hoch relevant eingestuft werden, aber eine geringere Risikotransparenz und Steuerungsfrequenz aufweisen und die als Ergebnis die höchste Priorität hinsichtlich Weiterentwicklungsnotwendigkeiten erhalten. Diese Analyse wird jährlich durchgeführt.

Für die Hauptrisikokarten (insbesondere Liquiditätsrisiko, Kreditausfallsrisiko, Credit-Spread-Änderungsrisiko, Zinsänderungsrisiko) wird nach bankbetriebswirtschaftlich anerkannten internen Verfahren das dafür benötigte ökonomische Kapital berechnet. Zusätzlich ist für nicht hinreichend quantifizierbare Risiken (insbesondere operationel-

les Risiko, Reputationsrisiko, Rechtsrisiken) und zur Deckung potenzieller Modellunschärfen ein Risikopuffer vorgesehen.

Im Rahmen der Risikostrategie gibt der Vorstand die Grundsätze für die angemessene Steuerung und Limitierung der einzelnen Risikoarten vor und begrenzt das zugewiesene ökonomische Kapital je Risikoart und Geschäftsfeld in Abstimmung mit der Risikotragfähigkeit und der Risikobereitschaft der Bank. Die Höhe der Ausnutzung und die Einhaltung der Risikobudgets auf Gesamtbankebene werden monatlich überwacht. Partnerlimits sowie die operativen Risikolimits für das Handelsbuch und die offene Devisenposition werden täglich überwacht.

Organisatorischer Aufbau der Risikosteuerung und -überwachung

In der KA ist eine vom Markt unabhängige Risikoüberwachungsfunktion eingerichtet, die durch die Organisationseinheiten Controlling und Kreditrisiko in enger Abstimmung wahrgenommen wird. Organisatorische Änderungen ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr durch die Neuordnung des operationalen Risikos und der Problemerkreditbearbeitung zum Bereich Kreditrisiko.

Das Kreditkomitee ist das zentrale Element des Kreditgenehmigungsprozesses und des laufenden qualitativen Portfolioreviewprozesses. Darüber hinaus werden im Kreditkomitee regelmäßig Partner mit erhöhtem Kreditrisiko, Problemkredite und Ausfallspartner behandelt sowie diesbezügliche Maßnahmen beschlossen.

Zusätzlich zum wöchentlichen Kreditkomitee ist ein wöchentliches Asset-Liability-Committee (ALCO) eingerichtet. Das ALCO findet unter Beteiligung des Treasury-Vorstandes, der Bereiche Treasury, Controlling, Strategie und Recht sowie Vertrieb statt und unterstützt das operative Asset-Liability-Management. Ziel ist die zeitnahe Steuerung des Liquiditäts- und Zinsrisikos sowie die zeitnahe Reaktion auf Eigenkapital-Themen. In den wöchentlichen Sitzungen werden Limits überwacht sowie Maßnahmen zur Steuerung des Zins- und Liquiditätsrisikos behandelt.

Das Risk-Management-Committee (RMC) ist das zentrale Element des übergreifenden Risikosteuerungsprozesses, wo der Vorstand über die Risikosituation der Gesamtbank informiert wird, wichtige risikorelevante Rahmenentscheidungen getroffen sowie relevante Limits festgelegt und Risikobudgets überwacht werden. Im RMC werden alle Risi-

koarten überwacht. Steuerungsentscheidungen werden durch die Markteinheiten Vertrieb und Treasury umgesetzt und die beschlussgemäße Umsetzung durch das Controlling überwacht. Die strategische Steuerung des Kreditrisikos auf Portfolioebene sowie die Überwachung des operationellen Risikos und eventueller Schadensfälle in Form von regelmäßigen Berichten durch den Operational-Risk-Officer erfolgt ebenfalls im Rahmen der RMC-Meetings.

Ziel der Gesamtbanksteuerung ist der risiko- und ertragsoptimierte Einsatz der Kapitalressourcen im Rahmen des Risikoappetits und der Risikotragfähigkeit der Bank.

Strategien, Methoden, Reporting und organisatorische Verantwortung für das Management von Risiken sind im ICAAP-Handbuch, in Risikomanagementhandbüchern je Risikoart und Organisationsrichtlinien schriftlich dokumentiert und allen betroffenen Mitarbeitern/innen über das Intranet auch elektronisch jederzeit in ihrer aktuellen Fassung zugänglich.

Folgende Risiken werden in der KA spezifisch identifiziert:

- Kreditrisiko
 - Ausfalls- und Kontrahentenrisiko
 - Konzentrationsrisiko
 - Länderrisiko
 - Beteiligungsrisko
- Liquiditätsrisiko
 - kurzfristiges Liquiditätsrisiko (operativ)
 - langfristiges Liquiditätsrisiko (strukturell)
- Marktrisiko
 - Zinsänderungsrisiko
 - Wechselkursrisiko
 - Spreadänderungsrisiko
 - Basis-Spread-Risiko
 - Optionspreissrisiko
- Operationelles Risiko
 - Operationelles Risiko
 - Rechtsrisiko
 - Reputationsrisiko
- Sonstige Risiken
 - Eigenkapitalrisiko
 - Strategisches Risiko
 - Ertragsrisiko

Für die Aufnahme neuer Geschäftsfelder, neuer Märkte oder Produkte ist ein formalisiertes und strukturiertes Genehmigungs- und Implementierungsverfahren eingerichtet, das die adäquate Abbildung in Abwicklung, Risikomanagement und Reporting, Buchhaltung, Bilanzierung sowie Meldewesen sicherstellt.

Risikopolitische Leitlinien des Risikomanagements

Grundsätze zum Risikoverständnis:

- Ein unternehmensweites Verständnis der risikopolitischen Grundsätze ist die Basis eines einheitlichen Risikobewusstseins und einer einheitlichen Risikokultur innerhalb der KA. Die Geschäftsleitung und alle Mitarbeiter/innen der KA sind daher verpflichtet, die risikopolitischen Grundsätze und die definierte Risikostrategie einzuhalten und ihre Entscheidungen gemäß den vorgegebenen Leitlinien zu treffen.
- Die KA übernimmt nur Risiken in solchen Geschäftsfeldern und Märkten, für die eine entsprechende Expertise existiert. Die Aufnahme einer Geschäftstätigkeit in neuen Geschäftsfeldern oder der Vertrieb neuer Produkte geht mit der Analyse der damit verbundenen Risiken und der Eignung der vorhandenen Methoden, Instrumente und Prozesse zum Management der Risiken einher. Hierfür ist ein Produktgenehmigungsprozess innerhalb der KA implementiert.
- Grundsätzlich sollte jedes Geschäft, durch das die KA bewusst Risiken übernimmt, im Rahmen der Betrachtung der gesamten Geschäftsbeziehung mit dem Kunden einen dem Risiko entsprechenden Deckungsbeitrag erwirtschaften. Die KA konzentriert sich bei ihrer Risikosteuerung vorrangig auf die Abdeckung unerwarteter Verluste, während erwartete Verluste über Margen in den Geschäften abgedeckt werden.

Grundsätze zum Risikomanagement:

- In der KA erfolgt eine der Ertragskraft und Eigenkapitalausstattung angemessene Begrenzung der Risiken.
- Das fachliche Know-how der Mitarbeiter/innen und die Systemausstattung müssen der Komplexität des Geschäftsmodells entsprechen und zusammen mit den Kerngeschäftsfeldern entwickelt werden.
- Im Hinblick auf die Organisationsstruktur muss eine klare Trennung zwischen einerseits Risikoübernahme und andererseits Risikoberechnung bzw. Risikomanagement erfolgen. Durch eine eindeutige Trennung der Aufgabenbereiche werden Interessenkonflikte der Mitarbeiter/innen vermieden.

- Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil des Geschäftsablaufes und stützt sich dabei – wenn ökonomisch sinnvoll – auf fortgeschrittene Methoden zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Zumindest für Kredit- und Marktrisiken erfolgt dies auf ökonomischer Basis (Value-at-Risk-Sichtweise).
- Alle messbaren Risiken sind einer Limitstruktur zu unterwerfen, wobei die Einhaltung der Limite regelmäßig überwacht werden muss. Die Limitvergabe und die Limitüberwachung folgen transparenten und einheitlichen Grundsätzen. Insbesondere für den Fall von Limitüberschreitungen besteht ein Eskalationsprozess. Für identifizierte, aber nicht oder nicht ausreichend messbare Risiken wird ein Kapitalpuffer vorgehalten.
- Die Value-at-Risk-Berechnungen müssen durch Rückvergleiche („Backtesting“) und/oder Modelltests validiert werden.
- Die Ergebnisse der Risikomessung sind regelmäßigen Stresstests zu unterziehen und in der Ermittlung der Risikotragfähigkeit des Kreditinstituts zu berücksichtigen. Die Ergebnisse der Stresstests sind, wo möglich, einem Limit gegenüberzustellen.
- Ein Bestandteil des Risikomanagements der KA ist ein umfassendes, regelmäßiges und standardisiertes Risiko-reporting, das mindestens monatlich über die Risikolage der KA und situationsabhängig in Form von Ad-hoc-Reports berichtet.
- Integrierte IT-Infrastruktur und integrierte Datenbasis: Die Schaffung und Erhaltung einer integrierten IT-Infrastruktur als Grundlage und Voraussetzung zur systematischen Reduktion von Risiken aus Schnittstellen und Dateninkonsistenzen und als Basis für effiziente Reporting- und Datenverarbeitungsprozesse ist eine wesentliche risikopolitische und organisatorische Zielsetzung.

SICHERSTELLUNG EINER ADÄQUATEN MINDESTEIGEN-KAPITALAUSSTATTUNG

ICAAP-Ansätze zur Bewertung der Eigenkapitalausstattung

Der ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ist ein Kernelement der Säule 2 des Basler Akkords und umfasst alle Verfahren und Maßnahmen einer Bank zur Sicherstellung einer angemessenen Identifizierung, Messung und Begrenzung der Risiken, einer dem Risikoprofil des Geschäftsmodells angemessenen Kapitalausstattung sowie der Anwendung und laufenden Weiterentwicklung geeigneter Risikomanagementsysteme.

Zur quantitativen Beurteilung einer angemessenen Kapitalausstattung bedient sich die KA methodisch der sogenannten Risikotragfähigkeitsanalyse. Es werden dabei abhängig vom Absicherungsziel drei Steuerungskreise unterschieden:

- Regulatorische Sicht (Regulatorischer Steuerungskreis)

Absicherungsziel: Sicherstellung der Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen

Der regulatorischer Kapitalbedarf (RWA) wird der regulatorischen Risikodeckungsmasse (gesamte Eigenmittel) gegenübergestellt.

- Liquidationssicht (Ökonomischer Steuerungskreis)

Absicherungsziel: Im Vordergrund steht der Gläubigerschutz und somit die Sicherstellung einer Kapitalausstattung, die für den Liquidationsfall gewährleistet, dass alle Fremdkapitalgeber mit einer definierten Wahrscheinlichkeit bedient werden können.

Der ökonomische Kapitalbedarf (interne Risikomessung) wird den um die stillen Lasten und Reserven adaptierten Eigenmitteln gegenübergestellt.

- Going-Concern-Sicht (Going-Concern-Steuerungskreis)

Absicherungsziel: Der Fortbestand der Bank soll mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit bei Eintritt der Risiken ohne zusätzliches Eigenkapital sichergestellt werden. Der definierte Absicherungszustand der KA in der Going-Concern-Betrachtung ist derzeit eine Mindest-T1-Ratio von 10 %, um einerseits einen Eigenmittelpuffer für weiteres Wachstum und andererseits die Eigenmittelanforderungen für einen entsprechenden Kapitalmarktauftritt abzusichern.

Alle GuV-wirksamen Risiken müssen jedenfalls durch das Plan-Jahresergebnis und das „freie T1“ gedeckt sein. Das freie T1 ist jenes T1, das über das notwendige Kapital zur Sicherstellung einer T1-Ratio von 10 % zur Verfügung steht. Dabei werden bei der aus Plan-Jahresgewinn und freiem T1 bestehenden Risikodeckungsmasse unter Berücksichtigung der Realisierbarkeit und Außenwirkung zwischen primärem, sekundärem und tertiärem Deckungspotenzial unterschieden und entsprechende Frühwarnstufen eingerichtet.

Zur Deckung von sonstigen, nicht quantifizierten Risiken sowie von Modellunschärfen ist ein entsprechender konservativer Risikopuffer vorgesehen.

KREDITRISIKOMANAGEMENT

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KA unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallrisiko, Konzentrationsrisiko, Länderrisiko und Beteiligungsrisiko.

Bei der Besicherung des Kreditengagements spielen persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) eine wichtige Rolle. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Bei Vorliegen von persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren dagegen das bestehende Exposure.

Auf Basis des bestehenden Basel-II-Standardansatzes für alle Forderungsklassen kommen in der KA vorrangig externe Ratings zur Anwendung. Sollten diese nicht zur Verfügung stehen, werden Ratings aus internen Ratingmodellen ermittelt.

Jedem aktiven Kunden ist somit ein externes oder internes Rating zugeordnet, das mindestens einmal jährlich aktualisiert wird. Damit können die Aktiva und die außerbilanziellen Geschäfte vollständig nach Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten sind in einer internen Ratingskala (Masterskala) in Kategorien zusammengefasst, denen externe Ratings zugeordnet werden können. Um eine einheitliche Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten zu gewährleisten, müssen alle internen und externen Ratingverfahren bzw. Ratings auf die Masterskala abgestimmt werden. Die Leistungsfähigkeit und Trennschärfe der Ratingverfahren und ihre Prognosefähigkeit hinsichtlich Zahlungsausfällen werden regelmäßig überprüft und nötigenfalls angepasst.

Unerwarteter Verlust

Die Portfoliobetrachtung ist grundlegend für die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallsrisikos. Die KA berechnet monatlich einen Kredit-VaR. Das verwendete Portfolio-Modell basiert auf CreditRisk+. Für die Berechnung des Kredit-VaR (Haltedauer 1 Jahr, Konfidenzintervall 99,95 %) werden ratingabhängige einjährige Ausfallswahrscheinlichkeiten (PD) sowie regional- und branchenspezifische Verlustquoten (LGD) verwendet. Diese Parameter wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr einem Überprüfungsprozess unterzogen und aktualisiert. Die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallsrisikos für Kreditrisiken erfolgt nach Berechnungsverfahren, die gängigen bankbetriebswirtschaftlichen Standards entsprechen.

Der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt in der Liquidationssicht per 31. Dezember 2010 EUR 87,1 Mio. (statistisches Ereignis einmal in zweitausend Jahren), der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt in der Going-Concern-Sicht per 31. Dezember 2010 EUR 23,0 Mio. (statistisches Ereignis einmal in zwanzig Jahren).

Das verwendete Modell beruht auf statistischen Methoden und Annahmen. Es repliziert und erklärt im Wesentlichen alle relevanten Entwicklungen der Vergangenheit. Eine wichtige Annahme dabei ist, dass aus der Vergangenheit statistisch fundierte Schlussfolgerungen auch für zukünftige Entwicklungen zutreffen. Die im Jahre 2008 beobachtete fundamentale Systemkrise der weltweiten Finanzmärkte ist in der verfügbaren Historie bei den von Banken verwendeten Modellen nicht enthalten. Bei der Beurteilung des unerwarteten Ausfallsrisikos wird diesem Umstand Rechnung getragen und die Modellberechnungen werden durch anlassbezogene Zusatzanalysen und regelmäßig durchgeführte Stresstests erweitert. Diese stehen als zusätzliche Entscheidungsgrundlage dem Management zur Verfügung.

Ratingverteilung

Die Aufstellung der Kreditexposures nach Rating zeigt, dass das Exposure in den oberen Ratingkategorien konzentriert ist. 72 % des Exposures sind AAA/AA-geratet, 96 % sind investment-grade. Das Portfolio der KA hat eine hohe Kreditqualität; das kapitalgewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist AA3 (nach Moody's-Ratingskala).

Kreditexposureverteilung nach Rating

31.12.2010 in EUR 1.000 bzw. %	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
AAA	3.368.848	22,8 %	106.258	0	3.247.440
AA	7.223.154	48,9 %	867.407	1.920	5.979.516
A	2.131.293	14,4 %	732.643	30.594	1.038.252
BBB	1.474.485	10,0 %	267.765	114.036	1.063.750
BB	528.078	3,6 %	239.083	23.731	261.843
B	44.065	0,3 %	0	0	44.065
CCC	0	0,0 %	0	0	0
D	75	0,0 %	0	0	75
nicht geratet	0	0,0 %	0	0	0
Summe	14.769.998	100,0 %	2.213.156	170.281	11.634.940

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden bei der Kreditvergabe und im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird dabei nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-„Gruppe verbundener Kunden“, Rating, Sektoren).

Zusätzlich erfolgt die Feststellung von Risikokonzentrationen einzelner Teilportfolien durch den Bereich Kreditrisiko, welcher im Zuge von Portfolioanalysen etwaige Handlungen vorschlägt. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuel-

len und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung wird ein Review in unterschiedlichen Intervallen durchgeführt, jedoch zumindest jährlich. Anlassbezogen kann ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen angestoßen werden.

Das Exposure der Top-20-„Gruppe verbundener Kunden“ umfasst 54,1 % des Gesamtexposures. Die hohe Assetkonzentration im Segment der öffentlichen Hand, und hier wiederum vorwiegend in Österreich, resultiert aus dem von der KA alt abgespaltenen strategischen Geschäft. Das daraus resultierende Risiko wird aufgrund der sehr niedrigen Ausfallserwartung als gering eingeschätzt. Daher wurden Limitierungen von Konzentrationsrisiken nur in Form von Länderlimiten eingeräumt.

Kreditexposureverteilung nach Region

31.12.2010 in EUR 1.000 bzw. %	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
Österreich	8.567.569	58,0 %	534.995	109.957	7.630.615
EU-17	3.069.047	20,8 %	853.449	11.359	1.755.617
davon Staaten mit EU-Unterstützungsmaßnahmen	231.863	1,6 %	225.436	0	6.427
EU-Rest	1.054.021	7,1 %	794.533	48.965	210.522
Nicht-EU-Europa	1.744.992	11,8 %	30.179	0	1.709.613
Sonstige	334.369	2,3 %	0	0	328.573
Summe	14.769.998	100,0 %	2.213.156	170.281	11.634.940

KREDITRISIKOVORSORGE

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsupdates oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertminderungen für Kreditausfälle obliegt dem Risikomanagement unter Genehmigung des Vorstands. Das Obligo an Staaten mit

Ländertransferrisiko

Die KA definiert Länderrisiko als politisches Transferrisiko. Kreditexposures von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KA wird monatlich im RMC berichtet. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilt sich der Großteil des Exposures auf die Euro-Staaten (EU-17 inkl. Österreich 79 %) sowie die restlichen EU-Staaten (7 %). Das Exposure im Segment Nicht-EU-Europa (12 %) entfällt zu 78 % auf die Schweiz.

EU-Unterstützungsmaßnahmen bezieht sich ausschließlich auf Staatsanleihen, welche unter die Maßnahmen der European Financial Stability Facility fallen; es werden daher keine Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Die Bestandteile der gebildeten Wertminderung für Kreditausfälle sind Einzelwertberichtigungen und Wertminderungen nach dem Incurred-Loss-Model nach IFRS für bereits eingetretene, jedoch noch nicht erkennbare Verluste.

in EUR Mio.	31.12.2010
Wertberichtigung für Kreditrisiken	0,1
Portfoliowertberichtigung nach dem Incurred-Loss-Model nach IAS 39	0,0
Summe	0,1

Die KA hat finanzielle Vermögenswerte (Forderungen) mit dem Buchwert in Höhe von EUR 13,6 Mio., von denen zum

Ende der Berichtsperiode ein Teilbetrag von TEUR 605,5 länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert ist.

PARTNER MIT ERHÖHEM KREDITRISIKO

Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken gibt es einen mehrstufigen Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner nunmehr in vier Risikostufen eingeteilt werden:

0 Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen

- 1** Partner, welche ein erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- 2** Partner in Problemkreditbearbeitung mit Ausnahme jener, welche nicht der Risikostufe 3 zugeordnet werden
- 3** Nachhaltiger Schuldnerverzug; Kundeninsolvenz; reine Umstrukturierung

Nominalvolumen je Risikostufe

Risikostufe in EUR Mio.	31.12.2010	31.12.2009
1	415,2	270,4
2	0,0	0,0
3	12,9	12,7

Der Bereich Kreditrisiko aktualisiert laufend die Liste der Partner mit erhöhten Kreditrisiken, welche monatlich im Rahmen der Kreditsitzung präsentiert wird und einer qualitativen Informationsbereitstellung über das risikorelevante Exposure in der KA dient. Abzuleitende Maßnahmen werden im Zuge der Kreditsitzung beschlossen. Darüber hinaus wird quartalsweise ein Report über die Partner mit erhöhtem Kreditrisiko, basierend auf der Liste mit den wesentlichsten Ereignissen der letzten drei Monate, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat weitergeleitet.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko als Teil des Kreditrisikos ist aufgrund der Natur der Beteiligung von untergeordneter Bedeutung; siehe auch Abschnitt „Beteiligungen“ im Lagebericht.

Kontrahentenausfallsrisiken aus Derivaten, Pensions- und Wertpapiergeschäften

Für Derivate gibt es mit allen Partnern Credit-Support-Agreements, verbunden mit Nettingvereinbarungen sowie täglichem Collateralmonitoring.

Pensionsgeschäfte werden in Form von echten Pensionsgeschäften und überwiegend über Plattformen mit täglichem Margining abgewickelt. Sofern bei Pensionsgeschäften als Cashnehmer aus dem Haircut ein Kontrahentenrisiko verbleibt, wird dieses dem Partner zugeordnet und bei der Exposureberechnung im Kreditrisiko berücksichtigt.

Wertpapiergeschäfte werden ausschließlich auf Basis „delivery against payment“ über Euroclear bzw Clearstream abgewickelt.

Aus den beschriebenen Abwicklungsprinzipien ist das Kontrahentenausfallsrisiko aus Derivaten, Pensionsgeschäften und Wertpapiergeschäften nicht materiell.

LIQUIDITÄTSRISIKOMANAGEMENT

Die KA unterscheidet beim Liquiditätsrisiko zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) als der Gefahr, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann, und dem Refinanzierungsrisiko als der Gefahr, zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KA zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsmanagement.

Zentrale Elemente des Liquiditätsrisikomanagements sind

- Analyse der Liquiditätsposition
- Berichtswesen an den Vorstand
- Bestimmung des mittel- und langfristigen Refinanzierungsbedarfs inklusive eines Emissionsplans
- Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells
- Regelmäßige Überprüfung und Festlegung von internen Transferpreisen

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein auf täglicher Basis erstelltes kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Kündigungen bestehender Geschäfte, Auszahlungen aus Neugeschäftsabschlüssen, Repo-Prolongationen sowie der Liquiditätsbedarf aus den Dotierungen von Barsi-

cherheiten (aus CSA-/ISDA-Vereinbarungen) berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus internen und externen Maßnahmen zusätzlich verfügbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen periodisch dargestellt:

31.12.2010 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditätsgap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditätsposition nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	222	647	869
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-616	-37	-653
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	66	-82	-16
Summe	-327	527	200

Im Jahr 2010 konnte die Umstellung auf ein tägliches Management von Barbesicherungen von Derivatverträgen abgeschlossen werden. Dies reduziert das Kreditrisiko und ermöglicht eine raschere Generierung von Liquidität, wenn marktwertbedingte Nachschussverpflichtungen der Counterparts bestehen.

Langfristiges Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (> 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KA eine Analyse der erwarteten Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus den Kapitalein- und -auszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätssteuerung durch den Vorstand.

Organisation und Berichtswesen

Eine Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich verfügbarer Liquidität wird täglich erstellt, täglich an den Treasury-Vorstand und monatlich im RMC auf Gesamtvorstandsebene berichtet. Zusätzlich wird das langfristige Liquiditätsrisiko im monatlichen RMC auf Gesamtvorstandsebene überwacht. Zusätzlich findet ein wöchentlicher Jour Fixe zwischen Vorstand und Treasury zum operativen und strategischen Liquiditätsmanagement statt.

Die KA entwickelt ihr Liquiditätsmanagement laufend weiter. Im abgelaufenen Jahr wurde folgende Weiterentwicklungsschritte gesetzt:

- Abschluss der Weiterentwicklung des Liquiditätsreportings unter Berücksichtigung des neuen Geschäftsmodells der KA, des Informationsbedürfnisses verschiedener Beteiligter sowie der neuen regulatorischen Anforderungen
- Überarbeitung und Ergänzung der Prozessdokumentationen für das Liquiditätsrisikomanagement im „Risikomanagementhandbuch Liquiditätsrisiko“. Das Handbuch beinhaltet wichtige Ergänzungen in der Prozessdokumentation (u. a. schriftlich fixierter Krisenfinanzierungsplan, Limitierung)
- Beschluss der überarbeiteten Liquiditätsrisikostategie und mit neuer Limitstruktur für das kurzfristige (operative) und langfristige (strukturelle) Liquiditätsrisiko
- Implementierung eines überarbeiteten und konkretisierten Liquiditätsnotfallplans

Krisenplan

Der Liquiditätsnotfallplan (Krisenplan) dient einem effizienten Liquiditätsmanagement in einem krisenhaften Marktumfeld. Das Institut verfügt über einen Liquiditätsnotfallplan, der für den Notfall die Verantwortlichkeiten und die Zusammensetzung von Krisengremien, die internen und externen Kommunikationswege sowie ggf. die zu ergreifenden Maßnahmen regelt. In einem Notfall übernimmt ein Krisengremium die Liquiditätssteuerung. Im Einzelfall entscheidet das Krisengremium über die zu treffenden Maßnahmen.

Analyse finanzieller Verbindlichkeiten

In der folgenden Tabelle werden die Fälligkeiten vertraglicher, nicht diskontierter Cashflows finanzieller Verbind-

lichkeiten dargestellt (Nettodarstellung bei Derivaten, positiver Wert ist Auszahlungsüberhang):

31.12.2010 in EUR Mio.	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Derivate als Sicherungsinstrumente designed	Trading
Bis zu einem Monat	1.441,08	11,56	10,49
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	1.589,21	18,75	41,93
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	1.217,96	33,87	73,45
Mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	8.114,83	132,47	270,23
Mehr als fünf Jahre	4.936,93	81,44	161,24
Summe	17.300,02	278,09	557,35

Der Nominalbetrag der Zinsswaps betrug per Stichtag 31. Dezember 2010 EUR 19,0 Mrd.

Die Cashflows umfassen neben Tilgungs- auch Zinszahlungen. Für Verbindlichkeiten mit variablen Cashflows werden die zukünftig anfallenden Cashflows auf Basis von Forward-Sätzen ermittelt.

Bei der Zuordnung der Beträge wurde auf die vertragliche und nicht auf die erwartete Restlaufzeit abgestellt. Steht ein Rückzahlungstermin im Ermessen des Gläubigers, ist der Betrag dem Laufzeitband mit der frühest möglichen Rückzahlung zugeordnet. Zugesagte und noch nicht abgerufene Zahlungsverpflichtungen sind mit dem frühest möglichen Abrufdatum eingeordnet.

MARKTRISIKOMANAGEMENT

Zinsänderungsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen unterscheidet die KA grundsätzlich zwischen dem periodenorientierten Repricingrisiko und dem barwertorientierten Zinsänderungsrisiko.

Zum Zweck der effizienten Steuerung des Zinsrisikos und des Nettozinsertrags verfügt die KA über ein Analyse- und Simulationsinstrument (Zins-Gap-Struktur je Währung, Zins-VaR, Sensitivitätsanalysen, Simulationstransaktionen), das die Prognose und gezielte Steuerung des Gesamtbankzinsrisikos aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen, der G&V-Sensitivität des IFRS-Fair-Value-Bestandes sowie des periodischen Nettozinsertrages ermöglicht. Für die Berechnung des Zins-VaR wird der Varianz/

Covarianz-Ansatz mit einer Haltedauer von 20 Handelstagen und einem Konfidenzintervall 95 % angewandt, wobei gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen herangezogen werden.

Das Portfolio der KA beinhaltet weitgehend Positionen mit klar definierter Zins- und Kapitalbindung. Nicht lineare Risiken sind fast vollständig abgesichert. Private Spareinlagen mit der Notwendigkeit zur Modellierung von Zins- und Kapitalbindungen gibt es nicht. Nicht lineare Risiken, soweit nicht abgesichert, werden in einer Szenarioanalyse quantifiziert und zum Zins-VaR unkorreliert addiert. Die Risikoquantifizierung erfolgt in der KA unter Verwendung des voll integrierten SAP/SEM-IT-Systems.

Im Rahmen der regelmäßigen Zinsrisikosteuerung werden die Gapstrukturen je Währung analysiert und die Preissensitivität der Gesamtposition sowie die Auswirkungen von Zinsänderungen auf den Perioden-Nettozinsertrag (Repricingrisiko) für verschiedene Szenarien quantifiziert. Das Repricingrisiko wird täglich für die Hauptwährungen der KA (EUR, USD, CHF) gemessen und dem Treasury als Steuerungsgrundlage zur Verfügung gestellt.

Bei der Steuerung unterscheidet die KA zwischen den Teilportfolios

- unterjährige Zinsposition („kurzfrist ALM“)
- überjährige Zinsposition („langfrist ALM“)
- Eigenkapitalveranlagungsportfolio („Eigenkapital-Buch“)
- IFRS-Fair-Value-Position

Als technische Entscheidungsunterstützung stehen in der RMC-Sitzung dynamische Simulationsmöglichkeiten für

Steuerungsmaßnahmen je Währung sowie zur Ermittlung der Auswirkung von Steuerungsentscheidungen auf die Risiko- und Performancekennzahlen zur Verfügung.

Das Zinsänderungsrisiko aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen wird wöchentlich operativ in Sitzungen des Asset-Liability-Committee (ALCO) und monatlich in Sitzungen des Risk-Management-Committee (RMC) überwacht

und gesteuert. Zu diesem Zweck wird das barwertige Zinsänderungsrisiko des gesamten Bankbuches nach Währungen analysiert und berichtet.

Jährlicher Nettozinsertragseffekt aus dem Repricingrisiko der KA per 31. Dezember 2010 in MEUR bei einem sofortigen Zinsanstieg der kurzfristigen Zinsen um +100BP:

EUR	USD	CHF	Sonstiges	Gesamt
-2,5	-1,7	-1,3	0,6	-4,8

Barwertiges Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der KA per 31. Dezember 2010 in MEUR bei einem +25BP-Parallelshift der Zinskurve:

EUR	USD	CHF	JPY	Sonstiges	Gesamt	VaR Gesamt
-11,4	-0,8	-4,7	-12,8	0,4	-29,3	-14,8

Barwertiges Zinsänderungsrisiko der IFRS GuV wirksamen Zinsrisikoposition der KA per 31. Dezember 2010 in MEUR bei einem +25BP-Parallelshift der Zinskurve:

EUR	USD	CHF	JPY	Sonstiges	Gesamt	VaR Gesamt
1,8	0,2	0	-0,1	-0,6	1,3	-1,0

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko ist das Risiko eines Verlustes in Fremdwährungspositionen, verursacht durch eine ungünstige Veränderung des Wechselkurses, wobei die offene Devisenposition die Differenz zwischen der Summe der Aktivpositionen und der Summe der Passivpositionen einer Währung ist.

Zur Messung des Risikos wird täglich ein VaR der offenen Devisenposition ermittelt, basierend auf dem Varianz/Covarianz-Ansatz mit einer Haltedauer von einem Handelstag und einem Konfidenzintervall von 99 %, wobei exponentiell-gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen herangezogen werden.

Der FX-VaR per 31. Dezember 2010 beträgt MEUR 0,01.

Spreadänderungsrisiko

Das Spreadänderungsrisiko ist das Risiko von Wertverlusten durch marktbedingte Änderungen der Credit Spreads.

Das Credit-Spread-Risiko der IFRS-GuV bei einem Ausweiten der Spreads um 1 Basispunkt beträgt MEUR -2,6 per 31. Dezember 2010.

Optionspreissrisiko

Unter Optionsrisiko versteht die KA das Risiko von Marktwertveränderungen aus offenen Optionspositionen.

Zur Messung des Optionspreissrisikos wird eine Szenario-Matrix erstellt, bei der Zinsshifts (-/+ 50BP), Volatilitätsshifts (-/+30 %) und kombinierte Shifts ermittelt werden. Der Worst Case aus dieser Szenarioanalyse für die IFRS-GuV per 31. Dezember 2010 beträgt MEUR -2,7.

OPERATIONELLES RISIKO

In der KA wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko und das Reputationsrisiko sind Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko,

Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Als klares Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) wurde formuliert, operationelle Risiken nicht nur zu identifizieren und zu bewerten, sondern aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess sind eindeutig geregelt, ein Operational-Risk-Officer ist ernannt. In Abstimmung mit diesem ernannt das Management Operational-Risk-Correspondents (ORC), die als Ansprechpartner in den jeweiligen Bereichen das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen.

Als Instrumente für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control-Self-Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank verkörpert dabei die vergangenheitsbezogene Sicht, d. h., realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationaler Ereignisse werden in der Datenbank unter Einbindung des Linienmanagements erfasst.

75. Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge (ggf. auch unverschuldeter oder unvermeidbarer) Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Ein Investor in Zertifikaten, die durch Tier-1-Instrumente der KA im Volumen von MEUR 48,34 gedeckt sind, hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter hinsichtlich einiger Forderungen auch gegen die KA, eingeleitet. Es handelt sich bei den Tier-1-Instrumenten um Partizipationskapital (voll verlusttragende Genussrechte), das

Operational Risk & Control-Self-Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KA als Coached-Self-Assessments durchgeführt, das heißt die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Bereiche selbst. Die Einträge aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken. Das Management wird tourlich über operationale Risiken im Rahmen der RMC-Meetings informiert.

BUSINESS-CONTINUITY-MANAGEMENT

Das Business-Continuity-Management (BCM) orientiert sich an internationalen Standards. Der Managementansatz garantiert ein umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement. Das Kontinuitätsmanagement beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse.

ursprünglich von der KA alt begeben worden war und der KA im Zuge der Spaltung anteilig zugeteilt wurde. Die KA hält die Ansprüche des Investors für vollkommen unbegründet.

Die Gesellschaft ist belangter Verband iSd Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes in einem laufenden Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Gesellschaftsorgane. Sollte gerichtlich festgestellt werden, dass die Gesellschaft iSd genannten Gesetzes für eine Straftat einer oder mehrerer dieser Personen verantwortlich ist, könnte über die Gesellschaft eine Verbandsgeldbuße verhängt werden. Dies ist derzeit nicht absehbar.

76. Sonstige Verpflichtungen

– Spaltungshaftung

Im Zusammenhang mit der Abspaltung des Kernbankbetriebes der KA alt auf die KA besteht nach dem Spaltungs-

gesetz eine Haftung für die bis zur Eintragung der Spaltung im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien (28. November 2009) begründeten Verbindlichkeiten. Nach dieser Re-

gelung haftet die KA neben der Gesellschaft, der diese Verbindlichkeiten nach dem Spaltungsplan zugeordnet wurden (KF), bis zur Höhe des ihr zugeordneten Nettoaktivvermögens (Wert der der haftenden Gesellschaft zugeordneten aktiven Vermögensteile abzüglich Wert der ihr zugeordneten Verbindlichkeiten) als Gesamtschuldner.

Für Verbindlichkeiten aus nachrangigen Anleihen der KF, welche längstens 2018 fällig werden, haftet die KA im Ge-

samtausmaß von EUR 13.453.456,68 ohne Beschränkung auf das Nettoaktivvermögen (§ 15 Abs. 3 SpaltG).

– Sonstige Verpflichtungen

Die KA ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung von Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien, verpflichtet.

77. Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der vorliegende Jahresabschluss wurde am 11. April 2011 vom Vorstand unterzeichnet und an den Aufsichtsrat zur

Genehmigung der Veröffentlichung für die am 15. April 2011 anberaumte Aufsichtsratssitzung weitergegeben.

78. Angaben über Arbeitnehmer/innen

Die KA-Gruppe beschäftigte im Geschäftsjahr 2010 durchschnittlich 262 Mitarbeiter/innen (31.12.2009: 254), wobei 194 (31.12.2009: 199) dem Bankbetrieb zuzuordnen sind.

Teilzeitkräfte werden nach ihrem Beschäftigungsgrad gewichtet dargestellt.

79. Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die KA befindet sich zu 99,78 % im Eigentum der Republik Österreich, 0,22 % werden vom Österreichischen Gemeindebund gehalten. Die Republik Österreich nimmt somit eine das Unternehmen beherrschende Stellung ein.

Die KA hat folgende, zu marktüblichen Konditionen abgeschlossene, aktivseitige Geschäfte mit der Republik Österreich:

- Bundesanleihen im Nominale von EUR 54,2 Mio.
- Darlehen an die Republik in Höhe von EUR 55,4 Mio.

Im Geschäftsjahr 2009 hat die KA eine durch die Republik Österreich garantierte Emission im Nominale von EUR 1 Mrd. begeben, welche über die im Restrukturierungsplan bedingte Besserungsscheinstruktur zur Rekapitalisierung der KF verwendet wurde. Daraus fielen im Jahr 2010 Provisi-

onsaufwendungen in Höhe von EUR 10,5 Mio. an, welche durch Zinserträge aus der Besserungsscheinstruktur kompensiert werden. Zusätzlich übernahm die Republik Österreich im Rahmen der Rekapitalisierungsvereinbarung vom 17. November 2009 gegenüber der KA die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtung einer Zweckgesellschaft aus der Put-Option im Zusammenhang mit der Besserungsscheinstruktur, sodass der KA aus diesen Transaktionen kein Aufwand und kein Risiko erwächst.

Es bestehen weiters Forderungen gegen at-equity-einbezogene assoziierte Unternehmen in Höhe von TEUR 62.790,1 (31.12.2009: TEUR 57.775,7).

Die folgende Tabelle enthält Angaben zu den Gesamtbezügen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, wobei es sich dabei zur Gänze um kurzfristig fällige Beträge handelt.

in EUR 1.000	2010	2009 (28.11.–31.12.)
Gesamtbezüge		
Aktive Vorstandsmitglieder	1.007,5	153,2
Aktive Aufsichtsratsmitglieder	22,5	0,0
Frühere Vorstandsmitglieder (vor 1997)	291,0	20,6

Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände die KF (siehe Punkt 80). Bezüge in Höhe von TEUR 581,0 (2009: TEUR 73,9) wurden auf Basis des Service Level Agreements an die KF weiterverrechnet. Damit betragen die in der KA verbleibenden Gesamtbezüge TEUR 426,5 (2009: TEUR 79,3).

Für Leistungen an die Pensionskasse fielen Aufwendungen in Höhe von TEUR 59,1 (2009: TEUR 9,9) an.

Zum 31. Dezember 2010 waren keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates aushaftend. Für diese Personen bestanden keine Haftungen der KA.

80. Beziehungen mit der KA Finanz AG

Wie bereits unter Punkt 1 beschrieben, entstand die KA im Geschäftsjahr 2009 im Zuge der Restrukturierung der KA alt durch Übernahme des Kerngeschäfts der KA alt. In der KF verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft der KA alt. Beide Gesellschaften stehen zu 99,78 % im Eigentum der Republik Österreich, der Österreichische Gemeindebund hält je 0,22 % von KA und KF.

Organisatorisch besteht hinsichtlich der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates von KA und KF Personenidentität. Weiters erbringt die KA über ein Service Level Agreement genau definierte Dienstleistungen an die KF (zur Vergütung siehe Punkt 58). Zur Sicherstellung der Interessen der jeweiligen Gesellschaft bzw. zur Vermeidung von Interessenkonflikten in der Geschäftsbeziehung wurde

ein eigener Konfliktmanagement-Prozess eingerichtet. Zudem wurden für die wesentlichen Kernfunktionen des operativen Betriebes der KF eigene Stabstellen (Operating Officer, Portfolio Officer und Risk Officer) eingerichtet, welche die Eigenständigkeit der KF und die Einhaltung der Interessen gegenüber der KA sicherstellen. Sämtliche Geschäfte, die mit der KF abgeschlossen werden, obliegen zudem der Genehmigung durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft, im Bedarfsfall kann auch die Zustimmung der Hauptversammlung eingeholt werden. Die Geschäftsbeziehungen zwischen KA und KF, welche aus zu marktüblichen Bedingungen ausgestatteten Bankgeschäften bestehen, wurden im Geschäftsjahr 2010 sukzessive reduziert: Über die bestehenden Geschäftsbeziehungen wird quartalsweise dem Aufsichtsrat berichtet.

81. Angaben über Organe

Vorstand

Gewählt durch den Aufsichtsrat am 17. November 2009:

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Aufsichtsrat

Gewählt durch die Hauptversammlung am 17. November 2009:

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender
(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-
beteiligung AG)

KR Adolf Wala
stv. Aufsichtsratsvorsitzender
(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-
beteiligung AG)

Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes,
Bürgermeister der Gemeinde Hallwang)

Dir. Mag. Werner Muhm
(Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundes-
arbeiterkammer)

Dir. Dipl.-Ing. Herbert Paiarl
(Exec. Vice President Cosma Europa/Magna)

Dir. Mag. Georg Schöppl
(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen
Bundesforste AG)

Franz Hofer (vom Betriebsrat entsandt)

Dipl.-Ing. Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)

Der Vorstand der Kommunalkredit-Gruppe



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 11. April 2011

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Kommunalkredit Austria AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2010 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2010, die gesonderte Konzerngewinn- und -verlustrechnung, die Konzerngesamtergebnisrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, vermittelt und den in Österreich ergänzend anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften entspricht. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundla-

ge unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Wien, 11. April 2011

PwC INTER-TREUHAND GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Dipl.-Ing. Mag. Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer



Dipl.Kfm.Univ. Dorotea-E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Kommunalkredit Austria AG Konzernabschluss 2010

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf,

das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Der Vorstand der Kommunalkredit-Gruppe



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, im April 2011

Kommunalkredit Austria AG
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Tel.: +43 (0) 1/31 6 31
www.kommunalkredit.at